

**Schweizerische
Nationalbank
1968**

**61. Geschäftsbericht
der Schweizerischen Nationalbank
1968**

Bericht des Direktoriums über die Tätigkeit der Schweizerischen Nationalbank im Jahre 1968

A. Allgemeine Betrachtungen

Weltwirtschaftliche Entwicklung

Die Belebung der Wirtschaftstätigkeit, die in den meisten Ländern im zweiten Halbjahr 1967 in Gang gekommen war, weitete sich zu einem allgemeinen Konjunkturaufschwung aus. Die im Jahre 1967 und teilweise noch im Berichtsjahr in zahlreichen Ländern befolgte fiskalische und monetäre Expansionspolitik und die Fortdauer des Aufschwungs in den Vereinigten Staaten von Amerika trugen zu optimistischeren Zukunftserwartungen bei. Mit dem starken Anwachsen der öffentlichen Ausgaben stieg auch der Auftragseingang bei Industrie und Gewerbe an. Die verbesserte Wirtschaftslage und die zuversichtlichere Beurteilung der Aussichten veranlassten die Wirtschaft, die Lager wieder aufzufüllen und neue Anlageinvestitionen vorzunehmen, so dass die von den Massnahmen zur Konjunkturbelebung ausgehenden Impulse mehr und mehr durch wirtschaftseigene Kräfte ersetzt oder ergänzt wurden.

Die zahlreichen weltpolitischen Unsicherheitsfaktoren vermochten die verstärkte Investitionsbereitschaft nicht zu beeinträchtigen. Weder die Verschärfung der Spannungen im West-Ost-Konflikt noch die erneute Zuspitzung der Lage im Nahen Osten noch die innenpolitischen Schwierigkeiten, von denen vor allem Frankreich, Italien und die Vereinigten Staaten von Amerika betroffen wurden, haben den Aufschwung der wirtschaftlichen Aktivität spürbar verzögert.

Die Zahlungsbilanzprobleme und Währungsschwierigkeiten wichtiger Länder verhinderten gleichfalls nicht, dass sich die Produktion in den meisten Industriestaaten erfreulich entfaltete. Die beiden grossen Spekulationswellen des Berichtsjahres – die eine vor der Zweiteilung des Goldmarktes im März, die andere im Zusammenhang mit den Erwartungen auf eine Änderung der Wechselkurse der D-Mark und des französischen Francs im November – haben den Konjunkturverlauf kaum gestört. Dies mag darauf zurückzuführen sein, dass der kontraktive Einfluss von zahlungsbilanzbedingten Mittelabflüssen nur beschränkt zur Auswirkung kam. Auch macht es den Anschein, die Beunruhigung der Wirtschaft durch Währungskrisen habe angesichts des von den Währungsbehörden wiederholt gezeigten Willens zu enger internationaler Zusammenarbeit in schwierigen Situationen nachgelassen. Die Währungsunruhe vom November war allerdings von Massnahmen gefolgt, die zu einer Einschränkung im Handels- und Zahlungsverkehr führten. Die Gefahr einer fortschreitenden Desintegration der internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist gewachsen. In relativ kurzen Abständen einander folgende Währungskrisen können die internationalen Wirtschaftsbeziehungen schliesslich doch gefährden, da sie fast regelmässig zu restriktiven und protektionistischen Massnahmen führen.

Die Industrieproduktion im Bereiche der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), zu der praktisch alle wichtigen Industrieländer der

westlichen Welt gehören, dürfte im Berichtsjahr um nahezu 6% zugenommen haben, nachdem sie von Mitte 1966 bis Mitte 1967 unter dem Einfluss des damaligen Rückgangs der Investitionen stagniert hatte. Um mehr als diesen Durchschnittssatz stieg die Erzeugung in Japan, der Bundesrepublik Deutschland, Österreich und den Niederlanden. Der Produktionszuwachs in den Vereinigten Staaten, Grossbritannien, Frankreich und der Schweiz dürfte hingegen leicht hinter dieser Rate zurückgeblieben sein.

Der rezessionsbedingte Anstieg der Arbeitslosigkeit, der im Jahre 1967 verschiedene Industrieländer Kontinentaleuropas erstmals seit längerer Zeit vor Probleme der Beschäftigungserhaltung gestellt hatte, kam zum Stillstand. Nur in Frankreich und in den skandinavischen Staaten stieg die Zahl der Arbeitslosen zunächst noch an, doch trat auch hier im Laufe des Berichtsjahres eine Tendenzumkehr ein. In der Bundesrepublik Deutschland ging die Zahl der Stellensuchenden etwa auf die Hälfte des Vorjahresstandes zurück, während die Zahl der offenen Stellen sich beinahe verdoppelte. Die Vereinigten Staaten verzeichneten im Berichtsjahr den niedrigsten Arbeitslosenstand seit 1953. Die Zunahme der Beschäftigung führte zu einer Erhöhung der Kapazitätsauslastung in der Industrie, was die Ertragslage der Unternehmungen in der Regel verbesserte.

In der ersten Hälfte des Berichtszeitraumes verlangsamte sich der Anstieg der Konsumentenpreise in Kontinentaleuropa mit Ausnahme von Frankreich. In einigen Ländern blieb das Preisniveau sogar erstmals seit Jahren praktisch stabil. Vom Sommer an begann sich allerdings die zunehmende Nachfrage auszuwirken. In Frankreich bewegten sich die Preise – als Folge der Mai-Krise – deutlich nach oben. In Grossbritannien stiegen sie unter dem Einfluss der Pfundabwertung vom November 1967 rascher an. In den Vereinigten Staaten beschleunigte sich die Teuerung; sie war grösser als in den meisten Ländern Europas.

Die kräftige Belebung der Nachfrage vor allem in den Vereinigten Staaten, in der Bundesrepublik Deutschland und in Grossbritannien hatte eine Steigerung der Importe dieser Länder zur Folge. Bei weitem am stärksten erhöhte sich die amerikanische Wareneinfuhr; sie nahm im ersten Halbjahr 1968 gegenüber dem vorangegangenen Semester mit einer Jahresrate von 39% zu. Im zweiten Halbjahr war das Importwachstum, möglicherweise unter dem Einfluss der zur Verminderung des hohen Haushaltsdefizits und zur Dämpfung der Konjunktur eingeführten Steuererhöhung, etwas weniger extrem. Die hohe Nachfrage der genannten Länder nach ausländischen Produkten ermöglichte es zahlreichen anderen Staaten, ihre Exporte kräftig auszuweiten. Davon profitierten insbesondere kontinentaleuropäische Länder sowie Japan. Die Welthandelsumsätze dürften im Berichtsjahr um rund 10% zugenommen haben; vom Herbst 1966 bis zum Herbst 1967 hatten sie noch fast völlig stagniert.

Internationale Währungs- entwicklung

Das Ungleichgewicht der Zahlungsbilanzen einer Reihe von Ländern gab auch im Berichtsjahr den *internationalen Währungsverhältnissen* das Gepräge. Wohl konnten in einzelnen Fällen gewisse Fortschritte in Richtung eines Ausgleichs erzielt werden, doch scheint noch keine entscheidende Wendung eingetreten zu sein. Der defizitären Grundtendenz der Zahlungsbilanzen sowohl Grossbritanniens als auch der Vereinigten Staaten standen wiederum bedeutende Ertragsbilanzüberschüsse namentlich der Bundesrepublik Deutschland und Italiens gegenüber. Seit den politischen und sozialen Unruhen im Mai und Juni hatte auch Frankreich mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten zu kämpfen.

Angesichts dieser unbefriedigenden Lage herrschte auf den Devisenmärkten ein die Spekulation begünstigendes Klima. Dazu dürften auch die psychologischen Nachwirkungen der Pfundabwertung im November 1967 beigetragen haben. Die beiden Spekulationsbewegungen, die im Frühjahr auf eine Goldpreiserhöhung und im Herbst auf Paritätsänderungen der D-Mark und des französischen Frankens gerichtet waren, schufen Unruhe und Unsicherheit; ihre Überwindung erforderte erhebliche Anstrengungen.

Nachdem das Zahlungsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten 1967 auf über das Doppelte des Vorjahreswertes angestiegen war, kündigte der amerikanische Präsident anfangs 1968 ein Sanierungsprogramm an. Gestützt darauf wurde der Kapitalexport, abgestuft nach Regionen, drastisch eingeschränkt. Dem Kernstück des Programmes, einer vorübergehenden kräftigen Steuererhöhung und der Kürzung der Staatsausgaben, erteilte der Kongress indessen erst gegen Mitte des Jahres seine Zustimmung. Die amerikanische Zahlungsbilanz entwickelte sich im Berichtsjahr günstiger als im vorangegangenen Jahr. Während sie 1967 ein Defizit von 3,5 Milliarden Dollar aufgewiesen hatte, war sie 1968 ausgeglichen. Die Besserung ist jedoch ausschliesslich der vorteilhaften Kapitalverkehrsbilanz und den Kürzungen der Auslandsaufwendungen der amerikanischen Regierung zuzuschreiben. Die Ertrags- und insbesondere die Handelsbilanz schlossen wesentlich ungünstiger ab als 1967.

Auch die Verwirklichung des restriktiven Fiskalprogrammes in der zweiten Jahreshälfte brachte nicht die erhoffte Abschwächung der inflatorischen Auftriebstendenzen und des starken Importsogs. Hingegen hatten die Massnahmen als Ausdruck des Willens zur Inflationsbekämpfung eine deutliche Entspannung an den internationalen Devisenmärkten zur Folge. Nach der Goldspekulation von Anfang März blieb der Dollar von Vertrauenskrisen verschont. Zur Festigung der Dollarposition trugen ebenfalls die Währungsschwierigkeiten Frankreichs bei, da dieses Land zum Ausgleich seines Zahlungsbilanzdefizits bedeutende Dollarbeträge benötigte und im Zusammenhang mit Stützungsoperationen der Dollarbestand in den Währungsreserven auch anderer Notenbanken knapper wurde. Ein grosser Teil dieser Dollars floss in den Eurodollar-Markt. Auch die Verschärfung der politischen Verhältnisse in Osteuropa dürfte sich wegen der durch sie verstärkten

Neigung zu Anlagen in den Vereinigten Staaten günstig auf den Dollar ausgewirkt haben. Nach wie vor sehen sich jedoch die Vereinigten Staaten dem Problem gegenüber, eine entscheidende Besserung ihrer Handels- und Ertragsbilanz zu erreichen.

Die britische Regierung liess der Abwertung vom November 1967 im März ein Budget folgen, das zur Eindämmung der hohen Inlandsnachfrage Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen vorsah. Trotz dieser Massnahmen dauerten jedoch die hohen Importe fort; die Handelsbilanz erfuhr ungeachtet der günstigeren Entwicklung der Exporte keine Besserung. Dies deutet darauf hin, dass die Fiskalmassnahmen nicht den gewünschten Erfolg hatten. Die Lage des Pfundes blieb daher weiterhin labil. Eine gewisse Besserung trat ein, als im September zwischen der Bank of England und der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ), unterstützt von den wichtigsten Notenbanken, sowie den Regierungen der Mitgliedstaaten der Sterling-Zone eine Vereinbarung über die Stabilisierung von Pfundguthaben dieser Länder zustande kam. Nachdem das Pfund durch die Spekulation um die D-Mark und den französischen Franken im November wieder unter Druck gekommen war, ergriff die britische Regierung weitere Massnahmen zur Eindämmung des Konsums und insbesondere der Importe. Die Zahlungsbilanz zeigte eine Verbesserung; das Gleichgewicht konnte jedoch noch nicht erreicht werden.

Auf die Zahlungsbilanz und die Währungsposition Frankreichs wirkten sich die im Mai eingetretenen Wirren negativ aus. Zwar entwickelte sich die Handelsbilanz nicht so ungünstig, wie zunächst befürchtet worden war, zeitigte sie doch ein verhältnismässig geringes Defizit. Die Regierung war bemüht, die Auswirkungen der Mai-Krise durch temporäre Exportsubventionen und Importhemmnisse aufzufangen. Die Hauptschwäche lag in der Kapitalabwanderung. Die französische Regierung führte, um den Kapitalabfluss nach dem Ausland einzudämmen, bereits anfangs Juni eine Devisenkontrolle ein. Der Mittelabfluss und damit auch der Verlust an Währungsreserven liessen in der Folge nach, ohne allerdings gänzlich aufzuhören. Die Devisenkontrolle wurde im September wieder aufgehoben. Als sich im November angesichts der anhaltend hohen deutschen Exportüberschüsse die Gerüchte über eine Aufwertung der D-Mark verdichteten, erhielten die Mutmassungen über eine Abwertung des französischen Frankens neue Nahrung. Die Kapitalabwanderung ins Ausland verstärkte sich erneut. Die französische Regierung entschloss sich indessen nach der im November in Bonn abgehaltenen Währungskonferenz der Länder der «Zehner-Gruppe», den Franken nicht abzuwerten. Sie ergriff statt dessen weitere fiskalische Massnahmen zur Förderung der Ausfuhr, zur Erschwerung der Einfuhr und zur Verminderung des staatlichen Budgetdefizits. Vor allem aber wurde die Devisenkontrolle in wesentlich verschärfter Form wieder eingeführt.

Obwohl sich die Binnenkonjunktur in der Bundesrepublik Deutschland rasch belebte, blieb der erwartete Rückgang der hohen Exportüberschüsse aus. Die Nachfrage

nach Einfuhrgütern stieg nicht, wie vielfach vorausgesagt, stärker als die Warenausfuhr, da sich während des Berichtsjahres noch kein Nachfrageüberhang entwickelte. Es gelang der Bundesrepublik, die Einnahmenüberschüsse der laufenden Bilanz durch den Export von Kapital – und zwar im Gegensatz zu früher hauptsächlich von langfristigem Kapital – auszugleichen. Trotzdem mehrten sich im späteren Herbst die ausländischen Stimmen, die eine Korrektur der Handels- und Ertragsbilanz durch eine Anpassung der Währungsparität befürworteten. Gleichzeitig wurde in Deutschland in manchen Kreisen die Forderung nach einer Aufwertung zwecks Wahrung der Preisstabilität erhoben. Solche Vorschläge und missverstandene Äusserungen von offizieller deutscher Seite trugen dazu bei, dass anfangs November in Erwartung einer D-Mark-Aufwertung in zunehmendem Masse Gelder nach der Bundesrepublik flossen. Auch die «leads and lags» im kommerziellen Zahlungsverkehr vergrösserten sich.

Angesichts der sich rasch zuspitzenden Entwicklung entschloss sich die Bundesregierung am 19. November zu einer zusätzlichen steuerlichen Belastung der Exporte um 4% und einer entsprechenden Begünstigung der Importe. Die Parität der D-Mark wurde unverändert beibehalten. Besondere Vorkehrungen wurden zur Abwehr weiterer Geldzuflüsse aus dem Ausland getroffen; vor allem wurde die Mindestreservspflicht der Banken für den Zuwachs solcher Depositen auf 100% hinaufgesetzt.

Die anfangs 1968 von den Vereinigten Staaten verfügbaren neuen Kapitalexporthin-schränkungen, die insbesondere die Finanzierung amerikanischer Direktinvestitionen im Ausland betrafen, liessen die Mittelnachfrage an den europäischen *Geld- und Kapitalmärkten* stark ansteigen. Die Emissionen am sogenannten Eurobond-Markt, namentlich seitens amerikanischer Unternehmungen, erreichten einen Rekordumfang. Die Befriedigung der hohen Ansprüche wurde in erster Linie durch die hohen Ertragsbilanzüberschüsse der Bundesrepublik Deutschland und Italiens sowie die Förderung des Kapital-exportes durch die Behörden dieser Länder ermöglicht. Auch schweizerische Banken sollen für Rechnung ihrer internationalen Kundschaft in beachtlichem Umfang an der Übernahme neuer Eurobonds beteiligt gewesen sein. Amerikanische Banken nahmen ferner in grossem Umfange kurzfristige Gelder am Euro-Markt auf. Der bedeutende Kapital-export Kontinentaleuropas, der vor allem der Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten zugute kam, gehört zweifellos zu den bemerkenswertesten Entwicklungstendenzen im internationalen Währungsgeschehen des Berichtsjahres. Schon seit geraumer Zeit war den europäischen Überschussländern nahegelegt worden, ihre Kapitalmärkte in vermehrtem Masse dem Ausland zur Verfügung zu stellen. Bestrebungen in dieser Richtung waren indessen früher weitgehend an dem Umstand gescheitert, dass die Zinssätze in diesen Ländern, mit Ausnahme der Schweiz, wesentlich über jenen der Vereinigten Staaten lagen und ihre Kapitalmärkte wenig ergiebig waren. Ob die 1968 eingetretene Entwicklung

einer einmaligen, besonders günstigen Konstellation entsprang oder ob eine längerfristige Tendenzumkehr erfolgt ist, wird erst die Zukunft weisen.

Die hohe amerikanische Beanspruchung europäischer Finanzquellen hat die Interdependenz zwischen dem Geldmarkt der Vereinigten Staaten und den europäischen Märkten, insbesondere dem Euro-Markt, weiter verstärkt. Die Bewegung der Zinssätze lässt dies deutlich erkennen. Die kurzfristigen Sätze in Europa folgten im wesentlichen der Entwicklung in den Vereinigten Staaten. Diese war ihrerseits durch die konjunkturbedingte Anspannung auf dem Geldmarkt und den restriktiven monetären Kurs der amerikanischen Währungsbehörden bestimmt; im allgemeinen lagen die kurzfristigen Zinssätze über dem Vorjahresniveau. Die 1967 eingeleiteten Bestrebungen zu einer international koordinierten Senkung der Zinssätze konnten angesichts der herrschenden Wirtschafts- und Währungsverhältnisse nicht weiter verfolgt werden.

Die spekulative Nachfrage an den *internationalen Goldmärkten*, die bereits unmittelbar nach der Pfundabwertung ein grosses Ausmass erreicht hatte, schwoll anfangs März als Folge von Gerüchten über eine bevorstehende Aufhebung des Gold-Pools erneut an. Die Erwartung war verbreitet, dass eine solche Massnahme zu einer allgemeinen Goldpreiserhöhung führen müsse. Die Goldkäufe nahmen einen derartigen Umfang an, dass die sieben am Gold-Pool beteiligten Notenbanken am 17. März in Washington den Beschluss fassten, ihre Goldabgaben an den Markt zur Stabilisierung des Marktpreises einzustellen. Der Marktpreis bildet sich seither frei, entsprechend dem jeweiligen Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Die sieben Noteninstitute verpflichteten sich, kein Währungsgold mehr an Private abzugeben, die Währungsgoldreserven nur noch zum Ausgleich von Zahlungsbilanzspitzen zu verwenden und am bisherigen Goldpreis festzuhalten. Die Vereinigten Staaten insbesondere erklärten sich bereit, Dollarguthaben von Währungsbehörden, die sich an diese Vereinbarung halten, weiterhin zur Parität von 35 Dollar je Feinunze in Gold umzuwandeln. Der Übereinkunft schlossen sich in der Folge die Notenbanken der meisten bedeutenden Länder an.

Nach der Konferenz in Washington verzichteten die Notenbanken bis auf weiteres darauf, Gold aus der laufenden Produktion zu erwerben, um den Preis auf dem freien Markt tief zu halten. Die endgültige Regelung der Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen die Währungsbehörden erneut Gold aus der laufenden Produktion erwerben würden, blieb späteren Verhandlungen vorbehalten. Im Laufe des Sommers fanden im Schosse der BIZ und anfangs Oktober während der Jahresversammlung der Bretton Woods Institutionen in Washington Beratungen unter den Notenbankleitern der massgebenden Länder statt; sie führten zu einer grundsätzlichen Verständigung. Danach wären im wesentlichen der Internationale Währungsfonds und die nationalen Noteninstitute der beteiligten Länder bereit, Gold aus der laufenden Produktion zum Paritätspreis von

35 Dollar zu übernehmen, sofern der Preis am freien Markt 35 Dollar nicht übersteigt. Solange der Marktpreis höher wäre, sollten hingegen die Goldproduzenten ihr ganzes Angebot am freien Markte absetzen. Mit den Vertretern Südafrikas wurden in der Folge auf dieser Basis erste Besprechungen geführt, doch wurde die Aufnahme eigentlicher Verhandlungen im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Die zeitweise bewegten Vorgänge an den internationalen Gold- und Devisenmärkten verliehen der *Währungs Kooperation der Notenbanken* vermehrte Bedeutung. Neben den Änderungen in der Goldpolitik boten vor allem die Bemühungen um eine Konsolidierung der Stellung des Pfundes sowie um die Überwindung der Währungsschwierigkeiten Frankreichs Anlass zu koordinierten Aktionen der führenden Noteninstitute.

Im Hinblick auf die auch nach der Abwertung noch labile Situation des Pfundes eröffneten die am Gold-Pool beteiligten Notenbanken anlässlich der Washingtoner Konferenz Grossbritannien einen zusätzlichen Stand-by-Kredit in der Höhe von 1,2 Milliarden Dollar. Grossbritannien zahlte im Juni früher empfangene Notenbankkredite zurück und nahm zu diesem Zweck eine Kreditzusage des Internationalen Währungsfonds von 1,4 Milliarden Dollar in Anspruch. Da der Währungsfonds nicht über ausreichende Beträge in den benötigten Währungen verfügte, machte er einmal mehr von den «Allgemeinen Kreditvereinbarungen» Gebrauch. Angesichts der ungünstigen Zahlungsbilanzlage in fünf der zehn Mitgliedländer stellten lediglich die Bundesrepublik Deutschland, Italien, Holland, Belgien und Schweden dem Fonds Währungskredite in der Höhe von 476 Millionen Dollar zur Verfügung. Nach längeren Verhandlungen kam es im Juli zu einer Verständigung zwischen der Bank of England und der BIZ sowie den führenden Noteninstituten Kontinentaleuropas, der Vereinigten Staaten, Kanadas und Japans über eine Stabilisierung der Pfundguthaben der Sterling-Zone. Dieser Verständigung folgten ergänzende Verhandlungen Grossbritanniens mit den Währungsbehörden der zur Sterling-Zone gehörenden Länder. Am 23. September 1968 konnte hierauf eine umfassende Vereinbarung in Kraft gesetzt werden, welche Grossbritannien für die Dauer von drei Jahren weitgehend gegen Reserveverluste infolge von Abzügen von Pfundguthaben dieser Länder schützen soll. Die BIZ wird der Bank of England solche Reserveverluste durch Währungskredite bis zu einem Maximalbetrag von 2 Milliarden Dollar ersetzen. Sie hat zu diesem Zweck eine Kreditzusage seitens der vorerwähnten Notenbanken von ebenfalls insgesamt 2 Milliarden Dollar als Rückendeckung erhalten. Allfällige Kredite an die Bank of England sollen jedoch von der BIZ primär aus Dollardepots von Ländern der Sterling-Zone und aus Mittelaufnahmen an nationalen Geldmärkten finanziert werden. Die Währungsbehörden der Sterling-Zone sicherten Grossbritannien ihrerseits zu, ihre Abzüge von Pfundguthaben auf ein Mindestmass zu beschränken und Dollarguthaben nach Möglichkeit in Form von

Depots bei der BIZ anzulegen. Als Gegenleistung erhielten sie von Grossbritannien für den überwiegenden Teil ihrer Pfundguthaben eine Dollargarantie.

Nach den Ereignissen im Mai sah sich Frankreich zunächst veranlasst, von den ihm beim Währungsfonds zustehenden, automatisch verfügbaren Ziehungsrechten Gebrauch zu machen. Der Währungsfonds beschaffte sich einen Teil der hierfür benötigten Mittel (265 Millionen Dollar) durch Kreditaufnahmen im Rahmen der «Allgemeinen Kreditvereinbarungen». Gleich wie im Falle Grossbritanniens wurden diese Gelder von fünf der zehn Mitgliedstaaten aufgebracht. Der Währungsfonds zahlte Frankreich überdies einen Kredit in der Höhe von 140 Millionen Dollar zurück, den ihm dieses Land bei einer früheren Gelegenheit im Rahmen der «Allgemeinen Kreditvereinbarungen» gewährt hatte; die entsprechenden Mittel wurden dem Fonds von den vier EWG-Partnern Frankreichs zur Verfügung gestellt. Die Notenbanken der EWG-Länder räumten zusammen mit der Federal Reserve Bank of New York und der BIZ sodann der Banque de France einen Stand-by-Kredit im Umfange von 1,3 Milliarden Dollar ein. Zur Verteidigung seiner Währung erhielt Frankreich anlässlich der Bonner Währungskonferenz im November von den Notenbanken der «Zehner-Gruppe», Norwegens, Dänemarks und der Schweiz sowie der BIZ schliesslich eine weitere Kreditzusage von 2 Milliarden Dollar.

Weitgehend parallel zu den verschiedenen Stützungsaktionen der Notenbanken wurde auch das zwischen der Federal Reserve Bank of New York und den Noteninstituten von vierzehn Ländern sowie der BIZ bestehende Netz von Swap-Kredit-Vereinbarungen vergrössert. Anlässlich der Washingtoner Konferenz der Gold-Pool-Notenbanken erfuhren die Limiten der Vereinbarungen mit sechs Notenbanken sowie der BIZ eine Erhöhung um rund 2,3 Milliarden Dollar. Im Juli und im November wurde sodann der Höchstbetrag der Swap-Vereinbarung mit der Banque de France um 600 Millionen und 300 Millionen Dollar heraufgesetzt. Insgesamt beliefen sich die Limiten aller Swap-Kredit-Vereinbarungen mit dem amerikanischen Währungsinstitut am Jahresende auf 10,5 Milliarden Dollar.

Die seit einigen Jahren im Gang befindlichen Bestrebungen zu einer *Reform der internationalen Währungsordnung* durch Einführung eines Systems zur Schaffung zusätzlicher internationaler Währungsreserven in Form von Sonderziehungsrechten konnten im Frühjahr 1968 zum Abschluss gebracht werden. Gestützt auf den Beschluss der Jahresversammlung 1967 von Rio de Janeiro arbeiteten die Exekutivdirektoren des Währungsfonds die Detailbestimmungen des neuen Systems aus. Diese werden als zusätzliche Artikel in die Statuten des Währungsfonds eingebaut. Desgleichen wurden auf Grund von Anträgen der EWG-Länder Abänderungsvorschläge für einzelne Fondsbestimmungen formuliert. Da über einige Punkte der von den Exekutivdirektoren vorgelegten Fassung die Meinungen auseinandergingen, traten die Finanzminister und Notenbankgouverneure der «Zehner-Gruppe» zur Bereinigung dieser restlichen Divergenzen am 29./30. März zu einer

Sitzung in Stockholm zusammen. Obschon den von Frankreich geltend gemachten Bedenken und Anliegen weitgehend Rechnung getragen wurde, konnte sich der französische Finanzminister nicht bereit finden, den Statutenentwurf über die Sonderziehungsrechte gutzuheissen. Er behielt den endgültigen Entscheid über eine Beteiligung Frankreichs seiner Regierung vor. Auf Grund der Stockholmer Verhandlungen wurde in den Statuten insbesondere das Recht der sich am System beteiligenden Länder verankert, vom Moment der Inkraftsetzung der Sonderziehungsrechte an auf eine Zuteilung solcher Währungsreserven und damit auf deren Entgegennahme schlechthin verzichten zu können (sog. Opting-out-Recht). Ferner wurde beschlossen, die bestehenden Statuten in dem Sinne abzuändern, dass die Stimmenmehrheit für alle wichtigen Beschlüsse im Währungsfonds von bisher 80% einheitlich auf 85% erhöht und ein besonderes Schiedsgericht zur Schlichtung von Meinungsverschiedenheiten bei der Interpretation der Fonds-Statuten eingesetzt werden soll. Sowohl die Vorlage über die zusätzlichen Statuten betreffend die Schaffung von Sonderziehungsrechten als auch die Vorschläge zur Abänderung der bestehenden Statuten wurden in der Folge von den Gouverneuren des Währungsfonds gutgeheissen und den Mitgliedländern zur Ratifikation unterbreitet. Als eines der ersten Länder haben die Vereinigten Staaten das Ratifizierungsverfahren bereits abgeschlossen. Die Modifikationen werden rechtskräftig, wenn sie von einer Mehrheit von 60% aller Mitgliedstaaten mit 80% aller Stimmen ratifiziert sind.

Grundzüge der schweizerischen Wirtschafts-, Kredit- und Währungs-entwicklung

In der schweizerischen Wirtschaft zeichnete sich nach einer Periode nachlassenden Wachstums vom Herbst 1967 an eine Konjunkturbelebung ab, die sich allmählich verstärkte. Das reale Bruttosozialprodukt stieg im Jahre 1968 nach den verfügbaren Angaben um rund 3½%. Da die Zahl der Beschäftigten praktisch stabil blieb, ist dieses Wachstum auf eine beachtliche Verbesserung der Produktivität zurückzuführen.

Die Belegung ging von der Auslandsnachfrage aus und machte sich schliesslich auch bei den Investitionen in Bauten und industriellen Anlagen im Sinne eines leichten Aufwärtstrends bemerkbar. Der private Verbrauch weitete sich hingegen weniger als 1967 aus. Die konjunkturelle Erwärmung blieb somit vorerst begrenzt. Verschiedene Indikatoren weisen jedoch darauf hin, dass gegen Ende des Berichtsjahres eine Intensivierung der Wirtschaftstätigkeit auf breiterer Front in Gang kam.

Der Preisanstieg zeigte eine deutliche Verlangsamung. Die Beruhigung der Konjunktur wirkte sich mit einer beträchtlichen Verzögerung nun auch in diesem Bereich aus. Der Index der Konsumentenpreise verharrte im ersten Halbjahr praktisch auf dem Stand von Ende Dezember 1967, stieg in der zweiten Jahreshälfte jedoch wieder an. Ende Dezember 1968 lag er 2,2% über dem vor Jahresfrist erreichten Niveau, nachdem er 1967 eine Erhöhung um 3,5% verzeichnet hatte.

Die Nachfrage insbesondere nach qualifizierten Arbeitskräften war durchweg sehr rege. Die Rationalisierungsbestrebungen wurden im Hinblick auf das auch in Zukunft begrenzte Arbeitskräfteangebot fortgeführt. Vereinzelt waren damit eine Stilllegung von Betriebsstätten und eine Freisetzung von Arbeitskräften verbunden.

Die Lohnentwicklung verlief ruhig. Die eingetretene Beschleunigung im Wirtschaftswachstum dürfte jedoch zu einer stärkeren Einkommenssteigerung im Jahre 1969 führen. Neben beachtlichen Lohnzugeständnissen im öffentlichen und privaten Sektor auf Anfang 1969 ist in diesem Zusammenhang die kräftige Erhöhung der Renten der AHV zum gleichen Zeitpunkt zu erwähnen.

Im Wirtschaftsverkehr mit dem Ausland sticht vor allem das Wachstum der Exporte hervor. Da die Einfuhr ausländischer Güter erst mit dem Wiederaansteigen der Investitionstätigkeit in der zweiten Jahreshälfte anzuziehen begann, verminderte sich das Defizit der Handelsbilanz auch im Berichtsjahr wiederum erheblich. Die Zunahme der schweizerischen Auslandsanlagen und die steigenden internationalen Zinssätze liessen die Kapitalerträge im Ausland stark anwachsen. Der Einnahmenüberschuss der schweizerischen Ertragsbilanz dürfte sich im Vergleich zum Vorjahr, als er rund eine Milliarde Franken erreicht hatte, ungefähr verdoppelt haben.

Eine bemerkenswerte Entwicklung im monetären Bereich bildete im Berichtsjahr die ausserordentliche Zunahme der ausländischen Gelder bei schweizerischen Banken. Die Verbindlichkeiten der Kreditinstitute gegenüber dem Ausland erhöhten sich von Ende September 1967 bis Ende September 1968 um 6,3 Milliarden auf insgesamt 27,5 Milliarden Franken. Der Ertragsbilanzüberschuss, die relativ schwache Kreditnachfrage im Inland, der hohe Mittelzufluss aus der inländischen Spartätigkeit sowie die günstigen Zinsbedingungen an den ausländischen Märkten förderten die Placierung von Geldern im Ausland. Die Auslandsanlagen der Banken nahmen deshalb noch erheblich stärker zu als die Auslandverbindlichkeiten, nämlich um 9,3 Milliarden auf 32,5 Milliarden Franken. Die Nettoguthaben im Ausland erreichten Ende September 1968 rund 5 Milliarden Franken. Auf diese kurzfristigen Anlagen können die Banken jederzeit zurückgreifen, um ihre Kassenhaltung zu erweitern und gestützt darauf ihre inländische Kreditgewährung um ein Mehrfaches auszudehnen.

Die bedeutenden Geldzuflüsse aus dem Ausland bewirkten von September 1967 bis September 1968 eine Ausweitung der Bilanzsumme der Banken, welche der Nationalbank monatlich berichten, um 17%. Die inländischen Positionen dehnten sich um 11% aus.

Die Kreditgewährung an die inländische Kundschaft blieb, zum Teil saisonbedingt, im ersten Quartal stabil. Vom Frühjahr an nahmen die Ausleihungen der Banken dagegen wieder zu, und zwar etwas stärker als im gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Da die Kreditinstitute mehr Geld im Ausland anlegten, als ihnen von dort zufluss, war der Anstieg der Bilanzsummen nicht von einer entsprechenden Öffnung der von den Banken im Inland gehaltenen Kassenmittel begleitet. Den Banken war jedoch daran gelegen, an den Bilanzterminen die herkömmlichen Proportionen zwischen ihrer Kassenhaltung und ihren Verbindlichkeiten auszuweisen. Zu diesem Zwecke nahmen sie jeweils die Hilfe der Notenbank kurzfristig in Anspruch. Die zur vorübergehenden Öffnung der Kasse erforderlichen Beträge beschafften sie sich durch die Abtretung von Dollars an die Nationalbank vor allem auf Swap-Basis und in geringerem Umfange per Kasse. Im Herbst allerdings überbrückten sie ihren Monatsendbedarf dadurch, dass sie hauptsächlich den Diskont- und Lombardkredit der Notenbank beanspruchten und ihr überdies vorübergehend Geldmarktpapiere einreichten.

Angesichts der engen Verflechtung des schweizerischen Geldmarktes mit den ausländischen Märkten folgte die Entwicklung der kurzfristigen Sätze weitgehend der Zinsgestaltung an den Euro-Geldmärkten. Sie zeigte im Laufe des Jahres eine deutlich ansteigende Tendenz.

Einen leichten Auftrieb verzeichneten die von den Banken im kommerziellen Geschäft berechneten Zinssätze, vor allem was Blankokredite, Baukredite und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften anbelangt. Am Markt für langfristige Gelder trat praktisch nur ein Anstieg bisher eher zurückgebliebener Sätze für Hypothekendarlehen ein. Die Rendite der Bundesobligationen ging zurück.

Dank der bedeutenden Spartätigkeit vermochte der Kapitalmarkt das ganze Jahr hindurch den hohen Ansprüchen ohne Anspannungserscheinungen zu genügen. Insgesamt wurden am Emissionsmarkt inländische und ausländische Obligationenanleihen im Betrage von 4135 Millionen Franken öffentlich aufgelegt, was dem bereits hohen Vorjahresbetrag entspricht. Die Zinskonditionen blieben im ganzen stabil.

Die fortschreitende Konjunkturbelebung im Inland gab Anlass zu erhöhter Aufmerksamkeit. Da die Exportnachfrage andauernd kräftig zunahm, musste mit der Möglichkeit gerechnet werden, dass sich der Aufschwung auch auf die inländische Nachfrage ausbreiten und den wegen des knappen Arbeitsmarktes geringen Wachstumsspielraum überschreiten würde. Zugleich traten im Geldbereich Entwicklungstendenzen in Erscheinung, welche es als nicht ausgeschlossen erscheinen liessen, dass der konjunkturelle Aufschwung durch eine übermässige Ausweitung der inländischen Geld- und Kreditversorgung zusätzlichen Auftrieb erhalten und sich zu inflatorischer Überhitzung steigern könnte.

Die Nationalbank befasste sich angesichts dieser Perspektiven mit der Frage, wie einer sich allenfalls entwickelnden unerwünschten Ausweitung der Geld- und Kreditversorgung zu begegnen wäre. Das Problem wurde eingehend auch mit der Schweizerischen

Zur Geld- und Währungspolitik der Nationalbank

Bankiervereinigung behandelt. Besondere Bedeutung wurde dabei möglichen Massnahmen gegen das Eindringen des ungewöhnlich hohen Anfalles ausländischer Gelder in den schweizerischen Wirtschaftskreislauf beigemessen. Diese Gespräche, die noch keine abschlussreifen Projekte ergaben, sollen fortgeführt werden.

Während des Berichtsjahres vermochte allerdings die hohe internationale Geld- und Kapitalnachfrage die Risiken einer übermässigen Geld- und Kreditausweitung im Inland zu vermindern. Vor allem erwiesen sich die auf den Euro-Märkten vorherrschenden Zinssätze als sehr attraktiv.

Die Nationalbank erleichterte die Ausnützung dieser Anlagemöglichkeiten für die unserem Bankensystem zugeflossenen ausländischen Gelder. Sie half bei der Ultimo-Finanzierung der Banken durch Swap-Operationen und durch kurzfristige Kreditgewährung mit, um den Banken zu ermöglichen, auf eine definitive Konversion von ausländischen Mittelzuflüssen in Schweizerfranken zu verzichten. In der gleichen Absicht offerierte sie den Banken in Zusammenarbeit mit der Federal Reserve Bank of New York angemessene Kurssicherungsmöglichkeiten in Momenten, da wegen einer Zuspitzung der Spannungen im Währungsbereich die Kurssicherungskosten gegenüber dem Dollar stark zu steigen drohten und die Gefahr einer massiven Repatriierung von Mitteln bestand. Dies trug dazu bei, eine übermässige Devisenkonversion zu vermeiden.

Zum nämlichen Zweck erleichterte die Nationalbank auch den Kapitalexport. Sie genehmigte alle unter Artikel 8 des Bankengesetzes fallenden Kredittransaktionen und erhöhte die Freigrenze für Auslandsanleihen von 5 Millionen auf 10 Millionen Franken. Auch sämtliche unter Artikel 8 fallenden Projekte für Auslandsanleihen wurden antragsgemäss bewilligt. Zudem erweiterte sie durch die erstmalig erteilte Bewilligung für die Placierung ausländischer, auf Franken lautender Schuldverschreibungen mittlerer Laufzeit die Anlagemöglichkeiten für zugeflossene ausländische Kapitalien. Die Ausgabe solcher Papiere wurde allerdings von der Einhaltung von Bedingungen abhängig gemacht, die einer unerwünschten Konkurrenzierung der von den Banken ausgegebenen Kassenobligationen vorbeugen sollen.

Die Entwicklung der Zinsbedingungen am Geldmarkt machte keine Neufestsetzung des offiziellen Diskont- und Lombardsatzes notwendig. Am Markt der mittel- und langfristigen Gelder traten praktisch keine Zinssatzänderungen ein; das Angebot an solchen Geldern gestaltete sich sehr befriedigend. Die Nationalbank hatte sich daher nicht mit Gesuchen um Erhöhung der Kassenobligationensätze zu befassen. Die Marktlage war andererseits, wie wiederholte Sondierungen ergaben, für eine Reduktion dieser Sätze nicht geeignet.

Die Arbeiten zur Revision des Nationalbankgesetzes mit dem Hauptziel einer Erweiterung des notenbankpolitischen Instrumentariums traten im Verlaufe des Jahres in eine

entscheidende Phase. Der nach dem Vernehmlassungsverfahren bereinigte Entwurf für eine Änderung des geltenden Bundesgesetzes aus dem Jahre 1953 wurde den eidgenössischen Räten mit Botschaft des Bundesrates vom 24. Juni 1968 zugeleitet. Wichtigste Punkte der Vorlage bilden die der Notenbank zugedachten zusätzlichen Kompetenzen, von den Banken unter bestimmten Voraussetzungen die Errichtung von Mindestguthaben auf dem Zuwachs der Verbindlichkeiten verlangen, den Gesamtwuchs der inländischen Kreditgewährung der Banken begrenzen, eigene Geldmarktpapiere für Offenmarktoperationen ausgeben und schliesslich den Umfang der in einem bestimmten Zeitraum zur Auflage gebrachten Anleihssemissionen festsetzen zu können.

Die Befugnisse sind im Gesetzesentwurf so umschrieben worden, dass das Noteninstitut die Errichtung von Mindestguthaben und eine Begrenzung der Ausweitung des Kreditvolumens der Banken nur verlangen kann, wenn sich seine übrigen Mittel zur Eindämmung einer übermässigen Geld- und Kreditexpansion als unzureichend erweisen. Die Massnahmen können in keinem Falle zu einer deflatorischen Einengung der Geld- und Kreditversorgung eingesetzt werden. Ausdrücklich ist im übrigen in der Vorlage der Grundsatz niedergelegt worden, dass Bundesrat und Nationalbank alle Massnahmen von wesentlicher konjunkturpolitischer Bedeutung gegenseitig abzustimmen haben.

Die vorberatende Kommission des Nationalrates, dem die Priorität zufiel, nahm im Oktober die Eintretensdebatte über Botschaft und Gesetzesentwurf auf.

Die bewegten Vorgänge im internationalen Währungsbereich hatten zur Folge, dass sich die Notenbankleitung in besonderem Masse mit internationalen Währungsfragen auseinandersetzen hatte, sei es wegen der Auswirkungen des Geschehens im Ausland auf unsere Währung, sei es wegen der dadurch hervorgerufenen Störungen in anderen Ländern oder schliesslich wegen der Konsequenzen für die internationale Währungsordnung ganz allgemein.

Die Schweiz nimmt in den internationalen Finanzbeziehungen eine Stellung ein, die ihre sonstige wirtschaftliche Bedeutung weit übertrifft. Daraus können sich jedoch, besonders in Zeiten unsicherer Währungsverhältnisse, Geld- und Kapitalbewegungen ergeben, die den schweizerischen Wirtschaftsablauf stören.

Der seit einigen Jahren als regelmässige Begleiterscheinung von Währungsunruhen registrierte Zustrom von Geldern in das schweizerische Bankensystem nahm im Berichtsjahre ein besonders starkes Ausmass an. Im Gegensatz zu früheren Jahren wurden diese Gelder indessen von den Banken angesichts der sehr attraktiven Anlagemöglichkeiten an den internationalen Märkten unmittelbar wieder ins Ausland zurückgeleitet. Selbst während der kritischsten Phasen gelangten deshalb, verglichen mit ähnlichen Perioden früherer Jahre, relativ bescheidene Beträge an Devisen bis zur Notenbank und damit in den inländischen Geldkreislauf.

Um sich jedoch gegenüber allfälligen ausgedehnten Dollarzuflüssen etwas grössere Bewegungsfreiheit zu verschaffen, nahm die Nationalbank Mitte März, als die Interventionen der Notenbanken am freien Goldmarkt eingestellt wurden, den von ihr seit 1961 gehaltenen Übernahmekurs für US-Dollars von 4.3150 auf 4.2950 zurück. Damit wurde die Bandbreite im Rahmen der geltenden Bestimmungen voll nach unten ausgenützt. Mit dieser Senkung des offiziellen Ankaufspreises sollten einerseits Unsicherheiten über die weitere Kurspolitik der Notenbank beseitigt werden. Andererseits wurde damit die Möglichkeit geschaffen, den vorübergehenden spekulativen Erwerb von Schweizerfranken kostspieliger zu machen. Im Bestreben, soweit möglich auch Störungen für die ausländischen Märkte zu reduzieren, welche sich aus grösseren Transaktionen der Banken zur Überbrückung der Ultimobedürfnisse hätten ergeben können, leitete die Nationalbank die ihr aus Devisen-Swaps zugehenden Dollarbeträge, teils durch direkte Anlagen, teils auch durch Vermittlung der BIZ, an diese Märkte zurück.

Besonderes Gewicht legte die Notenbankleitung darauf, in Zusammenarbeit mit anderen Zentralbanken das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des heutigen Währungssystems aufrechtzuerhalten und auf diese Weise einem Übergreifen der Störungen auf den internationalen Wirtschaftsverkehr zu begegnen.

Im Vordergrund dieser Bemühungen stand die Sicherung der Dollarkonvertibilität als einer der Hauptsäulen des bestehenden Währungssystems. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen setzt dies die Bereitschaft der Notenbank voraus, im Falle grosser Geldzuflüsse aus dem Ausland einerseits beträchtliche Dollarbeträge in die Währungsreserven aufzunehmen und andererseits darauf zu verzichten, sie in grösserem Umfange in Gold zu konvertieren. Das Bestehen von Swap-Fazilitäten mit der Federal Reserve Bank of New York erleichtert eine derartige Politik, weil sie gestatten, die übernommenen Dollars gegen Abwertungsrisiken zu sichern.

Dollarzuflüsse, die den von der Nationalbank gehaltenen normalen Bestand überschritten, wurden denn auch im vergangenen Jahr wiederum gegen Kursrisiken gedeckt, indem nicht kursgesicherte Dollars gegen Swap-Dollars mit einem festen Kursverhältnis zwischen Franken und Dollar ausgetauscht wurden. Diese für die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Währungsordnung notwendige Politik, die auch von andern massgeblichen Ländern befolgt wurde, führte zu einer Vergrösserung der kursgesicherten Dollarbestände bei relativ geringer Veränderung der Goldreserven.

Neben der direkten Dollar-Franken-Swap-Vereinbarung, welche die Nationalbank mit dem amerikanischen Währungsinstitut unterhält, besteht eine weitere indirekte Swap-Regelung, an der die Nationalbank, die BIZ und die Federal Reserve Bank of New York beteiligt sind. Sie ist jeweils ebenfalls zur Kurssicherung von Dollarbeständen der Nationalbank herangezogen worden. Die Limiten beider Swap-Vereinbarungen wurden im

März anlässlich der allgemeinen Erweiterung des Swap-Netzes, welches die Federal Reserve Bank of New York mit allen bedeutenderen Noteninstituten gebildet hat, je von 400 auf 600 Millionen Dollar heraufgesetzt. Die Swap-Verbindlichkeiten des amerikanischen Währungsinstituts, die noch vom Vorjahre her ausstehend waren, wurden bis zum Juli abgebaut. Die Vereinbarung mit der BIZ wurde in der Folge nicht mehr beansprucht.

Die Abtragung der Swap-Verbindlichkeiten der Federal Reserve Bank of New York geschah teils aus dem Erlös von Dollarkäufen, welche die Nationalbank bei diesem Institut tätigte, um ihre Dollarabgaben an den Devisenmarkt einzudecken; teils diente dazu die Übernahme kurzfristiger, auf Schweizerfranken lautender Schuldverschreibungen des amerikanischen Schatzamtes durch die Nationalbank. Schliesslich erfolgte zum gleichen Zwecke eine Umwandlung von Dollars bei den amerikanischen Währungsbehörden in Gold.

Einmal mehr sah sich die Nationalbank im vergangenen Jahr veranlasst, der verstärkten Neigung ausländischer Kreise entgegenzutreten, den Schweizerfranken als Referenzwährung für internationale Finanzgeschäfte zu benützen, die mit unserer Wirtschaft in keinerlei Zusammenhang stehen.

Während des ersten Quartals nahmen die Bemühungen um die Aufrechterhaltung des einheitlichen Goldpreises die Notenbankleitung stark in Anspruch. Die Goldabgaben des Gold-Pools an den Markt stellten eine erste Verteidigungslinie gegen die Währungsspekulation, so beispielsweise auch gegen eine Flucht in den Schweizerfranken, dar. Ein bedeutender Teil der Kaufaufträge aus aller Welt sammelte sich bei den schweizerischen Banken an. Mit allerdings nur vorübergehendem Erfolg wurde daher in Zusammenarbeit mit unseren Grossbanken versucht, die spekulativen Goldkäufe einzudämmen. Diese nahmen mit der Zeit einen Umfang an, der an sich wieder zu einer Quelle der Währungsunsicherheit wurde. Das Halten dieser Verteidigungslinie wurde daher unzweckmässig und kostspielig. Am 17. März wurde an einer Konferenz in Washington beschlossen, die Verkäufe des Gold-Pools einzustellen. Die Nationalbank hat seither, wie die Notenbanken der meisten andern Länder, zwecks Tiefhaltung des freien Goldpreises auf den Erwerb von neuproduziertem Gold verzichtet.

Im Rahmen der Bemühungen zur Stützung von in Schwierigkeiten geratenen Währungen nahm die Währungshilfe an Grossbritannien einen breiten Raum ein. Im Hinblick auf den längerfristigen Charakter dieser Operationen musste die Beteiligung unseres Landes auf den Bundesbeschluss vom 4. Oktober 1963 über die Mitwirkung der Schweiz an internationalen Währungsmassnahmen abgestützt werden. Auf Grund dieses Beschlusses gewährt der Bund der Nationalbank eine Übernahmegarantie, während die Notenbank die Mittel zur Verfügung stellt. Der Gesamtbetrag solcher Währungshilfen ist auf 865 Millionen Franken, d. h. 200 Millionen Dollar, begrenzt. Diese Limite war zu

Beginn des Jahres durch die in den vorangegangenen Jahren an Grossbritannien eröffneten Stützungskredite bereits weitgehend ausgenützt.

Durch Rückzahlungen, die Grossbritannien ab Mitte des Jahres auf früheren Stützungskrediten leistete, wurde sukzessive Raum für neue Hilfeleistungen im Rahmen des genannten Bundesbeschlusses geschaffen. Solche Rückzahlungen erfolgten in vierteljährlichen Raten auf einem Kredit von 40 Millionen Dollar, der Grossbritannien im Mai 1965 im Anschluss an eine Aktion der «Zehner-Gruppe» gewährt worden war. Teilweise abgetragen wurde ferner der Stützungskredit, den die Nationalbank dem Vereinigten Königreich kurz vor der Pfundabwertung mit anderen Notenbanken zusammen eingeräumt hatte. Gänzlich zurückbezahlt wurde schliesslich der von Grossbritannien in Anspruch genommene Betrag jener Kreditzusage, den die Nationalbank, wiederum im Verein mit einer Gruppe weiterer Währungsinstitute, unmittelbar nach der Pfundabwertung erteilt hatte.

Als im September eine Gruppe von Notenbanken der BIZ einen Stand-by-Kredit im Gesamtbetrag von 2 Milliarden Dollar als Rückendeckung für die Grossbritannien im zweiten «Group Arrangement» zugesicherte Unterstützung zur Stabilisierung der offiziellen Pfundguthaben der Sterling-Zone eröffnete, war die Nationalbank in der Lage, sich daran unter Einhaltung der im Bundesbeschluss vorgesehenen Limite mit einer auf 100 Millionen Dollar begrenzten Kreditzusage zu beteiligen. Ende des Jahres war der durch den Bundesbeschluss von 1963 gesetzte Rahmen durch ausstehende Kredite von 352 Millionen Franken und durch die bisher unbenützte Kreditzusage von 431 Millionen Franken vom September 1968, also im Ausmass von insgesamt 783 Millionen Franken, beansprucht.

Die Nationalbank partizipierte mit einer Quote von 100 Millionen Dollar an einem Stand-by-Kredit von 2 Milliarden Dollar, welchen Notenbanken am 20. November der Banque de France einräumten. Die Schweiz konnte dieser Solidaritätsaktion nicht fernbleiben. Nicht zuletzt galt es dabei zu berücksichtigen, dass ein Teil des ins Ausland geflüchteten französischen Kapitals sich unserem Lande zugewandt hatte. Da die im Bundesbeschluss vorgesehene Limite für Währungskredite ans Ausland durch die Stützungsaktionen zugunsten Grossbritanniens bereits weitgehend ausgeschöpft war, musste für die Hilfe an Frankreich die Form einer kurzfristigen Devisenanlage der Notenbank gewählt werden. Sofern das französische Währungsinstitut von der Kreditzusage Gebrauch macht, wird ihm die Nationalbank ein Dollardepot für drei Monate einräumen mit dem Vorbehalt, dieses jederzeit innerhalb von zwei Tagen zurückverlangen zu können.

*Aufstellung über die
Währungshilfeaktionen
der Schweizerischen
Nationalbank
im Jahre 1968*

	Eingeräumte Kredit- limiten		Rück- zahlungen im Jahre 1968		Ende 1968 ausstehende Kredite	
	Mio Dollar	Mio SFr.	Mio Dollar	Mio SFr.	Mio Dollar	Mio SFr.
* Kredit vom Mai 1965 an Grossbritannien im Anschluss an eine Stützungsaktion von IMF und «Zehner-Gruppe» (Bilanzposition: kursgesicherte Guthaben bei ausländischen Notenbanken)	40	174	15	66	25	108
* Kredit vom Juni 1966 an die BIZ im Rahmen der Notenbankhilfe an Grossbritannien zum Ausgleich von Abzügen von Sterling-Guthaben (1. Group Arrangement) (Bilanzposition: Devisen)	50	216	—	—	50	216
* Kredit vom November 1967 an die BIZ in Form eines Gold-Franken-Swaps im Rahmen der Notenbankhilfe an Grossbritannien zur Erleichterung einer Rückzahlung von Ziehungen auf den IMF vor der Pfund-Abwertung (Bilanzposition: Gold)	15	66	8	38	7	28
* Kreditzusage vom November 1967 an Grossbritannien im Rahmen der Notenbankhilfe nach der Abwertung **	75	325	75	325	—	—
* Kreditzusage vom September 1968 an die BIZ im Rahmen der Kreditzusage der Notenbanken als Rückendeckung für die Vereinbarung der BIZ mit der Bank of England zum Ausgleich von Abzügen von Pfund-Guthaben der Länder der Sterling-Zone (2. Group Arrangement)	100	431	—	—	—	—
Übertrag			98	429	82	352

* Mit Übernahmegarantie des Bundes im Rahmen des Bundesbeschlusses vom 4. Oktober 1963.

** Im Jahre 1968 beansprucht und wieder zurückbezahlt.

	Eingeräumte Kreditlimiten		Rückzahlungen im Jahre 1968		Ende 1968 ausstehende Kredite	
	Mio Dollar	Mio SFr.	Mio Dollar	Mio SFr.	Mio Dollar	Mio SFr.
Übertrag			98	429	82	352
Kreditzusage vom November 1968 an Frankreich im Rahmen der Notenbankhilfe anlässlich der Spekulation um eine D-Mark-Aufwertung und eine Franc-Abwertung .	100	431	—	—	—	—
Total			98	429	82	352

Regelmässig war die Nationalbank an den Treffen vertreten, welche die Notenbankleiter oder Währungsexperten der wichtigeren Länder im Rahmen der BIZ sowie der verschiedenen Komitees der OECD zusammenführten. Ferner nahmen Angehörige des Noteninstituts an den Sitzungen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der «Zehner-Gruppe» vom 29./30. März in Stockholm und vom 20./22. November in Bonn teil. Das Direktorium liess sich in seiner Haltung zu den zur Debatte stehenden Problemen im wesentlichen von der Auffassung leiten, dass die sich mehrenden Störungen im internationalen Zahlungsverkehr nicht einem Versagen des gegenwärtigen Währungssystems oder einem Mangel an internationaler Liquidität zur Last gelegt werden dürfen. Vielmehr sind sie in seinen Augen auf die Tatsache zurückzuführen, dass die grundlegenden Spielregeln des Systems nicht genügend eingehalten worden sind und inflatorischen Tendenzen zuviel Spielraum gewährt wurde. In Übereinstimmung mit dem Bundesrat vertrat die Nationalbank die Ansicht, dass nicht so sehr eine Reform des Systems als vielmehr eine grössere Disziplin im wirtschafts- und währungspolitischen Verhalten vordringlich sei.

B. Die Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft im einzelnen

Konjunkturverlauf in den hauptsächlichsten Wirtschaftssektoren

Die Zunahme des Steigerungssatzes des realen *Bruttosozialproduktes* von 1,9% im Jahre 1967 auf schätzungsweise 3,5% im Berichtsjahr war namentlich auf eine kräftige Ausdehnung der Nachfrage des Auslandes nach schweizerischen Gütern und Dienstleistungen zurückzuführen. Diese belief sich, nach Ausschaltung der Preisveränderungen, auf 9%, gegenüber 3,6% im Vorjahr. Die Zuwachsrate der Inlandsnachfrage blieb dagegen bescheiden. Sie stellte sich auf 2,5%, verglichen mit 2,2% im Jahre 1967. Die kaum ins Gewicht fallende Beschleunigung rührte von einer Belebung der inländischen Investitionstätigkeit her; das schon im Vorjahr nur langsame Wachstum des privaten Verbrauchs schwächte sich dagegen weiter ab.

Die *Zahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiter* ging geringfügig zurück. Die Abnahme wurde indessen durch die vermehrte Beschäftigung von Angestellten ausgeglichen, so dass die Gesamtbeschäftigung in der Industrie auf dem Vorjahresstand verharrte. Der wachsende Anteil der Angestellten an den Belegschaften ist u. a. eine Folge der Rationalisierung des Produktionsprozesses sowie der verstärkten Forschungstätigkeit.

Der Bestand an *kontrollpflichtigen ausländischen Arbeitskräften* belief sich Ende August, wie vor Jahresfrist, auf 648 000. In der Zusammensetzung trat in dem Sinne eine Verschiebung ein, als sich die Zahl der Jahres- und Saisonaufenthalter um rund 4 400 auf 585 000 verminderte, während jene der Grenzgänger ungefähr gleich stark auf 63 000 zunahm. Die Lage am Arbeitsmarkt blieb angespannt.

Die *Bautätigkeit*, welche im Jahre 1967 leicht rückläufig war, belebte sich. Hiezu trugen insbesondere die vermehrten Investitionen des Bundes und der Gemeinden bei. Der Rückgang der privaten Bauinvestitionen, der 1964 eingesetzt hatte, kam zum Stillstand.

Die *Wohnbautätigkeit* blieb rege. Die Zahl der in den 65 Städten neu erstellten Wohnungen betrug 18 928 und war um 1,1% grösser als im Vorjahr. Insgesamt dürften in Gemeinden mit über 1 000 Einwohnern wie im Jahre 1967 rund 50 000 Wohnungen erstellt worden sein.

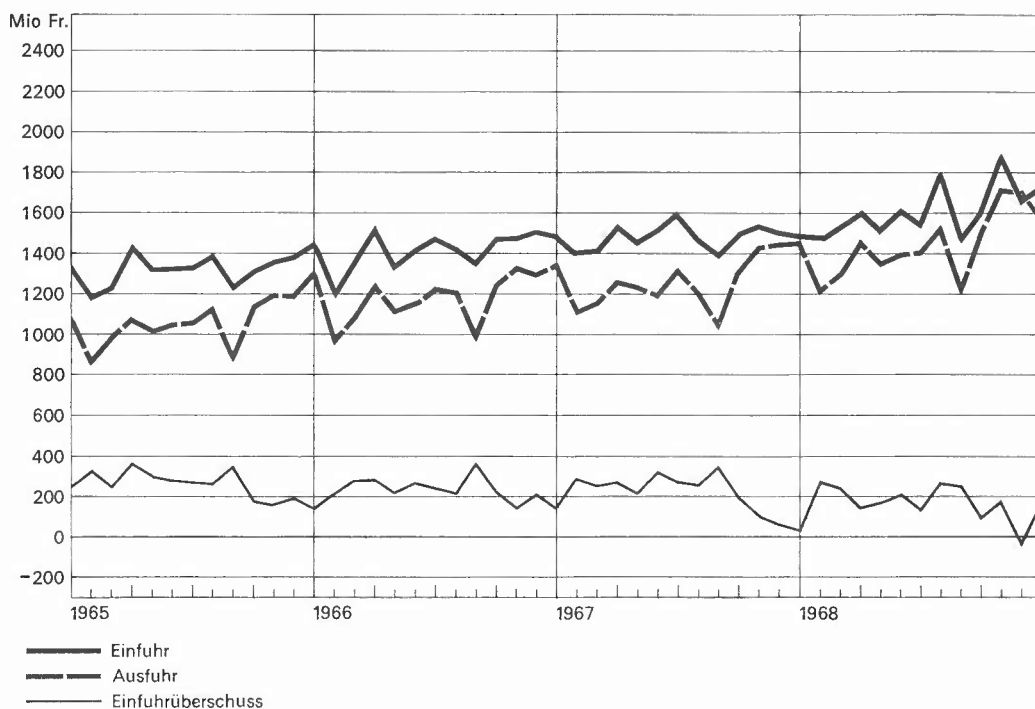
Infolge der anhaltend starken Wohnungsnachfrage in den städtischen Agglomerationen stieg die Nachfrage nach Bauland. In Zusammenhang damit zogen die Grundstückpreise in diesen Gebieten an, während jene in ländlichen Regionen stabil blieben. In den Städten zeigten auch die Baukosten wieder einen, vorerst allerdings nur leichten, Auftrieb. So lag der Zürcher Baukostenindex, welcher über die Veränderung der Offertpreise im Wohnungsbau Aufschluss gibt, anfangs Oktober 1,2% über dem Vorjahresstand, verglichen mit einer Zunahme von nur 0,6% in den vorangegangenen zwölf Monaten.

Die Entwicklung der *Bauvorhaben* lässt eine Belebung der Bauinvestitionen erwarten. Die Zahl der in den 65 Städten erteilten Wohnbaubewilligungen betrug 24 794 und war um 14,9% grösser als im Vorjahr. Jene der begutachteten Fabrikbauvorhaben lag mit 3 201 zwar um 5,6% unter der Vergleichsziffer für 1967, doch zeigte das Raumvolumen der geplanten Neu- und Erweiterungsbauten eine Erhöhung um 15,1%. Die gegenläufige Entwicklung der Zahl der industriellen Bauprojekte einerseits und deren Raumvolumen andererseits erklärt sich zum Teil aus den Anstrengungen zur Rationalisierung der Betriebe und den Tendenzen zur Betriebskonzentration.

Der *Aussenhandel* nahm einen kräftigen Aufschwung, wobei sich die Wachstumsraten des Imports und des Exports gegenüber dem Vorjahr mehr als verdoppelten.

In der ersten Jahreshälfte war der Anstieg der *Gütereinfuhr* allerdings bescheiden. Der Import stieg um lediglich 4%, wobei die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten den Vorjahresstand nur knapp erreichte. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die Steigerung der Auslandsnachfrage von keiner entsprechenden Zunahme der Produktion begleitet war, welche einen erhöhten Importbedarf an Rohstoffen und Halbfabrikaten ausgelöst hätte. Die zusätzliche Auslandsnachfrage konnte zunächst zu einem wesentlichen Teil durch den Abbau von Fertigwarenlagern befriedigt werden. In den letzten Monaten 1968 verdeutlichte sich allerdings die Auftriebstendenz des Imports.

Handelsbilanz der Schweiz



Von Januar bis Dezember bezifferte sich die Einfuhr auf 19425 Millionen Franken. Die Wachstumsrate übertraf mit 9,2% diejenige des Vorjahres, die lediglich 4,6% betragen hatte. Bei den einzelnen Hauptkategorien von Einfuhrgütern ergaben sich die folgenden Zuwachssätze: Investitionsgüter 17,9%, Energieträger 17,0%, Rohstoffe und Halbfabrikate 6,0% und Konsumgüter 7,9%.

Der Anstieg der *Ausfuhr*, der gegen Ende 1967 in Gang gekommen war, verstärkte sich. Der Wert der ausgeführten Waren belief sich auf 17350 Millionen Franken. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich eine Zunahme um 14,4%, gegenüber 6,8% von 1966 auf 1967. Die wichtigsten Ursachen der Exportzunahme lagen in der Wiederbelebung der Konjunktur in der EWG, insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland, sowie in einer Steigerung der Nachfrage nach schweizerischen Erzeugnissen seitens verschiedener wichtiger Absatzländer in Übersee. So zeigte die Ausfuhr nach der EWG eine Zunahme um 14,5% (Bundesrepublik Deutschland 21,7%, Frankreich 8,2%). Der Export nach den USA stieg ebenfalls um 14,5%, jener nach den anderen Überseeländern um 19,2%, wogegen sich die Lieferungen in den EFTA-Raum um 10,9%, nach Grossbritannien allein um 14,2%, erhöhten. Vom Mehrexport im Betrage von 2,2 Milliarden Franken entfielen 979 Millionen auf die Metallindustrie, 452 Millionen auf die chemische Industrie, 155 Millionen auf die Textil- und 144 Millionen auf die Nahrungsmittelindustrie.

Das Defizit der *Handelsbilanz* im Umfang von 2075 Millionen Franken fiel um 546 Millionen oder 20,8% kleiner als im Vorjahr aus. Die Verminderung war zum Teil darauf zurückzuführen, dass der Export mengenmässig stärker zunahm als der Import; zum Teil rührte sie von der Verbesserung der «terms of trade» her.

Da sich der Passivsaldo der Handelsbilanz verringerte, die Dienstleistungsbilanz sich gleichzeitig verbesserte und insbesondere die Kapitalanlagen im Ausland höhere Erträge als im Jahre 1967 abwarfen, dürfte die *Ertragsbilanz* mit einem Aktivsaldo von rund 2 Milliarden Franken abgeschlossen haben. Dieser Überschuss entspricht etwa den Nettoeinnahmen aus Kapitalerträgen einschliesslich der Einnahmen der Privatversicherung, bei denen es sich gleichfalls zur Hauptsache um Erträge von Kapitalanlagen handelt. Im Gegensatz zu anderen Ländern mit einer aktiven Ertragsbilanz resultierte der beträchtliche Überschuss der Schweiz somit nicht aus einem Aktivsaldo im Warenverkehr, sondern aus Überschüssen bei den Dienstleistungen und Kapitalerträgen. Die hohen Kapitalerträge rühren von den grossen schweizerischen Investitionen im Ausland her und hängen nicht zuletzt mit der Rolle der Schweiz als internationales Finanzzentrum zusammen. So erklärt sich der Anstieg der Nettoeinnahmen aus Kapitalanlagen zum Teil durch die Einkünfte der Banken aus ihren Anlagen an den Euro-Geldmärkten. Werden die Kapitalerträge, welche in der Hauptsache wieder im Ausland angelegt wurden, ausser acht gelassen, so hielten sich in der schweizerischen Ertragsbilanz die Ein-

nahmen und Ausgaben (mit Einschluss der Überweisungen ausländischer Arbeitskräfte und sonstiger einseitiger Übertragungen) im Berichtsjahr praktisch die Waage.

Die Entwicklung des *Fremdenverkehrs* stand unter dem Einfluss gegenläufiger Faktoren. Zunächst förderten die guten Schneeverhältnisse und das späte Osterdatum den Tourismus in den Wintersportgebieten; in der Sommersaison dagegen führte die ungünstige Witterung zu Frequenzeinbussen, die durch die Belebung des Fremdenverkehrs im Herbst nur knapp wettgemacht werden konnten. Hemmend wirkten sich auf den Fremdenverkehr die britischen Devisenbeschränkungen sowie die ausgedehnte Streikbewegung vom Frühjahr in unserem westlichen Nachbarland aus. Leichte Frequenzrückgänge waren auch bei den Besuchern aus den Vereinigten Staaten zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Übernachtungen in Hotels und Pensionen nahm im Berichtsjahr um 1,2% zu. Bei den Inlandgästen belief sich der Anstieg auf 2,3%, bei den Auslandgästen auf 0,4%.

Der *Reiseverkehr* der Schweizerischen Bundesbahnen stand im Zeichen der Stagnation. Diese war teils auf die ungünstigen Witterungsverhältnisse, teils auf Streiks der Eisenbahner in Frankreich und in Italien zurückzuführen. Dagegen verstärkte sich der bereits gegen Ende 1967 beobachtete Anstieg des *Güterverkehrs*. Besonders ausgeprägt fiel die Erhöhung des inländischen Güterverkehrs aus, was von der Belebung der Binnenkonjunktur und vom Aufschwung des Aussenhandels herrührte. Andererseits verflachte sich die Anstiegstendenz im Transitverkehr, der sich vorübergehend sogar rückläufig entwickelte. Die Umkehr beruhte weitgehend auf der Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums in Italien sowie auf den Strukturwandlungen der italienischen Industrie.

Im Gegensatz zum Vorjahr wurde auch die *Landwirtschaft* durch die Witterungsverhältnisse ungünstig beeinflusst. Das vielfach kalte und regnerische Wetter behinderte das Pflanzenwachstum und die Erntearbeiten, so dass die Erträge vor allem auch hinsichtlich der Qualität hinter diejenigen von 1967 zurückblieben. Demgegenüber wurden in der Viehwirtschaft wiederum Fortschritte erzielt. Da der Rindviehbestand weiter zunahm, die Nachfrage nach Milch und Milchprodukten sich dagegen rückläufig entwickelte, verschärfte sich die Absatzkrise in der Milchwirtschaft. Deshalb musste der Produzentenerückbehalt auf dem Milchpreis am 1. Mai von 3 Rappen auf 5 Rappen pro Liter heraufgesetzt werden. Ausserdem beschloss der Bundesrat eine Kontingentierung der Milcheinlieferungen. Die Inkraftsetzung dieser Massnahme wurde jedoch aufgeschoben, um der Landwirtschaft die Möglichkeit zur freiwilligen Produktionsanpassung zu geben. Nach vorläufigen Schätzungen des Schweizerischen Bauernsekretariates verschlechterte sich die Einkommenslage der Landwirtschaft im Vergleich zu 1967 sowohl von der Ertrags- als auch von der Aufwandseite her, indem einerseits der Endrohertrag das Vorjahresbetriffnis um 1,4 % unterschritt und andererseits die wichtigsten Betriebskosten, so vor allem

die Barlöhne für landwirtschaftliche Arbeiter und der Zinsanspruch für das investierte Kapital, weiter zunahmen.

Der *private Konsum* weitete sich betragsmässig um 5% aus, verglichen mit 7,2% im Jahre 1967. Nach Ausschaltung des Preisanstiegs dürfte der Verbrauch um 2,6% gestiegen sein, gegen 2,8% im vorangegangenen Jahre. Die Wertumsätze im Detailhandel nahmen um 3,6% zu, gegenüber 4,9% im Vorjahr, was darauf hindeutet, dass sich die Erhöhung des Warenverbrauchs der privaten Haushalte weiter verlangsamte, während die Inanspruchnahme von Dienstleistungen beschleunigt expandierte.

Der Anstieg der *öffentlichen Ausgaben* fiel etwas schwächer aus als im Jahre 1967. Nach vorläufigen Schätzungen nahmen die laufenden Ausgaben der öffentlichen Hand (Bund, Kantone und Gemeinden) und der Sozialversicherung um 7,5% zu, verglichen mit 9,5% im vorangegangenen Jahre. Der Finanzvoranschlag des Bundes für 1968 sah gegenüber dem Budget 1967 bei den Ausgaben eine Steigerung um 11,5% und bei den Einnahmen eine solche um 16,7% vor. Der budgetierte Ausgabenüberschuss belief sich auf 180 Millionen Franken.

Für 1969 wird mit einem grösseren Defizit gerechnet. Im Vergleich zum Budget 1968 wird bei den Einnahmen eine Erhöhung von 6,3% auf 6 719 Millionen, bei den Ausgaben dagegen eine solche von 10,1% auf 7 153 Millionen Franken veranschlagt. Dementsprechend stellt sich das budgetierte Defizit der Finanzrechnung auf 434 Millionen Franken. Erstmals seit 1953 weist auch der Gesamtvoranschlag einen Reinaufwand, und zwar von 116 Millionen Franken, auf.

In den wichtigsten Bereichen der Wirtschaft verringerte sich der *Preisanstieg*. Die Entwicklung war indessen nicht einheitlich, indem in einzelnen Teilgebieten, so vor allem auf dem städtischen Grundstückmarkt und dem Baumarkt, erneut Preisauftriebstendenzen in Erscheinung traten.

Der Index der *Grosshandelspreise* lag während der Sommermonate unter dem Vorjahresniveau. Die rückläufige Entwicklung war dadurch bedingt, dass der Preisanstieg der importierten Waren durch Preisrückgänge bei den Inlandwaren mehr als ausgeglichen wurde. Vom Herbst an war dies aber nicht mehr der Fall. Demzufolge überschritt der Index der Grosshandelspreise Ende Dezember den Stand vor Jahresfrist leicht um 0,3%.

Die jährliche Anstiegsrate des Index der *Konsumentenpreise* verminderte sich von Januar bis August, als sie sich noch auf 1,2% stellte. Dies ist der niedrigste Zuwachssatz seit April 1961. Im letzten Quartal 1968 tendierte der Index allerdings wieder verstärkt nach oben. Ende Dezember lag er 2,2% über dem Stand von Ende 1967, in welchem Zeitpunkt die Jahreszuwachsrate 3,5% betragen hatte. Die Verlangsamung im Indexanstieg erklärt sich aus den nur noch geringfügigen Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln, Getränken, Bekleidungsartikeln und Haushalteinrichtungen sowie aus Preisrückgängen

beim Heizöl. Während diese auf Sonderfaktoren zurückzuführen waren, kam bei den Preisen der übrigen Verbrauchsgruppen die Abschwächung im wirtschaftlichen Wachstum in den Jahren 1966 und 1967 zum Ausdruck, die erst im Berichtsjahr in der Entwicklung des Index der Konsumentenpreise ihren Niederschlag fand.

Im Zuge der ruhigeren Preisentwicklung und im Zusammenhang mit der langsamen Expansion der Wirtschaftstätigkeit erhöhten sich die *Lohnsätze* im Berichtszeitraum um nur 4,1%, gegenüber 5,3% im vorangegangenen Jahre. In den letzten Monaten 1968 wurden jedoch bei Bund, Kantonen und Gemeinden sowie im privaten Dienstleistungssektor für Anfang 1969 bedeutende Lohn- und Gehaltserhöhungen beschlossen, die die Lohngestaltung auch in den gewerblichen und industriellen Betrieben beeinflussen dürften.

Währungsreserven und Valutamarkt

Die *Währungsreserven* (Goldbestand, Devisen und ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken, aber ohne kursgesicherte Guthaben bei ausländischen Notenbanken) wurden Ende 1967 mit 15 788 Millionen Franken ausgewiesen. Darin waren 464 Millionen Franken Jahresultimo-Swaps mit den Banken enthalten. Mit deren Auflösung zu Anfang des Jahres setzte ein Rückgang der Währungsreserven ein. Diese erreichten am 22. Mai mit 13 301 Millionen Franken den tiefsten Stand des Jahres. Die Abnahme gegenüber Ende 1967 belief sich auf 2 487 Millionen Franken. Bis zum Herbst zeigten die Währungsreserven wieder eine leichte Zunahme, wobei allerdings über Monatsende, vorab infolge von Dollarabtretungen der Banken auf Swap-Basis, wiederholt eine vorübergehende, stärkere Erhöhung zu verzeichnen war. Auf den Jahresultimo stiegen die Währungsreserven sprunghaft an; sie erreichten am 31. Dezember 18 400 Millionen Franken. Davon entfielen 3 206 Millionen auf Swap-Operationen mit den Banken. Unter Ausklammerung dieser Swap-Transaktionen nahmen die Währungsreserven innert Jahresfrist um 130 Millionen Franken ab. Die geringfügige Veränderung zeigt, dass die Mittelzuflüsse aus dem Ausland den Stand der Währungsreserven der Notenbank im Berichtsjahr per Saldo nicht beeinflussten; sie fanden vielmehr in einem Anstieg der Guthaben des Bankensystems im Ausland ihren Niederschlag.

Vom *Goldbestand* von 13 370 Millionen Franken Ende 1967 entfielen 2 148 Millionen auf Swaps mit der BIZ. Die weitgehende Auflösung dieser Swaps, die nur eine zeitlich begrenzte Erhöhung des Goldvorrates der Nationalbank bedeuteten, führte im Verlaufe des Jahres zu einer Reduktion um 2 120 Millionen Franken, während aus der Beteiligung der Nationalbank am Gold-Pool ein Abfluss von 370 Millionen resultierte. Diesen Goldabgängen standen Zugänge aus Dollarumwandlungen bei der amerikanischen Währungsbehörde im Umfang von 216 Millionen Franken gegenüber. Ferner wurde von der französischen Notenbank Währungsgold im Betrage von insgesamt 260 Millionen Fran-

ken erworben. Am Jahresende betrug die Goldreserve 11 356 Millionen Franken, wovon 28 Millionen Swaps mit der BIZ.

Der *Devisenbestand* der Nationalbank bezifferte sich am Jahresanfang auf 1 987 Millionen Franken. Das Bestreben der Kreditinstitute, möglichst viele Mittel zinstragend an ausländischen Märkten anzulegen, führte in den ersten Monaten zu einem bedeutenden Abgang von Devisen. Obwohl die Nationalbank im Zusammenhang mit den Vorgängen an den Goldmärkten am 15. März Dollars im Gegenwert von 334 Millionen Franken vom Markt zu übernehmen hatte, sanken ihre Bestände bis zum 22. Mai auf 1 062 Millionen Franken. Die Diskussionen um den französischen Franken und die Liquiditätsvorbereitungen der Banken auf das Halbjahresende hatten von Ende Mai an beträchtliche Dollarverkäufe an die Nationalbank zur Folge, so dass deren Devisenreserven Ende Juni vorübergehend auf 3 174 Millionen Franken anwuchsen. Davon entfielen 1 851 Millionen Franken auf kurzfristige Swap-Transaktionen mit den Banken, welche anfangs Juli wieder rückgängig gemacht wurden. Eine kräftige Verringerung erfuhr der Devisenvorrat in der dritten Juliwoche. Die Abnahme hing damit zusammen, dass die Federal Reserve Bank of New York die noch bestehenden Dollar-Franken-Swap-Verpflichtungen gegenüber der Nationalbank in der Höhe von 135 Millionen Dollar abtrug. Die hierzu erforderlichen Franken wurden ihr von der Nationalbank gegen Überlassung von dreimonatigen, auf Schweizerfranken lautenden Schuldverschreibungen des amerikanischen Schatzamtes zur Verfügung gestellt. Am 23. Juli erreichte der Devisenbestand mit 795 Millionen Franken sein tiefstes Niveau.

Anspannungstendenzen am schweizerischen Geldmarkt und Liquiditätsbedürfnisse der Banken führten wiederholt zur Abtretung von Dollars an das Noteninstitut. So hatte die Nationalbank Ende Juli sowie am September- und Oktoberultimo Dollarbeträge im Umfang von insgesamt rund 1 150 Millionen Franken aus dem Markt zu nehmen. Diesen Zugängen standen indessen kontinuierliche Dollarabtretungen an die Bundesverwaltung gegenüber. Im Zusammenhang mit der Währungskrise von Mitte November strömten der Nationalbank neuerdings Dollarbeträge im Gegenwert von 913 Millionen Franken zu.

Vom Jahrestiefstand bis Ende November erhöhte sich der Devisenbestand um 1 580 Millionen, um bis zum Jahresende im Zusammenhang mit den Liquiditätsvorbereitungen der Banken auf Jahresultimo um weitere 3 226 Millionen auf 5 601 Millionen Franken anzusteigen. Von diesem Betrag waren 3 206 Millionen Franken durch Swaps mit den Banken und 1 589 Millionen durch Swaps mit der Federal Reserve Bank of New York und Terminoperationen mit der BIZ kursgesichert.

Der Bestand an *ausländischen Schatzanweisungen in Schweizerfranken* erhöhte sich im Laufe des Jahres um 1 010 Millionen auf 1 442 Millionen Franken. Im März und, wie bereits erwähnt, im Juli übernahm die Nationalbank im Zusammenhang mit der Auf-

lösung von Swaps mit der Federal Reserve Bank of New York auf Schweizerfranken lautende Schuldverschreibungen des amerikanischen Schatzamtes («Roosa-Bonds») im Betrage von 435 Millionen bzw. 575 Millionen Franken.

Ende März nahm die Bank of England den ihr im November 1967 nach der Abwertung von der Nationalbank eingeräumten Stand-by-Kredit im Umfang von 325 Millionen Franken vorübergehend in Anspruch. Der Frankenbetrag wurde gegen kursgesicherte Pfund Sterling abgetreten. Das britische Noteninstitut verwendete die Franken zum Erwerb von Dollars bei der Nationalbank. Die Ende 1967 mit 174 Millionen Franken ausgewiesenen *kursgesicherten Guthaben der Nationalbank bei ausländischen Notenbanken* stiegen mit dieser Transaktion auf 499 Millionen Franken. Im Juni und Oktober gelangte der Vorschuss im Umfang von 108 Millionen bzw. 217 Millionen Franken zur Rückzahlung. Da ausserdem auf dem im Mai 1965 im Rahmen einer Stützungsaktion des Internationalen Währungsfonds an Grossbritannien gewährten Kredit im August und im November zwei Raten von zusammen 66 Millionen Franken zurückbezahlt wurden, verminderten sich die kursgesicherten Guthaben bei ausländischen Notenbanken auf 108 Millionen Franken.

Am schweizerischen *Devisenmarkt* zeigte der Kurs des Dollars am Jahresbeginn vorerst die saisonübliche Befestigung. Der Dollarkurs ist nicht nur Ausdruck der Zahlungssituation der Vereinigten Staaten, sondern reflektiert als Kurs der Leitwährung hauptsächlich die Angebots- und Nachfragesituation des Schweizerfrankens. Die hohe inländische Liquidität und die attraktiven Zinssätze an den internationalen Märkten gaben Anlass zu vermehrten Geldanlagen im Ausland. Die damit verbundene wachsende Nachfrage nach der amerikanischen Devise liess deren Kurs von 4.3250 Ende 1967 auf 4.3497 gegen Ende Februar ansteigen, so dass die Nationalbank in beträchtlichem Umfange Dollars abgeben konnte. Mit dem erneuten Aufflammen der internationalen Goldspekulation, die eine krisenhafte Entwicklung auslöste und Mitte März mit der vorübergehenden Schliessung des Londoner Gold- und Devisenmarktes ihren Höhepunkt erreichte, geriet der Dollarkurs unter Druck. Die Nationalbank nahm, wie erwähnt, ihren Ankaufspreis für den Dollar auf den untersten Punkt von 4.29½ zurück, nachdem sie während mehrerer Jahre bei 4.31½ interveniert hatte. Auf die Verlautbarung des Bundesrates und der Nationalbank hin, dass die Goldparität des Schweizerfrankens auf dem bisherigen Stand gehalten werde, eine Abwertung oder Aufwertung des Frankens nicht zur Diskussion stehe und die Notenbank bereit sei, Dollars zum neuen Interventionskurs zu übernehmen sowie am Terminmarkt zu intervenieren, beruhigte sich der Devisenmarkt. Die sich abschwächende Nachfrage nach dem Schweizerfranken fand ihren Ausdruck in einer Befestigung des Dollarkurses. Bei 4.34 begann die Notenbank mit der Abgabe von Dollars an den Markt. Von Mitte Mai an ging die Dollarnotierung unter dem Ein-

druck der Verschlechterung des sozialen und politischen Klimas in Frankreich und der damit verbundenen Mittelzuflüsse nach der Schweiz erneut zurück. Das Noteninstitut sah sich wiederum veranlasst, am Devisenmarkt zu intervenieren. Dies war wiederholt auch in den folgenden Monaten der Fall, wenn die Banken zur Beschaffung von Kassemitteln Dollars gegen Schweizerfranken an die Nationalbank abtraten. Der Kurs des Dollars löste sich aber jeweils rasch wieder vom Aufnahmekurs der Notenbank und hielt sich meist in der Nähe von 4.30. Im Zusammenhang mit der internationalen Währungs-krise und den Jahresendoperationen der Banken sank er zu Anfang der dritten Novem-berdekade und im Dezember vorübergehend wieder auf 4.29½.

Von besonderem Interesse war die Kursentwicklung des englischen Pfundes, des französischen Frankens und der D-Mark. In der Gestaltung des Pfundkurses kamen die anhaltenden Zahlungsbilanzschwierigkeiten Grossbritanniens zum Ausdruck. Ende Ja-nuar notierte das Pfund nahe der Parität. Später bröckelte der Kurs, besonders im Zu-sammenhang mit der Goldspekulation von Mitte März, ab. Anfangs Juli erreichte er einen Tiefstand, vermochte sich aber in der Folge, insbesondere nach der Bekanntgabe der Vereinbarung zur Konsolidierung der Sterlingguthaben, wieder zu befestigen. Im Novem-ber geriet die Pfundnotierung wegen der immer noch unbefriedigenden britischen Zah-lungsbilanzlage und im Zusammenhang mit Gerüchten über bevorstehende Paritätsän-derungen der deutschen und französischen Währung erneut unter Druck. Der französische Franken, der sich zu Jahresanfang befestigt hatte, schwächte sich namentlich unter dem Einfluss der Unruhen vom Mai und Juni ab. Nach einer leichten Erholung kam er im Zusammenhang mit der Währungskrise von Mitte November erneut ins Gespräch. Hiezu trug die Spekulation auf eine Aufwertung der D-Mark, die umfangreiche Geldabflüsse aus Frankreich nach der Bundesrepublik auslöste, wesentlich bei. Die Kursentwicklung der D-Mark wurde namentlich durch die stark aktive Ertragsbilanz der Bundesrepublik und die immer wieder auflebenden Aufwertungsgerüchte beeinflusst.

Nach den Störungen vom November und Dezember 1967 trat an den *internationalen Goldmärkten* vorübergehend eine Beruhigung ein. Der Goldpreis in London schwankte im Januar und Februar des Berichtsjahres zwischen 35.13¼ und 35.19⁵/₈ Dollar pro Unze. Zu Anfang März kam es jedoch unter dem Eindruck von Mutmassungen über eine bevor-stehende Aufhebung des Gold-Pools erneut zu spekulativen Goldkäufen, die am 15. März zur vorübergehenden Schliessung des Londoner Gold- und Devisenmarktes und zur Ein-stellung der Operationen des Gold-Pools führten. Die Zweiteilung des Goldmarktes in einen offiziellen, auf Währungsgoldtransaktionen beschränkten Sektor und einen pri-vaten Markt mit freier Preisbildung spielte sich ohne Störungen ein. Die weitverbreitete Erwartung, die Beendigung der Goldabgaben des Pools müsse den Marktpreis sofort stark in die Höhe treiben, was wiederum die Währungsbehörden dazu zwingen würde,

auch den offiziellen Goldpreis heraufzusetzen, erwies sich als unzutreffend. Zwar stieg der Goldpreis an den internationalen Märkten nach dem Entscheid im März über den Paritätspreis an. Der Zürcher Goldmarkt, der nicht geschlossen wurde, begann am 18. März mit einem Preis von 43/45 Dollar je Unze. Am Ende des Monats lag die Notierung mit 38/38.50 Dollar indessen nur noch wenig über dem offiziellen Preis. Der Londoner Goldmarkt wurde am 1. April wieder eröffnet, wobei der freie Goldpreis zunächst 38 Dollar je Unze betrug. Die Entwicklung an den Goldmärkten zeigte schon bald Zeichen einer Beruhigung. Die Schwankungen des freien Goldpreises hielten sich in relativ engen Schranken. Von Anfang April bis zum Jahresende wurde am 21. Mai ein Höchstpreis von 42 bis 43 Dollar je Unze in Zürich und 42.60 Dollar in London verzeichnet. Die tiefste Notierung in der Schweiz wurde am 4. April mit 36.65 Dollar je Unze registriert. Im Dezember stieg der Goldpreis in der Schweiz erneut auf 41.90 bis 42.10 Dollar je Unze an.

Geld- und Kapitalmarkt

Die Entwicklung der Lage am *Geldmarkt* widerspiegelt sich in der Bewegung der von den Banken und der übrigen Wirtschaft *bei der Nationalbank unterhaltenen Sichtguthaben*. Nachdem sich diese Mitte Januar auf 4,2 Milliarden Franken belaufen hatten, gingen sie bis Mitte April auf 3,2 Milliarden Franken und, nach einem vorübergehenden Anstieg am Semesterende, bis Mitte Juli weiter auf 2,5 Milliarden Franken zurück. Die Frankenschaffung auf den Juliultimo liess den Bestand dieser Sichtverpflichtungen ansteigen. Sie stellten sich Mitte August auf 3,2 Milliarden Franken und bewegten sich hierauf bei unregelmässigen Schwankungen bis Mitte Dezember rückläufig.

Wird der Stand dieser Guthaben mit demjenigen im Vorjahr verglichen, wobei die damals bei der Nationalbank zeitlich gebundenen Guthaben der Banken eingerechnet werden, so verfügten die Banken und die übrige Wirtschaft in der ersten Jahreshälfte über grössere Forderungen auf das Noteninstitut als ein Jahr zuvor. Von Juni bis Oktober unterschritten diese Giroguthaben aber das Vorjahresniveau um Beträge bis zu einer Milliarde Franken. In der Vergleichszeit 1967 waren die Banken allerdings ausserordentlich flüssig gewesen; der Nahostkonflikt im Mai und Juni 1967 hatte zu einem umfangreichen Geldzufluss geführt, und die hierdurch bedingte Markterleichterung hielt mehrere Monate an.

Ende Dezember 1968 beliefen sich die Guthaben der Banken und der übrigen Wirtschaft infolge der enormen Frankenschaffung über Jahresultimo auf 5776 Millionen Franken. Sie überschritten damit den zwölf Monate zuvor erreichten Stand um 1965 Millionen Franken.

Beträchtliche Schwankungen wiesen die *Guthaben des Bundes* beim Noteninstitut auf. Um Engpässe in seiner Kassenlage zu überwinden, sah sich der Bund im ersten Halbjahr wiederholt veranlasst, der Nationalbank Schuldverschreibungen des amerikanischen

Schatzamt in Pension zu geben. Die Verknappungen waren dadurch bedingt, dass das Guthaben des Bundes bei der Nationalbank auch die Kassenreserve des Postchecksystems einschliesst, die ihrerseits von den stark variierenden Guthaben der Inhaber von Postcheckrechnungen beeinflusst wird.

Die Anlagen des Bundes in Schuldverschreibungen des amerikanischen Schatzamtes stellten sich Ende 1968 mit 480 Millionen Franken gleich hoch wie vor Jahresfrist. Andererseits erhöhte der Bund seine kursgesicherten Anlagen in Dollars um 9 Millionen auf 82 Millionen Franken, während er jene in Pfund Sterling, die sich Ende 1967 auf 12 Millionen Franken belaufen hatten, liquidierte.

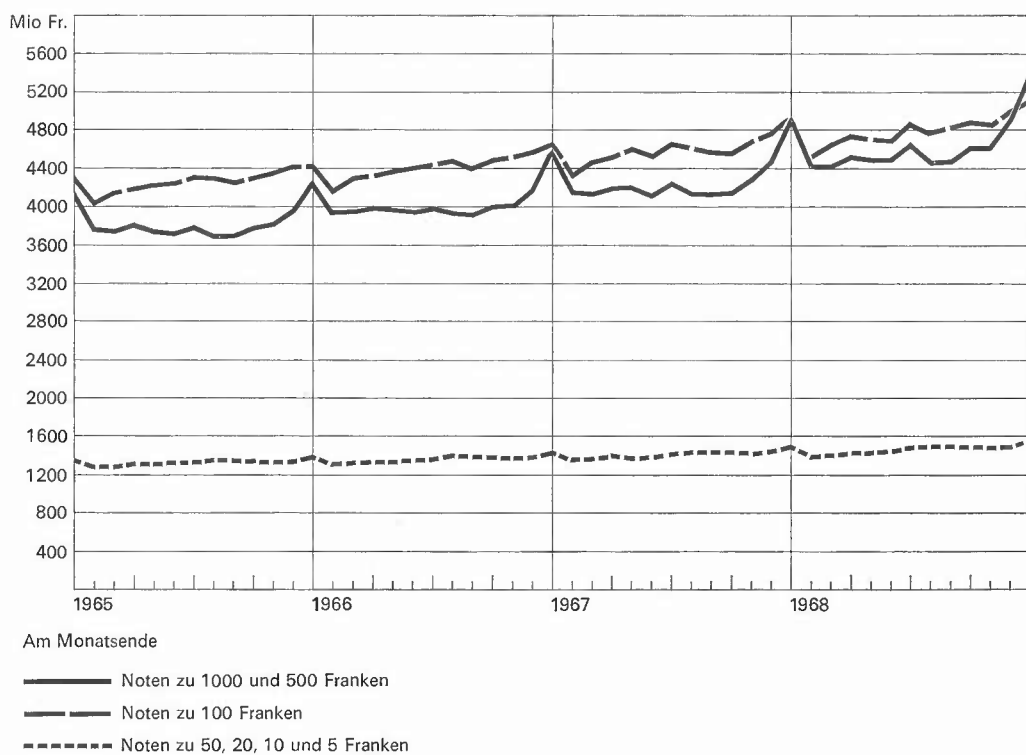
Der Bestand an Schatzanweisungen des Bundes war am Ende des Berichtsjahres mit 889 Millionen Franken gleich gross wie ein Jahr zuvor. Ende Januar 1968 wurden zwar solche Papiere im Betrage von 200 Millionen neu begeben, doch wurden diese Schatzanweisungen Ende März wieder eingelöst. Im Zusammenhang mit einer Anleiheemission entnahm der Bund dem Markte 172 Millionen Franken, wogegen er ihm durch Auslosungen von Obligationenanleihen der SBB 9 Millionen zuführte.

Der *Notenumlauf* zeigte, abgesehen von den üblichen saisonalen Veränderungen, eine Tendenz zu weiterem Anstieg. Ende 1967 hatte er sich auf 11 327 Millionen Franken belaufen. Nachdem die Zirkulation bis Mitte Februar durch den Notenrückfluss einen Abbau auf 9 894 Millionen Franken erfahren hatte, nahm sie bis Ende März auf 10 665 Millionen Franken zu. Ende Mai war der Notenumlauf praktisch gleich gross wie zwei Monate zuvor; alsdann stieg er sukzessive an und stellte sich am Jahresende auf 12 047 Millionen Franken. Im Jahresdurchschnitt belief sich die Zunahme der Notenausgabe auf 564 Millionen Franken oder 5,6%, gegenüber 447 Millionen oder 4,7% im Jahre 1967.

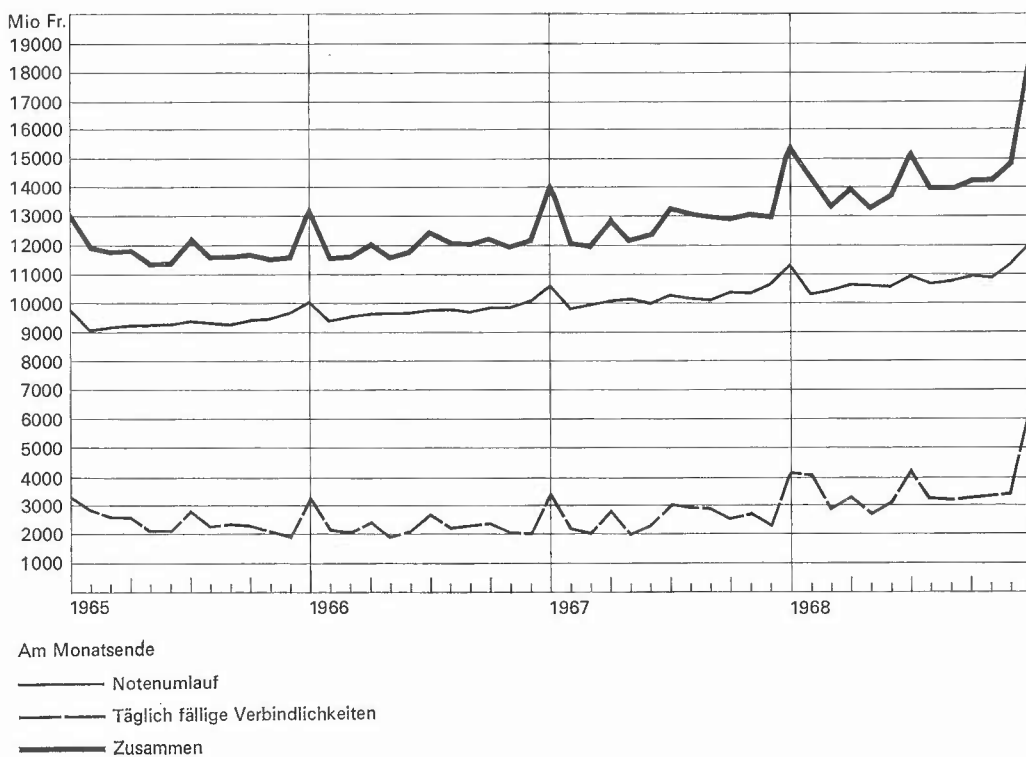
Die *Beanspruchung der Notenbank* im Diskont- und Lombardkredit und durch die Rückgabe von Sterilisierungsreskriptionen nahm einen unterschiedlichen Verlauf. Lässt man die Spitzenbelastung vom Maiultimo ausser Betracht, so hielt sich in den ersten acht Monaten der Rückgriff auf die Nationalbank mit einem Betrag von 100 bis 170 Millionen Franken im Rahmen des Vorjahres; in den letzten Monaten fiel er jedoch wesentlich kräftiger aus. Ende September betrug die Beanspruchung 479 Millionen, Ende Oktober 423 Millionen und Ende Dezember 591 Millionen Franken. Angesichts der hohen Zinssätze am Euro-Geldmarkt zogen es die Banken vor, auf wichtige Bilanztermine hin ihre inländische Liquidität nicht nur durch Dollarabtretungen, sondern auch durch die Diskontierung oder Rückgabe von Geldmarktpapieren zu ergänzen.

Im *Diskontgeschäft* wurden Schweizerwechsel im Betrage von 1 047 Millionen Franken abgerechnet, verglichen mit 470 Millionen im Vorjahr. Schatzanweisungen des Bundes wurden im Betrage von 188 Millionen Franken eingereicht, gegenüber 100 Millionen im Jahre 1967. Bei den Schweizerwechseln handelte es sich wie in den vorange-

*Gliederung
des Notenumlaufs*



*Notenumlauf und täglich
fällige Verbindlichkeiten*



gangenen Jahren zur Hauptsache um Pflichtlagerwechsel. Diese machten zusammen mit den Brotgetreidewechseln durchschnittlich 79 Millionen Franken aus, verglichen mit 80 Millionen Franken im Vorjahr. Ende 1968 standen insgesamt 2 866 Lagerverträge in Kraft, gegen 2 893 vor Jahresfrist. Der Wert der eingelagerten Waren, welcher sich Ende 1967 auf 1 533 Millionen belaufen hatte, stellte sich auf 1 820 Millionen Franken. An der Finanzierung dieser Pflichtlager waren die Banken mit 1 035 Millionen Franken beteiligt, im Vergleich zu 938 Millionen am Vorjahresende.

Obligationen wurden der Nationalbank in relativ geringen Beträgen zum Diskont eingereicht, nämlich bloss 49 Millionen, im Vergleich zu 111 Millionen Franken im Jahre 1967.

Im *Lombardgeschäft* beliefen sich die ausstehenden Vorschüsse auf durchschnittlich 27 Millionen Franken gegen 31 Millionen im Jahre 1967.

Durch die *Rücknahme von Sterilisierungsreskriptionen* wurden dem Markte verschiedentlich Mittel zugeführt. Dies war namentlich Ende Mai, Ende September und Ende Dezember mit Beträgen von 170 Millionen, 122 Millionen und 142 Millionen Franken der Fall. In der ersten Juliwoche zahlte das Noteninstitut Sterilisierungsreskriptionen des Bundes, welche 1964 zu Abschöpfungszwecken ausgegeben wurden und kurzfristig mobilisierbar waren, im Betrage von 225 Millionen Franken zurück. Nach dieser Transaktion belief sich der Umfang der Sterilisierungsreskriptionen noch auf 375 Millionen Franken.

Die *Zinssätze* entwickelten sich unterschiedlich. Die kurzfristigen Sätze gingen gleich nach Jahresbeginn zurück und hielten sich bis zum Frühjahr auf einem niedrigen Stand. Alsdann verzeichneten sie einen Anstieg, der vor allem unter dem Einfluss der Satzsteigerungen am Euro-Geldmarkt stand. Am mittelfristigen Markt verharrte die Verzinsung der Kassenobligationen das ganze Jahr hindurch auf dem Niveau, auf das sie bereits anfangs 1967 gebracht worden war. Auch die Zinssätze für Spareinlagen blieben stabil. Dagegen setzte sich der Anstieg der Hypothekarsätze langsam fort. Kantonalbanken, welche mit der Anpassung der Sätze noch zurückgehalten hatten, holten diese schrittweise nach. Ende des Berichtsjahres war der Anpassungsprozess indessen noch nicht abgeschlossen.

Was die Zinssätze im einzelnen anbelangt, wurde mit Wirkung ab 1. April 1968 der *Spezialdiskontsatz für Pflichtlager* in Lebens- und Futtermitteln von $3\frac{1}{4}$ auf 3% gesenkt. Diese Massnahme stellte lediglich eine Anpassung an die am 10. Juli 1967 erfolgte Herabsetzung des offiziellen Diskontsatzes von $3\frac{1}{2}$ auf 3% dar. Der Spezialdiskontsatz für übrige Pflichtlager wurde auf $3\frac{1}{2}$ % belassen.

Der *Callgeldsatz* in Zürich ermässigte sich anfangs Januar auf $\frac{1}{2}$ %. Vom März an zeigte er steigende Tendenz. Im Mai wurde für Tagesgeld $3\frac{1}{2}$ % vergütet. Im Sommer liess die leichtere Geldmarktlage den Satz vorübergehend bis auf $2\frac{1}{2}$ % und darunter absinken.

Der Rückgang wurde Ende Oktober von einem neuen Satzanstieg auf $3\frac{1}{2}$ bis 4% abgelöst. Gegen Jahresende wurde für Callgeld $3\frac{1}{2}$ % bezahlt.

Die Grossbanken, welche Ende 1967 für *Dreimonatsgelder* 4% vergütet hatten, ermässigten diesen Satz nach der Jahreswende in zwei Etappen auf $2\frac{3}{4}$ %. Bis Mitte Mai blieb er auf dem letztgenannten Niveau. Alsdann wurde die Verzinsung für Dreimonatsgelder in mehreren Schritten heraufgesetzt. Mitte November erreichte sie $4\frac{1}{4}$ %.

Dreimonatige Sterilisierungsreskriptionen wurden jeweils zu 2% bis $3\frac{1}{2}$ %, je nach Marktlage, erneuert. Die Abgabesätze für Schatzanweisungen des Bundes stellten sich auf 3 bis $3\frac{1}{2}$ % für Laufzeiten von 1 Jahr, $1\frac{1}{2}$ bzw. 2 Jahren.

Die *Sätze am mittelfristigen Markt* blieben, wie bereits erwähnt, fast durchweg auf dem zu Beginn des Vorjahres erreichten Stand. Die Grossbanken vergüteten auf drei- und vierjährigen Kassenobligationen $4\frac{3}{4}$ %, auf Titeln mit einer Laufzeit von fünf und mehr Jahren 5%. Die Kantonalbanken offerierten die gleichen Bedingungen. Lokalbanken und Darlehenskassen, welche drei- bis vierjährige Kassenobligationen mit einem Satz von $4\frac{3}{4}$ bis 5% ausstatteten, verzinsten längerfristige Papiere mit 5 bis $5\frac{1}{4}$ %.

Bei massgebenden Kantonalbanken blieb der Durchschnittssatz für *Spareinlagen* das ganze Jahr hindurch bei 3,60%. Die Sätze lauteten auf $3\frac{1}{2}$ bis $3\frac{3}{4}$ %, vereinzelt auch auf 4%. Grossbanken, Lokalbanken und Darlehenskassen vergüteten anfangs Oktober $3\frac{1}{2}$ bis 4%, Sparkassen $3\frac{3}{4}$ bis 4%.

Die *Aktivsätze* der Banken liessen eine leichte Auftriebstendenz erkennen. Im *Debitorengeschäft* berechneten die Grossbanken für Blankokredite im Oktober $5\frac{1}{4}$ bis $5\frac{1}{2}$ %, gegenüber $5\frac{1}{4}$ % vor Jahresfrist. Hiezu kamen die üblichen Kommissionen. Bei den gedeckten kommerziellen Krediten blieben die Konditionen dagegen unverändert. Bei den Baukrediten machte sich eine Zinsbefestigung bemerkbar, indem beispielsweise Kantonalbanken, welche im Herbst 1967 für solche Ausleihungen in der Regel $4\frac{3}{4}$ bis $5\frac{1}{4}$ % berechnet hatten, zu Sätzen von $4\frac{3}{4}$ bis $5\frac{1}{2}$ % übergingen. Eine Steigerung um $\frac{1}{4}$ auf $4\frac{1}{2}$ bis $5\frac{1}{2}$ % erfuhr bei einzelnen Staatsinstituten der Zinsfuss für *Vorschüsse und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften*.

Die Verzinsung der *Hypothekarkredite* erhöhte sich bei den massgebenden *Kantonalbanken* für *bestehende* erstrangige Darlehen im allgemeinen Wohnungsbau von Ende 1967 bis Mitte Dezember 1968 von durchschnittlich 4,51 auf 4,60%. Es kamen Sätze von $4\frac{1}{2}$ bis 5% zur Anwendung. Für landwirtschaftliche Hypotheken und für Hypotheken im sozialen Wohnungsbau wurde in der Regel der gleiche Zins wie für Darlehen im allgemeinen Wohnungsbau berechnet; für Hypothekarkredite auf grossgewerblichen und industriellen Objekten wurden Sätze von $4\frac{3}{4}$ – $5\frac{1}{4}$ % verlangt. *Neue* Darlehen im allgemeinen Wohnungsbau gewährten die Staatsinstitute im Herbst zu $4\frac{3}{4}$ bis 5%, vereinzelt noch zu

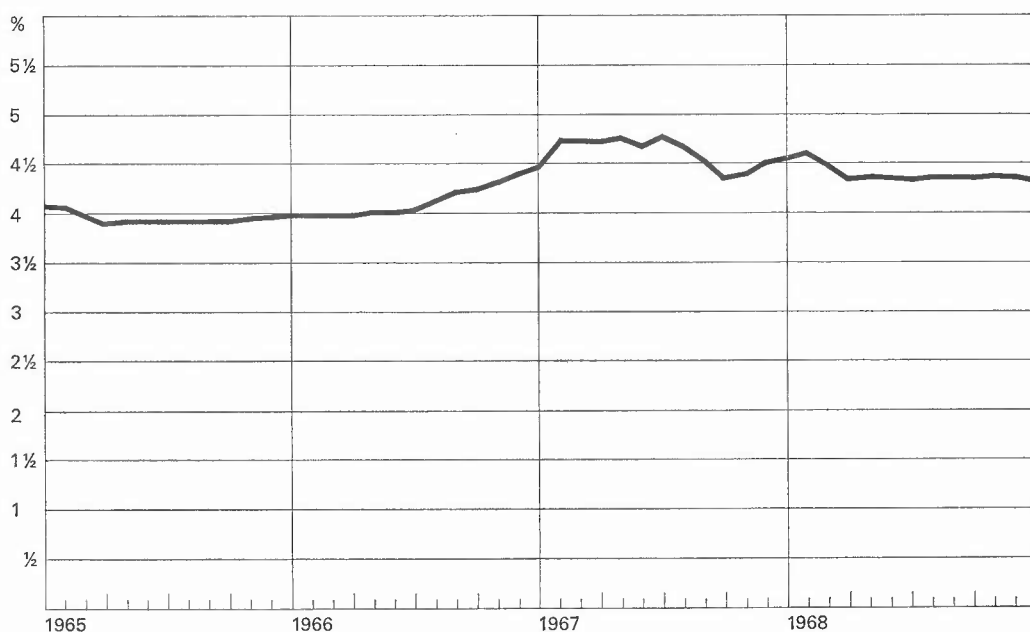
4½%. Bei den grösseren Instituten stellte sich die durchschnittliche Verzinsung im Dezember auf 4,90% gegen 4,78% Ende 1967. Für Darlehen auf grossgewerblichen und industriellen Objekten wurden in den letzten Monaten 1968 bis zu 5½% berechnet. Für Darlehen an die Landwirtschaft und im sozialen Wohnungsbau dominierte, bei einer durchschnittlichen Verzinsung von 4,84%, der Satz von 4¾%.

Bei den *privaten Bodenkreditinstituten* lagen die Hypothekensätze im allgemeinen leicht über dem Zinsfussniveau bei den Kantonalbanken. Für bestehende Darlehen im allgemeinen Wohnungsbau kamen Sätze von 4½ bis 5¼%, für neue Hypothekarkredite solche von 5 bis 5½% zur Anwendung. Die Sparkassen verlangten ihrerseits 4¾ bis 5% für alte und überwiegend 5% für neue Darlehen im allgemeinen Wohnungsbau. Von beiden Bankenkategorien wurden für alte und neue Hypotheken auf grossgewerblichen und industriellen Bauten ebenfalls höhere Sätze berechnet.

Die *Rendite der Bundesobligationen* hatte sich Ende 1967 auf 4,55% belaufen. In den ersten Wochen des Berichtsjahres ging sie im Gefolge der Marktentspannung auf 4,35% zurück und verblieb alsdann, bei geringfügigen Schwankungen, auf diesem Niveau. Am Jahresende stellte sich der Renditesatz auf 4,33%.

Der *Emissionsmarkt* erwies sich als ergiebig. Seine Beanspruchung durch inländische Anleihen und Aktien war mit 3,1 Milliarden Franken um 14% grösser als im Vorjahr. Die Kommission, welche mit der Aufstellung der vierteljährlichen Emissionsprogramme

Rendite
schweizerischer
Staatswerte



Monatsdurchschnitte

für schweizerische Obligationenanleihen betraut ist, hatte in der zweiten Jahreshälfte an den Anleihensanmeldungen keine Abstriche vorzunehmen. Die Emissionen fanden beim Anlegerpublikum gesamthaft gute Aufnahme. Überzeichnungen bildeten die Regel.

Die Ausgabebedingungen der neuen schweizerischen Obligationenanleihen waren im ganzen gesehen stabil. Anleihen von Kantonen und Kantonalbanken wurden mit einem Zinsfuss von 5% ausgestattet. Kraftwerke legten Anleihen zu 5¼ bis 5½% auf. Im Frühjahr wurden die Ausgabekurse leicht erhöht, im Herbst hingegen, als sich die Placierung der Anleihen im Markte nicht mehr so schlank wie in den vorangegangenen Monaten vollzog, wieder geringfügig ermässigt.

Insgesamt wurden 96 inländische Anleihen im Emissionswert von 2987 Millionen Franken öffentlich begeben, verglichen mit 3385 Millionen im Jahre 1967. Durch 41 Aktienemissionen wurden dem Markt 502 Millionen Franken entnommen gegen 321 Millionen im Jahre zuvor. Damit belief sich die Inanspruchnahme durch öffentlich aufgelegte inländische Anleihen und Aktien auf 3 489 Millionen Franken oder 217 Millionen weniger als 1967. Werden die Konversionsanleihen im Betrage von 339 Millionen sowie die Rückzahlungen von Anleihen und schweizerischem Aktienkapital in der Höhe von 50 Millionen in Abzug gebracht, so ergibt sich eine Nettobeanspruchung von 3 100 Millionen Franken, gegenüber 2 688 Millionen im Vorjahr.

Der Bund gelangte einmal an den Emissionsmarkt. Ende März/Anfang April legte er eine zu 4¼% verzinsliche Anleihe im Betrage von 250 Millionen Franken auf, bei einem Ausgabekurs von 101% (einschl. Stempel) und einer Laufzeit von längstens 15 Jahren. Die Emission diente im Umfang von 78 Millionen Franken der Konversion einer Mitte April fälligen Anleihe; beim Restbetrag handelte es sich um neues Geld. Die Anleihe war erfolgreich. Nicht einmal die Hälfte der Barzeichnungen konnte berücksichtigt werden.

Unter den übrigen Emittenten standen die Banken und Pfandbriefzentralen oben an. Auf sie folgten Kantone und Gemeinden und an dritter Stelle die Kraftwerke. Die Banken und Pfandbriefzentralen schöpften 752 Millionen Franken vom Markte ab, verglichen mit 706 Millionen im Jahre 1967. Der Anstieg hängt zur Hauptsache mit der Ausgabe einer Wandelanleihe im Betrage von 160 Millionen Franken durch eine Grossbank zusammen. Die Kraftwerke nahmen den Kapitalmarkt mit 492 Millionen Franken, d. h. mit einem nahezu gleich hohen Betrag wie im Vorjahr in Anspruch. Der Anleihensbedarf von Kantonen und Gemeinden ging dagegen zurück. Während diese im Jahre 1967 den Markt mit 851 Millionen beansprucht hatten, waren es im Berichtsjahr noch 517 Millionen Franken.

Es wurden 22 Auslandsanleihen im Emissionswert von 1148 Millionen Franken

aufgelegt, verglichen mit 24 Anleihen und 898 Millionen im Jahre 1967. Die Rückzahlungen von früher begebenen Anleihen übertrafen mit 270 Millionen Franken den Vorjahresbetrag von 186 Millionen. Die Nettobeanspruchung stellte sich auf 818 Millionen Franken, gegenüber 712 Millionen im Jahre zuvor. Die effektive Beanspruchung des inländischen Marktes war jedoch wesentlich geringer, da mindestens die Hälfte der Obligationen von Ausländern gezeichnet wurde. Im Betrage von 30 Millionen Franken dienten die Anleihen der Ablösung früher gewährter Bankenkredite.

Bei zwei der 22 Anleihen handelte es sich um internationale, zu 5 bzw. 5¼% verzinsliche Dollar-Wandelanleihen von 30 bzw. 40 Millionen Dollar. Von dem im Jahre 1966 geschaffenen schweizerischen Syndikat für die Beteiligung an internationalen Emissionssyndikaten sind Tranchen im Gegenwert von 43 bzw. 52 Millionen Franken zur Begebung am schweizerischen Markt übernommen worden.

Durch die öffentliche Emission von in- und ausländischen Anleihen sowie von schweizerischen Aktien wurden dem Markte somit netto 3 919 Millionen Franken entnommen, gegenüber 3 401 Millionen im Vorjahr.

Die nicht öffentlich begebenen inländischen Anleihen waren mit 207 Millionen Franken etwas umfangreicher als im Vorjahr (167 Millionen). Die nicht öffentlichen Aktienemissionen lagen dagegen mit 1 433 Millionen Franken erheblich über dem Vergleichswert von 1967 (1 024 Millionen).

Öffentliche und nicht öffentliche Emissionen beanspruchten den Markt mit 5,6 Milliarden Franken. Der Vorjahresbetrag hatte sich auf 4,6 Milliarden Franken belaufen.

Mit Zustimmung der Nationalbank placierten schweizerische Banken bei ihrer Kundschaft von im Ausland domizilierten Unternehmungen ausgegebene *mittelfristige Zertifikate*, zum Teil auf Schweizerfranken, zum Teil auf fremde Währungen lautend, im Gegenwert von 214 Millionen Franken. Hievon wurden 34 Millionen an inländische und 180 Millionen an ausländische Kunden abgegeben.

Die gemäss Artikel 8 des Bankengesetzes bewilligungspflichtigen *Kredite an das Ausland* beliefen sich im Berichtsjahr auf 1 243 Millionen Franken gegen 1 265 Millionen im Vorjahr. Der im Herbst 1967 der englischen Regierung von drei Grossbanken gewährte Kredit von 450 Millionen Franken wurde anfangs Oktober 1968 zurückbezahlt.

Der *Ausgleichsfonds der AHV* spielte als Geldgeber am Kapitalmarkt eine eher bescheidene Rolle. Er erhöhte seine festen Anlagen um lediglich 111 Millionen Franken, verglichen mit 115 Millionen im Vorjahr. 65 Millionen Franken entfielen auf Anlagen bei Pfandbriefzentralen, 22 Millionen auf solche bei Kantonen und Gemeinden und 20 Millionen auf Anlagen bei Kantonalbanken. Seiner Grössenordnung nach entsprach der Betrag der so placierten Fondsmittel weniger als der Hälfte des Zinsertrages des Fondsvermögens. Die Beiträge der Versicherten, der Arbeitgeber sowie der öffentlichen

Hand reichten zur Deckung der Rentenzahlungen nicht voll aus; es mussten hierfür Zinserträge eingesetzt werden.

Die Entwicklung der *Bankbilanzen* war durch einen kräftigen Zufluss an fremden Geldern und eine eher mässige Ausdehnung des Kreditvolumens gekennzeichnet. In der Verteilung der Mittelzuflüsse wie auch der Kredite auf die einzelnen Bilanzposten ergaben sich indessen Verschiebungen. Der Gesamtbestand der fremden Mittel stieg bei den 72 monatlich berichtenden Instituten von Jahresbeginn bis Ende November um 14 477 Millionen Franken oder 16,8%, verglichen mit 9 718 Millionen Franken oder 12,7% im gleichen Zeitraum des Jahres 1967. Die Kundengelder auf Sicht und Zeit weiteten sich um 4 934 Millionen Franken aus, gegenüber 2 299 Millionen im Vorjahr. Der Zuwachs der Spareinlagen und jener der Einlagen auf Depositenheften belief sich auf insgesamt 2 276 Millionen Franken, gegen 1 580 Millionen im Jahre 1967. Die Kassenobligationsgelder nahmen dagegen um 2 112 Millionen Franken zu, was etwa dem Vorjahresrhythmus entspricht. Der Bestand der am langfristigen Markt in der Form von Obligationen anleihen und Pfandbriefdarlehen aufgenommenen Mittel stieg um 615 Millionen Franken oder um ungefähr denselben Betrag wie in den ersten elf Monaten 1967. Die Zunahme war aber geringer als 1965 und 1966, weil den Banken erheblich mehr Publikumsgelder als damals zuflossen; dies erlaubte ihnen, den Rückgriff auf den Kapitalmarkt abzubauen.

Die weitaus kräftigste Steigerung unter den fremden Geldern erfuhren die Bankengelder. Ihr Bestand dehnte sich bis Ende November um 4 543 Millionen Franken oder um 54% aus, gegenüber 3 212 Millionen im Vorjahr. Damals hielten sich die Zunahme der Bankengelder auf Sicht und jener auf Zeit die Waage; im Berichtsjahr entfielen dagegen neun Zehntel der Ausdehnung der Bankenkreditoren auf Sichtgelder.

Die Vermehrung der Bankengelder war vornehmlich, jene der Kundengelder auf Sicht und Zeit sowie der Einlagen auf Depositenheften teilweise auf Mittelzuflüsse aus dem Ausland zurückzuführen. Dagegen rührte die Zunahme bei den übrigen Positionen der fremden Gelder vorab vom vermehrten Mittelzugang aus dem Inland her.

Im Aktivgeschäft stiegen die Ausleihungen (Debitoren, Vorschüsse an öffentlich-rechtliche Körperschaften und Hypothekaranlagen) bis Ende November um 5 148 Millionen Franken oder 8,2%, verglichen mit 4 331 Millionen oder 7,5% im entsprechenden Zeitraum 1967. Der Mehrzuwachs von 817 Millionen Franken erklärt sich in erster Linie aus dem Anstieg der Debitoren und der Hypothekaranlagen, welchem ein verlangsamtes Wachstum der Darlehen an die öffentliche Hand gegenüberstand.

Die Zunahme der Debitoren in den ersten elf Monaten 1968 belief sich auf 2 555 Millionen Franken gegen 2 120 Millionen Franken im Jahre 1967. Innert Jahresfrist ergab sich ein Anstieg im Bestand der Debitoren um 11,3%, verglichen mit 10,3% für die Ende November 1967 endende Zwölfmonatsperiode.

Von Januar bis November 1968 nahmen die Hypothekaranlagen um 2343 Millionen Franken zu, gegenüber 1743 Millionen im Vorjahr.

Die Vorschüsse und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften erhöhten sich um 250 Millionen Franken; in der Vergleichsperiode 1967 hatte sich der Anstieg dieser Kredite auf 467 Millionen beziffert.

Am stärksten nahmen auf der Aktivseite der Bankbilanzen die Bankendebitoren zu. Diese Guthaben bei Korrespondenten, vorab bei solchen im Ausland, verzeichneten bis Ende November eine Vermehrung um 9589 Millionen Franken, gegenüber 5261 Millionen im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Sie waren mit drei Fünfteln an der Ausdehnung der Bilanzsumme beteiligt. Die den Banken zugeströmten Fremdgelder ausländischer, zum Teil auch inländischer Herkunft wurden bei ausländischen Banken placiert.

Näheren Aufschluss über die *inländische Kreditfähigkeit* liefern die Meldungen der Banken gemäss der mit der Nationalbank abgeschlossenen Vereinbarung über den Ausbau der Statistik. Aus ihnen geht hervor, dass die bei den 72 Instituten von im Inland domizilierten Schuldern beanspruchten Kredite (Debitoren, Kontokorrentvorschüsse und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften, Hypothekaranlagen und Wechsel) in den ersten elf Monaten 1968 eine Zunahme um 3834 Millionen Franken oder 6,4% erfuhren. Die Debitoren stiegen um 1379 Millionen Franken oder 5,5%, die Vorschüsse und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften um 270 Millionen oder 7,0% und die Hypothekaranlagen um 2347 Millionen oder 7,9%. Der Bestand an Inlandwechslern (ohne Reskriptionen des Bundes, Pflichtlagerwechsel und Solawechsel der BIZ) verringerte sich um 162 Millionen Franken oder 10,5%.

Die Zunahme der Kredite im Laufe der ersten elf Monate 1968 um lediglich 6,4% bestätigt, dass die inländische Kreditnachfrage im Berichtsjahr mässig ausfiel. Dies war namentlich bei den für die Beurteilung der Konjunktorentwicklung in erster Linie massgebenden inländischen Debitoren der Fall. Auch der Anstieg der Vorschüsse an inländische öffentlich-rechtliche Körperschaften hielt sich in engem Rahmen.

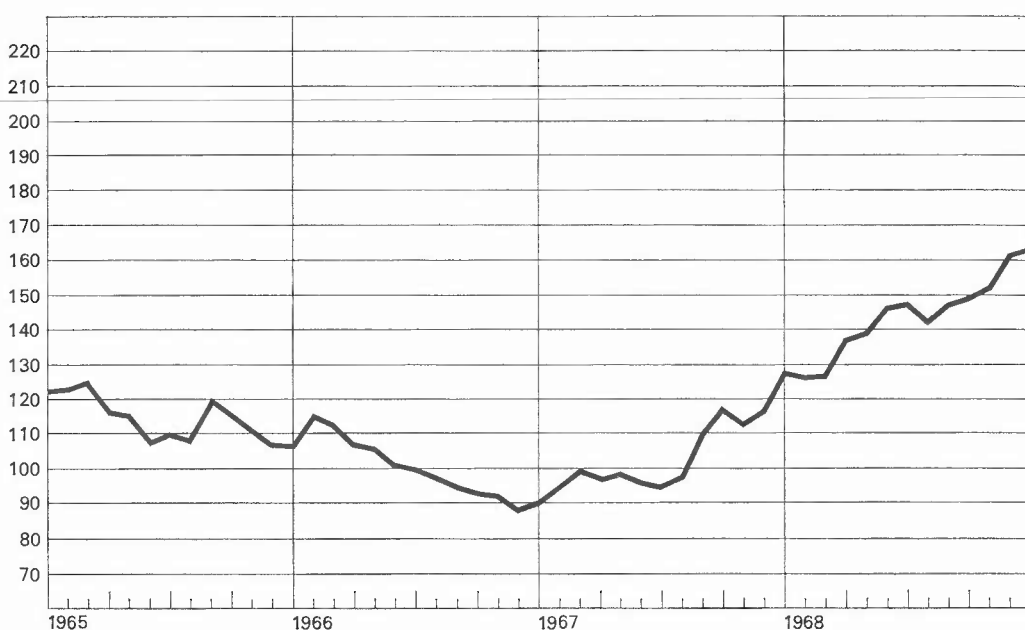
Die Kantonalbanken dehnten die Kredite an ihre Kundschaft um 6,5% aus, was der durchschnittlichen Ausweitung bei den 72 Banken insgesamt entspricht. Bei den Grossbanken belief sich der Kreditzuwachs dagegen auf 12,7%. Der Mehranstieg ist u. a. auf die Übernahme von drei Bodenkreditbanken durch eine Grossbank zurückzuführen. Das Ausscheiden dieser Institute aus dem Kreis der erfassten Lokalbanken erklärt in erster Linie, weshalb der Stand der inländischen Kredite bei den Lokalbanken und Sparkassen einen Rückgang um 2,5% aufwies.

Was die *Auslandverflechtung des schweizerischen Bankensystems* anbelangt, stellten sich die Auslandverbindlichkeiten Ende September 1968, wie erwähnt, auf 27,5 Milliarden Franken und die Auslandguthaben, ohne Wertschriften und Hypothekaranlagen,

auf 32,5 Milliarden. Die Nettoforderungen auf das Ausland stiegen innert Jahresfrist um 2,9 Milliarden auf 5,0 Milliarden Franken. Ende September 1968 standen bei den Auslandsverbindlichkeiten die Kundengelder auf Sicht und Zeit mit 15,2 Milliarden Franken an erster Stelle; auf sie folgten die Bankenkreditoren mit 10,0 Milliarden. Im Zeitraum eines Jahres erfuhren diese Gelder einen Zuwachs von je 2,9 Milliarden Franken. An den Forderungen auf das Ausland waren die Bankendebitoren mit 21,2 Milliarden, die Debitoren mit 9,0 Milliarden und die Wechsel mit 1,9 Milliarden Franken beteiligt. Die Erhöhung der erwähnten drei Positionen belief sich seit September 1967 auf 5,8 bzw. 2,7 und 0,6 Milliarden Franken.

Eine gewisse Belebung zeigte der Absatz von Anteilscheinen *schweizerischer Anlagefonds*, nachdem dieser seit mehreren Jahren stagniert hatte. Ende September 1968 waren dem Bundesgesetz über die Anlagefonds 105 schweizerische Fonds unterstellt. Diesen flossen in den ersten drei Quartalen 1968 durch die Ausgabe von Anteilscheinen 480 Millionen Franken zu; gleichzeitig hatten sie Anteilscheine im Gegenwert von 171 Millionen zurückzunehmen. Diese Bewegungen betrafen vor allem Wertschriftenfonds, welche Zertifikate im Betrage von 424 Millionen beim Publikum placierten und 136 Millionen für Rücknahmen aufzuwenden hatten. Drei Viertel des erstgenannten Betrages entfielen allerdings auf einen einzigen Fonds, der im Berichtsjahr seine Tätigkeit aufnahm.

Schweizerischer Aktienindex



Am Monatsende

Durchschnitt 1966 = 100

Bei den Fonds mit Anlagen in Immobilienwerten belief sich sowohl die Ausgabe als auch die Rücknahme von Anteilscheinen auf bescheidene Beträge. Ende September stellte sich das Fondsvermögen der Wertschriftenfonds auf 3569 Millionen Franken, jenes der Immobilienfonds auf 3105 Millionen. Die gemischten Fonds wiesen ein Vermögen von 222 Millionen, alle schweizerischen Fonds zusammen ein solches von 6896 Millionen Franken aus.

An den *Aktienbörsen* herrschte nach Jahresbeginn zunächst eine zögernde Stimmung vor. Im Februar nahm indessen eine kräftige Hausse ihren Anfang, welche nur durch einige kleinere Rückschläge, namentlich im Juli, unterbrochen wurde. Einen wesentlichen Auftriebsfaktor bildeten die in die Schweiz eingeströmten Auslandsgelder. Der Index der Aktienkurse (1966 = 100) erhöhte sich von Ende 1967 bis Ende 1968 um 36 auf 163 Punkte; seine Steigerung betrug 28%.

C. Bankbehörden und Direktion

Die Zusammensetzung der Bankbehörden hat im Berichtsjahr folgende Änderungen erfahren:

Herr a. Ständerat Dr. Rudolf Mäder, Rechtsanwalt, St. Gallen, der dem *Bankrat* seit 1961 angehört hatte, sah sich leider aus Gesundheitsrücksichten veranlasst, sein Mandat per Ende September 1968 niederzulegen.

Herr Henri Hauser, Industrieller in Biel, seit 1954 Mitglied des *Lokalkomitees Bern*, ist altershalber zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wählte der Bankrat Herrn Pierre Sieber, Delegierter des Verwaltungsrates der Fonderie de Fribourg S.A. in Freiburg.

Das *Lokalkomitee Lausanne*, bei welchem seit Oktober 1967 ein Mandat vakant geblieben war, wurde durch Herrn Nationalrat Félix Carruzzo, Direktor des Office central de l'Union valaisanne pour la vente des fruits et légumes in Sitten, ergänzt.

Im Juli 1968 hatten wir den Hinschied von Herrn Emilio Ferrari, Chiasso, Stellvertreter des Vorsitzenden des *Lokalkomitees Lugano*, zu beklagen. Der Verstorbene gehörte diesem Gremium seit 1951 an.

Auf Ende 1968 reichte Herr Dr. André von der Weid, Freiburg, aus gesundheitlichen Gründen seine Demission als Mitglied der *Revisionskommission* ein, in welcher Eigenschaft er der Nationalbank während 11 Jahren seine reichen Kenntnisse und Erfahrungen zur Verfügung gestellt hatte.

Den zurückgetretenen Herren gebührt für ihre ausgezeichnete Mitarbeit in den Bankbehörden des Noteninstituts unsere hohe Anerkennung. In Dankbarkeit gedenken wir sodann der verdienstvollen Tätigkeit des durch den Tod abberufenen Herrn E. Ferrari.

In der *Geschäftsleitung* der Nationalbank sind nachstehende Mutationen zu verzeichnen:

Herr Generaldirektor Dr. Max Iklé, der vom Bundesrat mit Wirkung ab 1. Juni 1956 zum Mitglied des Direktoriums und Vorsteher des III. Departements gewählt worden war, ist wegen Erreichens der Altersgrenze auf Ende März 1968 aus dem Dienst der Nationalbank ausgeschieden. Sein Weitblick, verbunden mit schöpferischem Ideenreichtum und einem ausgeprägten Sinn für das praktisch Mögliche, befähigte Herrn Dr. Iklé, in einem bewegten Abschnitt des Währungsgeschehens sowohl auf nationaler wie auch auf internationaler Ebene massgeblich zur Lösung der sich stellenden Probleme beizutragen. Insbesondere fanden die auf eine engere währungspolitische Kooperation zwischen den Notenbanken gerichteten Bestrebungen in ihm einen initiativen Befürworter. Die fruchtbare Tätigkeit von Herrn Dr. Iklé sei auch an dieser Stelle dankbar gewürdigt.

Als Nachfolger ernannte der Bundesrat zum Mitglied des Direktoriums und Vorsteher des III. Departements Herrn Dr. Fritz Leutwiler, bisher Stellvertreter des Vorstehers dieses Departementes. Herr Generaldirektor Dr. Leutwiler hat sein neues Amt am 1. April 1968 angetreten.

Ende Februar ist sodann Herr Direktor Dr. Jakob Leemann, Stellvertreter des Vorstehers des I. Departements, altershalber in den Ruhestand getreten. Der Genannte bekleidete diese Charge seit 1954, nachdem er zuvor während zwei Jahrzehnten in anderen verantwortungsvollen Funktionen unseres Instituts tätig gewesen war.

Herr Direktor Robert Virieux, der seit 1945 die Leitung der Zweiganstalt Lausanne innehatte, ist nach Erreichen der Altersgrenze ebenfalls zurückgetreten.

Wir möchten nicht verfehlen, den beiden vorstehend erwähnten Herren für die der Nationalbank geleistete hingebungsvolle Arbeit den wohlverdienten Dank abzustatten.

Der Bundesrat hat folgende Wahlen getroffen:

Zu Stellvertretern des Vorstehers des I. Departements ernannte er auf den 1. März 1968 die Herren Fürspreh Hans Huber und Dr. John Lademann, beide bisher Abteilungsdirektoren beim Sitz Zürich.

Zum neuen Direktor der Zweiganstalt Lausanne wurde mit Wirkung ab 1. September 1968 Herr Willy Schreyer, vorher Prokurist beim Sitz Zürich, gewählt.

Jahresrechnung

1. Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1968

2. Jahresschlussbilanz vom 31. Dezember 1968

Gewinn- und Verlustrechnung

Abgeschlossen auf 31. Dezember 1968

Aufwand

Verwaltungskosten		
Bankbehörden	Fr. 308 247.10	
Personal	Fr. 13 059 360.85	
Geschäfts- und Bureaukosten	Fr. 1 746 593.61	
Verschiedenes	Fr. 703 967.75	Fr. 15 818 169.31
Zinsen für Bundesschatzanweisungen		Fr. 15 173 953.25
Zinsen an Deponenten		Fr. 504 839.80
Aufwendungen für Bankgebäude		Fr. 540 637.18
Abschreibungen auf Mobiliar		Fr. 4 045 138.83
Banknotenherstellungskosten		Fr. 10 101 550.31
Steuern		Fr. 233 582.65
Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle		Fr. 2 000 000.—
Rückstellung für Umbauten in den Bankgebäuden		Fr. 2 810 241.85
Rückstellung für Zinsen für Bundesschatzanweisungen		Fr. 7 500 000.—
Rückstellung für Offenmarktoperationen		Fr. 5 000 000.—
Zuwendung an die Pensionskasse		Fr. 2 000 000.—
Reingewinn		Fr. 6 843 248.80
		<u>Fr. 72 571 361.98</u>

Ertrag

Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen	Fr. 58 457 775.61
Diskontoertrag und Inkassogebühren	Fr. 3 727 253.30
Ertrag des Lombardgeschäftes	Fr. 896 922.16
Ertrag der eigenen Wertschriften	Fr. 7 573 162.95
Zinsen von Inlandkorrespondenten	Fr. 229 958.76
Kommissionen	Fr. 806 012.65
Übrige Nutzposten	Fr. 880 276.55

Fr. 72 571 361.98

Jahresschlussbilanz vom 31. Dezember 1968

Aktiven

Kasse			
Gold im Inland und Ausland	Fr. 11 355 833 718.30		
andere Kassenbestände	Fr. 16 658 034.67	Fr. 11 372 491 752.97	
Devisen		Fr. 5 601 171 329.62	
Kursgesicherte Guthaben bei ausländischen Notenbanken		Fr. 108 256 326.55	
Inlandportfeuille			
Schweizerwechsel	Fr. 256 193 320.43		
Schatzanweisungen des Bundes	Fr. 6 750 000.—		
Diskontierte Obligationen	Fr. 25 515 263.95	Fr. 288 458 584.38	
Lombardvorschüsse		Fr. 160 122 740.83	
Ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken		Fr. 1 442 000 000.—	
Eigene Wertschriften			
deckungsfähige	Fr. 17 126 400.—		
andere	Fr. 163 482 001.—	Fr. 180 608 401.—	
Korrespondenten im Inland		Fr. 99 712 468.40	
Korrespondenten im Ausland		Fr. 21 674 294.86	
Inkassowechsel		Fr. 7 446 011.12	
Postcheckguthaben		Fr. 7 474 048.95	
Diverse Debitoren		Fr. 23 716 007.70	
Coupons		Fr. 19 534.60	
Bankgebäude		Fr. 1 500 000.—	
Mobiliar		Fr. 1.—	
Nicht einbezahltes Grundkapital		Fr. 25 000 000.—	
		<u>Fr. 19 339 651 501.98</u>	

Passiven

Notenumlauf	Fr. 12 047 250 285.—
Girorechnungen	
Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie	Fr. 5 776 158 596.54
Girorechnungen ausländischer Banken	Fr. 75 077 986.69
Bundesverwaltungen	Fr. 5 851 236 583.23
Deponenten	Fr. 504 972 735.25
Zahlungs- und Clearingabkommen mit dem Ausland	Fr. 23 937 824.08
Verbindlichkeiten auf Zeit	Fr. 33 428 915.77
Diverse Kreditoren	Fr. 233 050 000.—
Ausstehende Checks	Fr. 440 957 824.54
Sonstige Passiven	Fr. 1 196 453.39
Grundkapital	Fr. 42 594 519.27
Reservefonds	Fr. 50 000 000.—
Rückstellung für Banknotenherstellungskosten	Fr. 35 000 000.—
Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle	Fr. 17 183 112.65
Rückstellung für Umbauten in den Bankgebäuden	Fr. 9 500 000.—
Rückstellung für Zinsen auf Bundesschatzanweisungen	Fr. 10 000 000.—
Rückstellung für Offenmarktoperationen	Fr. 17 500 000.—
Reingewinn	Fr. 15 000 000.—
	Fr. 6 843 248.80

Fr. 19 339 651 501.98

Erläuterungen zur Jahresrechnung

Aktiven der Bilanz

Kassenverkehr

Kassenbestand am 31. Dezember 1967, einschliesslich Gold im Ausland	Fr. 24 218 744 951.91
Eingang im Jahre 1968	Fr. 29 244 620 386.41
	<u>Fr. 53 463 365 338.32</u>
Ausgang im Jahre 1968	Fr. 32 464 002 010.35
Kassenbestand am 31. Dezember 1968, einschliesslich Gold im Ausland	<u>Fr. 20 999 363 327.97</u>

Der Kassenbestand vom 31. Dezember 1968 setzte sich wie folgt zusammen:

Gold	Fr. 11 355 833 718.30
Scheidemünzen	Fr. 16 639 203.62
Verschiedenes	Fr. 18 831.05
Total laut Bilanz	<u>Fr. 11 372 491 752.97</u>
Dazu: eigene Noten in den Kassen der Bank	Fr. 9 626 871 575.—
Total	<u>Fr. 20 999 363 327.97</u>

Das Gold ist mit Fr. 4869.80 pro Kilogramm Feingold gebucht, entsprechend dem für Goldbarren loco Bern geltenden Ankaufspreis.

Devisenverkehr

Bestand am 31. Dezember 1967	Fr. 1 986 712 150.99
Eingang im Jahre 1968	Fr. 51 572 530 249.66
	<u>Fr. 53 559 242 400.65</u>
Ausgang im Jahre 1968	Fr. 47 958 071 071.03
Bestand am 31. Dezember 1968	<u>Fr. 5 601 171 329.62</u>

Kursgesicherte Guthaben bei ausländischen Notenbanken

Bestand am 31. Dezember 1967	Fr. 173 920 000.—
Eingang im Jahre 1968	Fr. 338 282 372.45
	<u>Fr. 512 202 372.45</u>
Ausgang im Jahre 1968	Fr. 403 946 045.90
Bestand am 31. Dezember 1968	<u>Fr. 108 256 326.55</u>

Diskontoverkehr*Schweizerwechsel*

Bestand am 31. Dezember 1967	587 Wechsel mit	Fr.	99 432 522.75
Im Jahre 1968 wurden diskontiert	2708 Wechsel mit	Fr.	1 047 378 784.32
	3295 Wechsel mit	Fr.	1 146 811 307.07
Davon wurden 1968 eingelöst	2690 Wechsel mit	Fr.	890 617 986.64
Bestand am 31. Dezember 1968	605 Wechsel mit	Fr.	256 193 320.43

Schatzanweisungen des Bundes

Bestand am 31. Dezember 1967		Fr.	—
Im Jahre 1968 wurden diskontiert:			
eingereicht vom Bund	Fr.	—	
eingereicht vom Markt	Fr.	187 750 000.—	Fr. 187 750 000.—
			Fr. 187 750 000.—
Davon wurden 1968 eingelöst		Fr.	181 000 000.—
Bestand am 31. Dezember 1968		Fr.	6 750 000.—

Obligationen

Bestand am 31. Dezember 1967		Fr.	43 087 245.70
Im Jahre 1968 wurden diskontiert		Fr.	49 204 544.90
		Fr.	92 291 790.60
Davon wurden 1968 eingelöst		Fr.	66 776 526.65
Bestand am 31. Dezember 1968		Fr.	25 515 263.95

Lombardverkehr

Bestand der Lombardvorschüsse am 31. Dezember 1967	Fr.	86 551 059.23
Neue Vorschüsse im Jahre 1968	Fr.	926 418 338.57
	Fr.	1 012 969 397.80
Rückzahlungen im Jahre 1968	Fr.	852 846 656.97
Bestand der Lombardvorschüsse am 31. Dezember 1968	Fr.	160 122 740.83

Die Zahl der offenen Lombardrechnungen belief sich am 31. Dezember 1968 auf 161. Von den Hinterlagen am 31. Dezember 1968 entfielen 67% auf eidgenössische Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen, kantonale und kommunale Obligationen sowie auf Obligationen von Kantonalbanken im Sinne des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen.

Verkehr in ausländischen Schatzanweisungen in Schweizerfranken	Bestand am 31. Dezember 1967	Fr. 432 000 000.—
	Eingang im Jahre 1968	Fr. 1 792 000 000.—
		<hr/>
	Ausgang im Jahre 1968	Fr. 782 000 000.—
	Bestand am 31. Dezember 1968	Fr. 1 442 000 000.—

Verkehr in eigenen Wertschriften	Bestand am 31. Dezember 1967	Fr. 181 855 601.—
	Eingang im Jahre 1968	Fr. 323 162.45
		<hr/>
	Ausgang im Jahre 1968	Fr. 1 570 362.45
	Bestand am 31. Dezember 1968	Fr. 180 608 401.—

Verkehr mit den Korrespondenten im Inland	Guthaben der Bank am 31. Dezember 1967	Fr. 72 382 549.69
	Im Jahre 1968 wurden der Bank von den Korrespondenten gut- geschrieben	Fr. 11 150 905 150.21
		<hr/>
	Im Jahre 1968 wurden der Bank von den Korrespondenten be- lastet	Fr. 11 223 287 699.90
		<hr/>
	Guthaben der Bank am 31. Dezember 1968	Fr. 11 123 575 231.50
		<hr/>
		Fr. 99 712 468.40

Am 31. Dezember 1968 verfügte die Bank für den Inlandverkehr über ein Netz von Korrespondenten, das 368 Bank- und 180 Nebenplätze umfasste. Die Zahl der Korrespondentenmandate belief sich auf 477.

Verkehr mit den Korrespondenten im Ausland	Bestand am 31. Dezember 1967	Fr. 14 597 257.81
	Eingang im Jahre 1968	Fr. 2 526 553 787.81
		<hr/>
	Ausgang im Jahre 1968	Fr. 2 541 151 045.62
		<hr/>
		Fr. 2 519 476 750.76
	Bestand am 31. Dezember 1968	Fr. 21 674 294.86

Inkassoverkehr

Den Bankstellen der Nationalbank sind im Berichtsjahr an Checks und Wechseln zum Inkasso eingereicht worden

auf Mitglieder der Abrechnungsstellen	22 586 Stück mit	Fr.	954 737 875.28
auf andere Bezogene	16 493 Stück mit	Fr.	425 364 134.93
Total	<u>39 079 Stück mit</u>	Fr.	<u>1 380 102 010.21</u>

Verkehr auf Postcheckrechnungen

Postcheckguthaben am 31. Dezember 1967	Fr.	3 478 044.78
Im Jahre 1968 wurden unsern Postcheckrechnungen gutgeschrieben	Fr.	45 242 438 088.53
	Fr.	45 245 916 133.31
Im Jahre 1968 wurden unsern Postcheckrechnungen belastet . .	Fr.	45 238 442 084.36
Postcheckguthaben am 31. Dezember 1968	Fr.	<u>7 474 048.95</u>

Der Überweisungsverkehr zwischen den Kunden der Nationalbank und den Inhabern von Postcheckrechnungen gestaltete sich im Berichtsjahr wie folgt:

19 893 Giroüberweisungen von der Nationalbank an die Post .	Fr.	2 073 464 324.83
31 774 Giroüberweisungen von der Post an die Nationalbank .	Fr.	24 048 597 902.59
Total	Fr.	<u>26 122 062 227.42</u>

**Bankgebäude und
Mobiliar**

Bankgebäude

Der Buchwert der Gebäude der Bank betrug am 31. Dezember 1968
wie im Vorjahr Fr. 1 500 000.—

Die Feuerversicherungssumme stellte sich insgesamt auf Fr. 42 554 900.—

Die Auslagen für Neueinrichtungen, Renovationen, Unterhalt, Be-
leuchtung, Heizung, Bewachung, Reinigung beliefen sich auf Fr. 861 424.03

Nach Verrechnung der vereinnahmten Mietzinse von Fr. 320 786.85

verbleibt ein Überschuss der Aufwendungen von Fr. 540 637.18

Mobiliar

Das Mobiliarkonto war am 31. Dezember 1967 belastet mit Fr. 1.—

Die Neuanschaffungen im Betrage von Fr. 4 045 138.83
wurden vollständig abgeschrieben.

Der Buchwert am 31. Dezember 1968 beträgt somit wiederum Fr. 1.—

Passiven der Bilanz

Ausgabe und Deckung der Banknoten

(Vgl. Beilagen Nr.1 und 2)

Der Notenumlauf der Nationalbank belief sich		
am 31. Dezember 1967	auf	Fr. 11 326 846 725
am 31. Dezember 1968	auf	Fr. 12 047 250 285
Zunahme		<u>Fr. 720 403 560</u>

Der Notenumlauf betrug im Jahresdurchschnitt Fr. 10 577 488 670; er erreichte im Maximum (am 20. Dezember) Fr. 12 418 936 260 und im Minimum (am 14. Februar) Franken 9 894 126 225.

Im Berichtsjahr sind insgesamt 37 484 700 Stück zurückgerufene oder beschädigte Banknoten im Nennwert von Fr. 2 423 450 000 zur Vernichtung ausgeschieden und durch neue Noten ersetzt worden.

Von den zurückgerufenen Noten der Nationalbank waren am 31. Dezember 1968 noch ausstehend:

Noten zu 1000 Franken mit dem Bild der Giesserei auf der Rückseite	Fr.	22 856 000
Noten zu 500 Franken mit dem Bild der Handstickerinnen auf der Rückseite	Fr.	6 680 500
Noten zu 100 Franken mit dem Bild des Mähers auf der Rückseite .	Fr.	22 951 900
Noten zu 50 Franken mit dem Bild des Holzfällers auf der Rückseite	Fr.	7 489 300
Noten zu 20 Franken mit dem Pestalozzickopf auf der Vorderseite .	Fr.	7 540 160
Zusammen	Fr.	<u>67 517 860</u>

Die Nationalbank ist verpflichtet, die erwähnten Noten zu 1000, 500, 100 und 50 Franken bis zum 30. September 1978, die Noten zu 20 Franken mit dem Pestalozzickopf bis zum 31. März 1976 zum Nennwert umzutauschen.

Deckung des Notenumlaufs am 31. Dezember 1968:

Gold	Fr.	11 355 833 718
Übrige deckungsfähige Aktiven		
Devisen	Fr.	5 601 171 330
Inlandportefeuille	Fr.	288 458 584
Lombardvorschüsse	Fr.	160 122 741
Wertschriften	Fr.	17 126 400
Gesamte Notendeckung	Fr.	<u>6 066 879 055</u>
		<u>Fr. 17 422 712 773</u>

Die Deckung des Notenumlaufs durch Gold allein betrug im Maximum 126,71% (19. Januar), im Minimum 91,44% (20. Dezember). Die Deckung des Notenumlaufs und der täglich fälligen Verbindlichkeiten durch Gold allein erreichte im Maximum 93,16% (5. Februar), im Minimum 61,51% (31. Dezember).

Giroverkehr

(Vgl. Beilage Nr.3)

Bestand der Giro Guthaben am 31. Dezember 1967	Fr. 3 864 694 880.90
Im Jahre 1968 wurden den Girorechnungen gutgeschrieben .	Fr. 930 292 579 675.69
	<u>Fr. 934 157 274 556.59</u>
Im Jahre 1968 wurden den Girorechnungen belastet	Fr. 928 306 037 973.36
Bestand der Giro Guthaben am 31. Dezember 1968	<u>Fr. 5 851 236 583.23</u>

Vom Gesamtumsatz wurden 98,92% unter Vermeidung von Barzahlungen durch Umschreibung in den Büchern der Bank erledigt.

Vom Gesamtumsatz von 5 300 371 Posten mit Fr. 1 858 598 617 649.05 entfielen auf den Bankenclearingverkehr über die Girorechnungen bei der Nationalbank 4 640 526 Posten mit Fr. 1 521 661 911 539.28 davon wurden über die bei der Nationalbank geführten Bankenclearingkonti verrechnet 4 599 466 Posten mit Fr. 462 087 918 490.66

Der Bestand der Giro Guthaben betrug im Maximum (am 31. Dezember) Franken 5 851 236 583.23, im Minimum (am 5. Juli) Fr. 2 273 881 681.53; er belief sich im Jahresdurchschnitt auf Fr. 3 053 093 587.37.

Die Zahl der Girorechnungen stellte sich am 31. Dezember 1968 auf 1520.

**Verkehr auf den
Konten der
Bundesverwaltungen**
Ein- und Auszahlungsverkehr

Bestand der Guthaben der Bundesverwaltungen am 31. Dezember 1967	Fr. 230 675 826.97
Im Jahre 1968 wurden den Rechnungen der Bundesverwaltungen gutgeschrieben	Fr. 45 074 991 943.65
	<u>Fr. 45 305 667 770.62</u>
Im Jahre 1968 wurden den Rechnungen der Bundesverwaltungen belastet	Fr. 44 800 695 035.37
Bestand der Guthaben der Bundesverwaltungen am 31. Dezember 1968	<u>Fr. 504 972 735.25</u>

Vom Verkehr entfallen auf	Gutschriften	Belastungen
die Eidgenössische Staatskasse	Fr. 13 010 097 601.22	Fr. 12 734 791 969.82
die PTT-Betriebe	Fr. 29 788 357 171.47	Fr. 29 788 403 470.33
die Schweizerischen Bundesbahnen .	Fr. 2 059 458 277.31	Fr. 2 059 985 968.42
die übrigen Verwaltungen	Fr. 217 078 893.65	Fr. 217 513 626.80
Total	<u>Fr. 45 074 991 943.65</u>	<u>Fr. 44 800 695 035.37</u>

**Verkehr
mit Deponenten**

Bestand der Guthaben der Deponenten am 31. Dezember 1967 .	Fr.	20 516 857.24
Im Jahre 1968 wurden den Depotrechnungen gutgeschrieben . .	Fr. 3	249 319 551.07
		<u>Fr. 3 269 836 408.31</u>
Im Jahre 1968 wurden den Depotrechnungen belastet	Fr. 3	245 898 584.23
Bestand der Guthaben der Deponenten am 31. Dezember 1968 .	Fr.	<u>23 937 824.08</u>

**Zahlungsverkehr
mit dem Ausland
auf Grund von
Zahlungs- und
Clearingabkommen**

Die Rechnungen, die der Durchführung des gebundenen Zah- lungsverkehrs dienen, wiesen am 31. Dezember 1967 Guthaben Dritter auf im Betrage von	Fr.	29 027 915.10
Im Jahre 1968 wurden diesen Rechnungen gutgeschrieben . . .	Fr. 2	263 168 781.88
		<u>Fr. 2 292 196 696.98</u>
Im Jahre 1968 wurden diesen Rechnungen belastet	Fr. 2	258 767 781.21
Bestand der Guthaben am 31. Dezember 1968	Fr.	<u>33 428 915.77</u>

**Verbindlichkeiten
auf Zeit**

Bestand am 31. Dezember 1967	Fr.	550 000 000.—
Im Jahre 1968 wurden zu Lasten von Girorechnungen der Banken auf dieses Konto übertragen	Fr.	431 000 000.—
		<u>Fr. 981 000 000.—</u>
Zur Rückgabe von solchen Zeitgeldern an Banken wurden dem Konto belastet	Fr.	747 950 000.—
Bestand am 31. Dezember 1968	Fr.	<u>233 050 000.—</u>

Die Verbindlichkeiten auf Zeit rühren von der am 1. Oktober 1960 erfolgten Placierung von Schatzanweisungen bei den Banken zur Bindung überschüssiger Marktmittel her.

Ausstehende Checks

Am 31. Dezember 1967 waren an Ziehungen auf die Bank ausstehend	106 Checks für	Fr.	658 324.29
Im Jahre 1968 wurden dem Konto gutgeschrieben	7 149 Checks für	Fr.	693 140 920.40
	7 255 Checks für	Fr.	693 799 244.69
Im Jahre 1968 wurden dem Konto belastet . . .	7 150 Checks für	Fr.	692 602 791.30
Am 31. Dezember 1968 waren ausstehend	105 Checks für	Fr.	<u>1 196 453.39</u>

Eigene Gelder

Grundkapital

Das Grundkapital beträgt unverändert Fr. 50 000 000.—, eingeteilt in 100 000 Aktien von je Fr. 500.—, auf welche 50% = Fr. 250.— einbezahlt sind.

Im Laufe des Berichtsjahres hat der Bankausschuss die Übertragung von 3 454 Aktien auf neue Eigentümer genehmigt.

Nach den Eintragungen im Aktienregister war das Aktienkapital am 31. Dezember 1968 wie folgt verteilt:

2023 Privataktionäre mit je	1 Aktie
1253 Privataktionäre mit je	2 Aktien
1152 Privataktionäre mit je	3— 5 Aktien
613 Privataktionäre mit je	6— 10 Aktien
345 Privataktionäre mit je	11— 25 Aktien
151 Privataktionäre mit je	26— 50 Aktien
57 Privataktionäre mit je	51—100 Aktien
21 Privataktionäre mit je	101—200 Aktien
15 Privataktionäre mit je	über 200 Aktien
<hr/>	<hr/>
5630 Privataktionäre mit zusammen	41 863 Aktien
24 Kantone und Halbkantone mit zusammen	38 733 Aktien
28 Kantonalbanken mit zusammen	16 887 Aktien
49 andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten mit zusammen	2 517 Aktien
<hr/>	<hr/>
5731 Aktionäre mit zusammen	100 000 Aktien

Vom gesamten Aktienkapital sind demnach 58,14% im Besitz von Kantonen, Kantonalbanken sowie anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten und 41,86% im Besitz von Privataktionären.

Reservefonds

Laut Beschluss der Generalversammlung vom 22. März 1968 erreicht der Reservefonds	Fr. 35 000 000.—
Nach Verbuchung der Zuweisung von	Fr. 1 000 000.—
aus dem Reingewinn des Jahres 1968 wird sich der Reservefonds erhöhen auf	<hr/>
	Fr. 36 000 000.—

Rückstellungen

<i>Banknotenherstellungskosten</i>	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1968, unverändert	Fr. 17 183 112.65
<i>Nicht versicherte Schadenfälle</i>	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1967	Fr. 7 500 000.—
	Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 2 000 000.—
	erhöht auf	Fr. 9 500 000.—
<i>Umbauten in den Bankgebäuden</i>	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1967	Fr. 7 189 758.15
	Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 2 810 241.85
	erhöht auf	Fr. 10 000 000.—
<i>Zinsen für Bundesschatzanweisungen</i>	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1967	Fr. 10 000 000.—
	Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 7 500 000.—
	erhöht auf	Fr. 17 500 000.—
<i>Offenmarktoperationen</i>	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1967	Fr. 10 000 000.—
	Die Rückstellung wurde zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung um	Fr. 5 000 000.—
	erhöht auf	Fr. 15 000 000.—
<i>Steuern</i>	Bestand der Rückstellung am 31. Dezember 1967	Fr. 310 494.25
	Zahlung für eidg. Wehrsteuern	Fr. 544 076.90
	Zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung	Fr. 233 582.65

Dienstleistungen für die Bundesverwaltungen

Eidgenössisches Schuldbuch

Gemäss Art.10 des Bundesgesetzes vom 21.September 1939 über das eidgenössische Schuldbuch ist die Schweizerische Nationalbank mit der Führung des Schuldbuches be-
traut. Sie übt diese Obliegenheit im Namen und Auftrage des Bundes aus.

Am 31.Dezember 1967 waren im eidgenössischen Schuldbuch eingetragen:

617 Einzelforderungen mit Fr. 988 663 000.—

Zuwachs im Jahre 1968:

Zeichnungen von Schuldbuchforderungen bei Anleihsenemissionen Fr. 15 494 000.—

Fr. 1 004 157 000.—

Abgang im Jahre 1968:

Rückzahlungen Fr. —

Am 31.Dezember 1968 waren im Schuldbuch eingetragen:

628 Einzelforderungen mit Fr. 1 004 157 000.—

Im Berichtsjahre wurden 49 Übertragungen von Schuldbuchforderungen auf andere Gläubiger vorgenommen im Gesamtbetrag von Fr. 39 412 000.—

An Zinsen auf Schuldbuchforderungen wurden im Berichtsjahre vergütet in 1006 Gutschriften Fr. 22 641 776.45

Das eidgenössische Schuldbuch wurde im Berichtsjahre für die Umwandlung bestehender Schuldverschreibungen in Schuldbuchforderungen nicht geöffnet.

Verwaltung von Wertschriften

Die Schweizerische Nationalbank ist laut Art.15, Absatz 1, des Bankgesetzes verpflichtet, die dem Bunde gehörenden und die unter seiner Verwaltung stehenden Wertschriften und Wertgegenstände unentgeltlich zur Aufbewahrung und Verwaltung zu übernehmen.

Bestand der verwalteten Wertschriften am 31. Dezember 1968

für den Bund Fr. 1 197 874 992.—

für die Schweizerischen Bundesbahnen Fr. 350 000.—

Total Fr. 1 198 224 992.—

**Einlösung von Titeln
und Coupons**

Als Domizilstelle hat die Nationalbank im Berichtsjahr an rückzahlbaren Titeln und fälligen Coupons für den Bund und die Bundesbahnen eingelöst:

rückzahlbare Titel	1 629	Stück mit	Fr. 2 586 500.—
Coupons	341 262	Stück mit	Fr. 21 995 153.50
Total	342 891	Stück mit	Fr. 24 581 653.50

Gewinnverteilung

Gemäss Art. 27 des Nationalbankgesetzes vom 23. Dezember 1953 ist von dem durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Reingewinn zunächst dem Reservefonds ein Betrag zuzuweisen, der 2% des Grundkapitals, d. h. 1 Million Franken nicht übersteigen darf.

Sodann kann eine Dividende bis zu 6% des einbezahlten Grundkapitals ausgerichtet werden, was einen Betrag von höchstens Fr. 1 500 000.— erfordert.

Der verbleibende Rest ist der eidgenössischen Staatskasse zur Ausrichtung einer Entschädigung an die Kantone bis zu 80 Rappen je Kopf der Bevölkerung zu überweisen. Der auf dieser Grundlage berechnete Aufwand würde sich per 31. Dezember 1968 auf Fr. 4 343 248.80 belaufen.

Anträge

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beehren wir uns, folgende Anträge zu stellen:

1. Es wird der vorliegende Geschäftsbericht samt Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz auf 31. Dezember 1968 genehmigt.
2. Es wird der Verwaltung Entlastung erteilt.
3. Der durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Reingewinn von Franken 6 843 248.80 ist wie folgt zu verwenden:

Einlage in den Reservefonds	Fr. 1 000 000.—
Ausrichtung einer Dividende von 6%	Fr. 1 500 000.—
Ablieferung an die eidgenössische Staatskasse	Fr. 4 343 248.80
	<hr/>
	Fr. 6 843 248.80

Am Schlusse unseres Geschäftsberichtes pro 1968 benützen wir gerne die Gelegenheit, um sowohl Herrn Bundesrat R. Bonvin, der seit dem 1. Juli die Leitung des Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartements innehat, wie dem neuen Vorsteher des Finanz- und Zolldepartements, Herrn Bundesrat N. Celio, für das Verständnis und die tatkräftige Unterstützung bestens zu danken, die sie der Nationalbank im abgelaufenen Jahr zuteil werden liessen. Im weitem danken wir unsern Korrespondenten und Berichterstattern aus Bank- und Wirtschaftskreisen für ihre geschätzte Mitarbeit sowie unseren Beamten und Angestellten für ihre treue Pflichterfüllung.

Zürich, den 15. Januar 1969

Namens des Direktoriums
der Schweizerischen Nationalbank
Der Präsident : *Stopper*
Der Generalsekretär : *Läng*

Der Bankausschuss der Schweizerischen Nationalbank

hat in seiner Sitzung vom 31. Januar 1969 den vorstehenden Geschäftsbericht über das Jahr 1968 zur Kenntnis genommen und ihm die Genehmigung erteilt. Gemäss Artikel 43, Absatz 1, Ziffer 4, und Artikel 49, Absatz 1, des Nationalbankgesetzes wird der Bericht mit den nachstehenden Anträgen dem Bankrate überwiesen.

Der Bankausschuss

beantragt

der Bankrat möge beschliessen:

1. Der Geschäftsbericht für das Jahr 1968 mit Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz vom 31. Dezember 1968 wird zur Vorlage an den Bundesrat und an die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.
2. Die auf Seite 62 des Berichtes formulierten Anträge werden vom Bankrat der Generalversammlung unterbreitet.

Bern, den 31. Januar 1969

Im Namen des Bankausschusses
der Schweizerischen Nationalbank,
Der Präsident des Bankrates: *Dr. B. Galli*
Der Protokollführer: *Lerch*

Bericht der Revisionskommission an die Generalversammlung der Aktionäre der Schweizerischen Nationalbank

Hochgeehrter Herr Präsident,
Hochgeehrte Herren Aktionäre,

Die von Ihnen bestellte Revisionskommission führte im Laufe des vergangenen Jahres bei allen Zweiganstalten sowie bei den Agenturen Biel, La Chaux-de-Fonds und Winterthur Revisionen durch. Sie hat auch die Hauptbuchhaltung sowie die Bestände an den Sitzen Zürich und Bern einer Prüfung unterzogen.

Die Kommission hat alles in bester Ordnung befunden und erklärt, dass die Gewinn- und Verlustrechnung und die Schlussbilanz vom 31. Dezember 1968, wie sie Ihnen vorgelegt werden, mit den Saldi der im Generalhauptbuch der Bank geführten Konti übereinstimmen. Sie stellt mit Befriedigung fest, dass sowohl die Hauptbuchhaltung als auch die Buchhaltungen der Sitze, Zweiganstalten und eigenen Agenturen übersichtlich geführt sind und dass in allen Dienstzweigen gute Ordnung herrscht.

Wir beantragen Ihnen, hochgeehrter Herr Präsident, hochgeehrte Herren Aktionäre, die vorgelegte Gewinn- und Verlustrechnung und die Bilanz vom 31. Dezember 1968 mit dem ausgewiesenen Reingewinn von Fr. 6 843 248.80 zu genehmigen und die Ihnen vom Bankrat vorgeschlagene Verteilung des Reingewinnes gutzuheissen.

Bern, den 14. Februar 1969

Mit Hochachtung,
Die Revisionskommission:
Gsell
Villiger
Cornaz

Der Schweizerische Bundesrat

in Ausführung von Artikel 25, Absatz 3, und Artikel 63, Ziffer 2, lit. i, des Bundesgesetzes vom 23. Dezember 1953 über die Schweizerische Nationalbank;
nach erfolgter Kenntnisnahme von dem im Artikel 51, Absatz 2, des genannten Gesetzes vorgesehenen Bericht der Revisionskommission vom 14. Februar 1969;
auf Antrag des Eidg. Finanz- und Zolldepartements,

beschliesst:

Dem Geschäftsbericht und der Jahresrechnung der Schweizerischen Nationalbank für das Jahr 1968 wird die gesetzlich vorgesehene Genehmigung erteilt.

Bern, den 26. Februar 1969

Im Namen
des Schweizerischen Bundesrates,

Der Bundespräsident: *von Moos*

Der Bundeskanzler: *Huber*

An die Generalversammlung der Aktionäre der Schweizerischen Nationalbank

Hochgeehrte Herren Aktionäre,

Der Bankrat der Schweizerischen Nationalbank hat in seiner Sitzung vom 14. Februar 1969 auf Antrag des Bankausschusses den vom Direktorium vorgelegten Geschäftsbericht über die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 1968 zur Vorlage an den Bundesrat und die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.

Nachdem auch die Revisionskommission ihren in Artikel 51, Absatz 2, des Bankgesetzes vorgesehenen Bericht am 14. Februar 1969 erstattet hat und die in Artikel 25, Absatz 3, vorgesehene Genehmigung durch den Bundesrat am 26. Februar 1969 erfolgt ist, beehren wir uns, Ihnen den einundsechzigsten Geschäftsbericht zu unterbreiten und Ihnen die Abnahme der Rechnung wie auch die Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinnes im Sinne der auf Seite 62 aufgeführten Anträge zu empfehlen.

Bern, den 27. Februar 1969

Mit Hochachtung,
Im Namen des Bankrates
der Schweizerischen Nationalbank,

Der Präsident des Bankrates: *Galli*
Ein Mitglied des Direktoriums: *Stopper*

Verzeichnis der Beilagen

- Nr. 1 Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise.
- Nr. 2 Gliederung des Notenumlaufs nach Abschnitten.
- Nr. 3 Giroverkehr.
- Nr. 4 Geschäftsverkehr der einzelnen Bankstellen.
- Nr. 5 Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank:
 - Tabelle I: Bestände am Jahresende.
 - Tabelle II: Jahresdurchschnitte.
 - Tabelle III: Umsätze.
 - Tabelle IV: Geschäftsergebnisse.
- Nr. 6 Graphische Darstellung:
 - Schweizerische Nationalbank 1963—1968.
- Nr. 7 Diskontosatz und Lombardzinsfuss seit Eröffnung der Bank.
- Nr. 8 Abrechnungsverkehr:
 - Verkehr der schweizerischen Abrechnungsstellen (Kol. 2—10).
 - Wertschriften-Clearing für Kassageschäfte auf den Plätzen Basel und Zürich (Kol. 11 und 12).
- Nr. 9 Verzeichnis der Mitglieder der Bankbehörden und der Bankorgane.

Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise

Beilage Nr. 1

Aktiven

1968	Gold- bestand	Devisen	Kurs- gesicherte Guthaben bei ausländi- schen Noten- banken	Inlandportefeuille			Lom- bard- vor- schüsse	Aus- ländische Schatzan- weisungen in Schweizer- franken	Wertschriften		Korrespondenten		Son- stige Akti- ven
				Wechsel	Schatz- anwei- sungen des Bundes	Total			Total	davon dek- kungs- fähige	im Inland	im Ausland	
<i>In 1000 Franken</i>													
Jan. 5.	13 164 900	1 805 014	173 920	140 871	—	140 871	33 979	432 000	181 856	9 174	30 683	18 014	39 868
15.	12 886 912	1 788 878	173 920	120 318	—	120 318	16 529	432 000	181 856	9 174	18 394	15 696	38 719
23.	12 886 912	1 373 654	173 920	112 206	—	112 206	10 014	652 000	181 856	9 174	23 443	15 144	37 840
31.	12 886 912	1 223 604	173 920	108 182	—	108 182	10 042	782 000	181 856	9 174	28 868	16 701	46 656
Febr. 7.	12 476 555	1 228 597	173 920	104 519	—	104 519	9 526	432 000	181 856	9 174	13 205	32 968	45 695
15.	12 455 014	1 245 622	173 920	102 541	—	102 541	7 660	432 000	181 856	9 174	17 343	33 318	43 000
23.	12 390 269	1 243 248	173 920	98 931	—	98 931	6 879	562 000	181 856	9 174	11 990	15 787	48 247
29.	12 088 243	1 253 992	173 920	97 528	—	97 528	8 076	562 000	181 856	9 174	22 944	19 873	47 968
März 7.	11 512 714	1 264 850	173 920	96 726	—	96 726	9 700	867 000	181 856	10 371	10 539	30 703	49 708
15.	11 469 503	1 284 610	173 920	97 637	—	97 637	9 412	967 000	181 856	10 371	16 578	16 196	49 026
22.	11 469 503	1 610 872	173 920	96 162	—	96 162	10 147	1 087 000	181 856	10 371	13 708	15 592	48 067
29.	11 263 670	1 660 088	498 920	95 346	45 000	140 346	27 069	1 217 000	181 855	10 370	32 402	17 400	49 404
April 5.	11 263 670	1 433 483	498 920	95 619	—	95 619	20 667	1 087 000	181 855	10 370	24 547	16 098	51 199
11.	11 263 670	1 426 769	498 920	95 212	—	95 212	15 174	1 217 000	181 799	10 314	28 555	17 491	52 609
23.	11 263 670	1 211 321	498 920	96 699	—	96 699	15 390	1 087 000	181 799	10 314	30 984	14 824	44 717
30.	11 263 670	1 189 233	498 920	96 431	—	96 431	14 912	1 087 000	180 602	9 118	44 964	38 283	53 899
Mai 7.	11 263 670	1 189 170	498 920	96 148	—	96 148	15 892	867 000	180 602	9 118	25 547	17 651	54 041
15.	11 371 862	1 071 729	498 920	95 043	—	95 043	15 502	867 000	180 602	14 511	25 841	37 069	47 728
22.	11 371 862	1 062 252	498 920	94 487	—	94 487	18 104	867 000	180 602	14 511	26 938	24 942	50 741
31.	11 371 862	1 452 828	498 920	172 386	30 000	202 386	26 362	867 000	180 602	14 511	42 650	16 784	56 560
Juni 7.	11 371 707	1 452 313	498 920	88 256	—	88 256	38 650	867 000	180 602	14 511	18 517	16 204	55 834
14.	11 371 707	1 432 508	498 920	88 337	—	88 337	22 262	867 000	180 602	14 511	23 868	18 086	50 617
21.	11 496 083	1 426 937	390 587	87 327	—	87 327	24 509	867 000	180 602	14 511	11 287	19 142	50 611
28.	11 496 083	3 174 475	390 587	88 634	—	88 634	44 606	867 000	180 602	17 128	43 704	19 696	58 646
Juli 5.	11 258 309	1 380 625	390 587	89 654	—	89 654	28 859	867 000	180 602	17 128	31 586	33 655	62 986
15.	11 258 461	1 394 382	390 587	91 198	—	91 198	25 350	867 000	180 602	17 128	34 927	15 487	60 503
23.	11 252 970	795 045	390 587	91 445	—	91 445	25 217	1 442 000	180 602	17 128	40 131	15 270	59 863
31.	11 252 970	1 443 350	390 587	95 045	—	95 045	28 778	1 442 000	180 602	17 128	34 933	21 098	72 955
Aug. 7.	11 252 826	1 415 408	390 587	95 012	—	95 012	21 835	1 442 000	180 602	17 128	19 140	27 205	70 670
15.	11 252 826	1 406 481	390 587	94 427	—	94 427	15 970	1 442 000	180 602	17 128	21 517	32 353	66 789
23.	11 247 328	1 393 534	360 417	92 783	—	92 783	14 656	1 442 000	180 602	17 128	20 210	15 172	70 384
30.	11 377 170	1 332 425	360 417	91 386	30 000	121 386	20 245	1 442 000	180 602	17 128	24 673	17 709	80 263
Sept. 6.	11 377 088	1 256 905	360 417	91 261	—	91 261	27 275	1 442 000	180 602	17 128	11 348	19 398	83 712
13.	11 377 088	1 237 783	360 417	91 079	—	91 079	14 650	1 442 000	180 602	17 128	16 029	21 066	81 205
23.	11 371 591	1 145 596	360 417	88 781	—	88 781	14 633	1 442 000	180 602	17 128	15 141	18 561	88 227
30.	11 371 590	1 287 816	360 417	265 747	46 000	311 747	45 126	1 442 000	180 602	17 128	41 100	17 620	87 395
Okt. 7.	11 371 534	1 105 804	143 750	89 297	—	89 297	34 710	1 442 000	180 602	17 128	24 921	17 166	93 662
15.	11 371 534	1 091 374	143 750	89 204	—	89 204	33 191	1 442 000	180 602	17 128	27 070	18 034	90 682
23.	11 366 040	1 379 174	143 750	88 346	—	88 346	28 148	1 442 000	180 602	17 128	27 500	51 569	82 592
31.	11 366 041	1 567 192	143 750	323 246	30 000	353 246	39 718	1 442 000	180 602	17 128	47 340	21 216	91 774
Nov. 7.	11 365 958	1 533 937	143 750	88 881	—	88 881	38 607	1 442 000	180 608	17 126	20 216	36 723	86 502
15.	11 365 959	1 515 073	143 750	93 474	—	93 474	17 194	1 442 000	180 608	17 126	19 747	18 203	86 543
22.	11 360 467	2 373 301	108 256	91 874	—	91 874	18 939	1 442 000	180 608	17 126	9 314	17 328	89 233
29.	11 360 468	2 375 270	108 256	99 180	—	99 180	114 764	1 442 000	180 608	17 126	34 302	17 109	96 025
Dez. 6.	11 360 374	2 331 322	108 256	102 843	—	102 843	26 591	1 442 000	180 608	17 126	18 354	18 708	91 947
13.	11 361 306	2 313 063	108 256	107 030	—	107 030	37 015	1 442 000	180 608	17 126	27 624	18 069	80 393
23.	11 355 834	3 743 104	108 256	125 056	—	125 056	47 301	1 442 000	180 608	17 126	33 571	18 837	87 390
31.	11 355 834	5 601 171	108 256	281 709	6 750	288 459	160 123	1 442 000	180 608	17 126	99 713	21 674	56 814

Passiven

Eigene Gelder	Notenumlauf	Täglich fällige Verbindlichkeiten			Verbindlichkeiten auf Zeit	Sonstige Passiven	Bilanzsumme	Deckung des Notenumlaufs	Deckung des Notenumlaufs und der täglich fälligen Verbindlichkeiten
		<i>Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie</i>	<i>übrige täglich fällige Verbindlichkeiten</i>	<i>Total</i>					
<i>In 1000 Franken</i>									
<i>durch Gold in Prozent</i>									
59 000	10 706 235	3 663 336	575 999	4 239 335	600 000	416 535	16 021 105	122.96	88.09
59 000	10 291 785	4 178 383	126 734	4 305 117	600 000	417 320	15 673 222	125.22	88.29
59 000	10 194 162	4 037 645	157 315	4 194 960	600 000	418 867	15 466 989	126.41	89.56
59 000	10 330 264	3 284 882	759 734	4 044 616	600 000	424 861	15 458 741	124.75	89.65
59 000	10 046 873	3 108 979	453 219	3 562 198	600 000	430 770	14 698 841	124.18	91.68
59 000	9 902 517	3 522 097	174 215	3 696 312	600 000	434 445	14 692 274	125.78	91.59
59 000	10 246 125	3 194 169	183 919	3 378 088	600 000	449 914	14 733 127	120.93	90.94
59 000	10 457 443	2 636 364	258 706	2 895 070	600 000	444 887	14 456 400	115.59	90.53
59 000	10 220 488	2 696 841	170 202	2 867 043	600 000	451 185	14 197 716	112.64	87.97
59 000	10 076 941	2 911 941	162 123	3 074 064	600 000	455 733	14 265 738	113.82	87.21
60 000	10 293 479	3 104 562	190 697	3 295 259	600 000	458 089	14 706 827	111.42	84.40
60 000	10 665 320	3 068 826	236 017	3 304 843	600 000	457 991	15 088 154	105.61	80.83
60 000	10 385 343	3 053 135	112 692	3 165 827	600 000	461 888	14 673 058	108.46	83.12
60 000	10 284 498	3 210 381	177 878	3 388 259	600 000	464 442	14 797 199	109.52	82.44
60 000	10 231 654	2 781 969	309 430	3 091 399	600 000	462 271	14 445 324	110.09	84.54
60 000	10 610 311	2 339 824	385 850	2 725 674	600 000	471 929	14 467 914	106.16	84.46
60 000	10 338 800	2 302 597	435 552	2 738 149	600 000	471 692	14 208 641	108.95	86.13
60 000	10 160 745	2 563 690	353 477	2 917 167	600 000	473 384	14 211 296	111.92	86.96
60 000	10 384 831	2 353 580	315 568	2 669 148	600 000	481 869	14 195 848	109.50	87.11
60 000	10 616 849	2 693 570	428 903	3 122 473	430 000	486 632	14 715 954	107.11	82.77
60 000	10 397 419	2 593 674	446 719	3 040 393	600 000	490 191	14 588 003	109.37	84.62
60 000	10 264 677	2 838 490	297 827	3 136 317	600 000	492 913	14 553 907	110.78	84.88
60 000	10 447 958	2 698 319	246 605	2 944 924	600 000	501 203	14 554 085	110.03	85.84
60 000	10 975 889	3 994 842	226 947	4 221 789	600 000	506 355	16 364 033	104.74	75.84
60 000	10 695 585	2 237 719	438 042	2 675 761	375 000	517 517	14 323 863	105.26	84.20
60 000	10 520 210	2 494 704	350 240	2 844 944	375 000	518 343	14 318 497	107.02	84.24
60 000	10 627 369	2 319 782	398 752	2 718 534	375 000	512 227	14 293 130	105.89	84.32
60 000	10 728 197	2 729 195	550 619	3 279 814	375 000	519 307	14 962 318	104.89	80.33
60 000	10 497 182	2 872 295	588 889	3 461 184	375 000	521 919	14 915 285	107.20	80.62
60 000	10 322 030	3 205 899	416 669	3 622 568	375 000	523 954	14 903 552	109.02	80.70
60 000	10 620 838	2 973 443	276 195	3 249 638	375 000	531 610	14 837 086	105.90	81.09
60 000	10 785 674	2 763 475	460 549	3 224 024	345 000	542 192	14 956 890	105.48	81.21
60 000	10 564 472	2 823 541	473 539	3 297 080	375 000	553 454	14 850 006	107.69	82.08
60 000	10 398 059	3 079 042	355 242	3 434 284	375 000	554 576	14 821 919	109.42	82.25
60 000	10 528 494	2 943 813	270 963	3 214 776	375 000	547 279	14 725 549	108.01	82.74
60 000	10 961 351	3 070 837	240 990	3 311 827	253 150	559 085	15 145 413	103.74	79.67
60 000	10 647 333	2 389 472	474 054	2 863 526	375 000	557 587	14 503 446	106.80	84.17
60 000	10 436 112	2 668 009	390 828	3 058 837	375 000	557 492	14 487 441	108.96	84.27
60 000	10 617 676	3 062 012	117 491	3 179 503	375 000	557 542	14 789 721	107.05	82.38
60 000	10 918 231	3 021 146	341 470	3 362 616	345 000	567 032	15 252 879	104.10	79.59
60 000	10 723 293	2 709 423	498 928	3 208 351	375 000	570 538	14 937 182	105.99	81.58
60 000	10 652 828	2 874 797	348 530	3 223 327	375 000	571 396	14 882 551	106.69	81.91
60 000	11 011 002	3,417 041	249 342	3 666 383	375 000	578 935	15 691 320	103.17	77.40
60 000	11 382 807	3 046 814	404 107	3 450 921	345 000	589 254	15 827 982	99.80	76.59
60 000	11 378 095	2 854 970	423 612	3 278 582	375 000	589 326	15 681 003	99.84	77.51
60 000	11 585 196	2 750 516	312 857	3 063 373	375 000	591 795	15 675 364	98.07	77.56
60 000	12 404 990	3 383 655	318 951	3 702 606	375 000	599 361	17 141 957	91.54	70.60
60 000	12 047 250	5 776 159	637 417	6 413 576	233 050	560 776	19 314 652	94.26	61.51

Gliederung des Notenumlaufs nach Abschnitten

Beilage Nr. 2

1968	Abschnitte zu Franken								Total	Abschnitte zu Franken							
	1000	500	100	50	20	10	5	1000		500	100	50	20	10	5		
	<i>in Millionen Franken</i>									<i>Prozentuale Verteilung</i>							
Januar	5.	3 012,9	1 570,9	4 661,3	664,8	530,2	256,6	9,5	10 706,2	28.14	14.67	43.54	6.21	4.95	2.40	0.09	
	15.	2 899,3	1 485,6	4 477,4	648,4	519,2	252,4	9,5	10 291,8	28.17	14.44	43.50	6.30	5.05	2.45	0.09	
	23.	2 864,1	1 506,3	4 422,3	633,9	509,8	248,3	9,5	10 194,2	28.09	14.78	43.38	6.22	5.00	2.44	0.09	
	31.	2 874,2	1 542,4	4 510,8	636,7	508,9	247,8	9,5	10 330,3	27.82	14.93	43.67	6.16	4.93	2.40	0.09	
Februar	7.	2 795,8	1 445,5	4 407,7	633,7	507,3	247,4	9,5	10 046,9	27.83	14.39	43.87	6.31	5.05	2.46	0.09	
	15.	2 780,3	1 417,4	4 320,1	628,0	502,4	244,8	9,5	9 902,5	28.08	14.31	43.63	6.34	5.07	2.47	0.10	
	23.	2 815,9	1 546,2	4 494,4	631,4	504,0	244,7	9,5	10 246,1	27.48	15.09	43.87	6.16	4.92	2.39	0.09	
	29.	2 845,4	1 572,7	4 631,5	643,3	508,7	246,3	9,5	10 457,4	27.21	15.04	44.29	6.15	4.86	2.36	0.09	
März	7.	2 796,5	1 472,0	4 540,3	644,0	511,2	247,0	9,5	10 220,5	27.36	14.40	44.43	6.30	5.00	2.42	0.09	
	15.	2 794,7	1 440,8	4 443,1	636,3	507,0	245,6	9,4	10 076,9	27.73	14.30	44.09	6.32	5.03	2.44	0.09	
	22.	2 818,2	1 532,8	4 537,5	640,9	508,4	246,3	9,4	10 293,5	27.38	14.89	44.08	6.23	4.94	2.39	0.09	
	29.	2 896,4	1 610,0	4 732,4	651,9	516,0	249,2	9,4	10 665,3	27.16	15.09	44.37	6.11	4.84	2.34	0.09	
April	5.	2 841,9	1 501,6	4 606,6	655,7	518,8	251,3	9,4	10 385,3	27.36	14.46	44.36	6.31	5.00	2.42	0.09	
	11.	2 831,4	1 470,7	4 551,1	653,5	517,1	251,3	9,4	10 284,5	27.53	14.30	44.25	6.36	5.03	2.44	0.09	
	23.	2 806,9	1 516,0	4 499,4	642,0	508,9	249,1	9,4	10 231,7	27.43	14.82	43.98	6.28	4.97	2.43	0.09	
	30.	2 871,0	1 612,8	4 699,8	651,4	514,7	251,2	9,4	10 610,3	27.05	15.20	44.30	6.14	4.85	2.37	0.09	
Mai	7.	2 820,4	1 513,0	4 580,0	648,4	515,7	251,9	9,4	10 338,8	27.28	14.63	44.30	6.27	4.99	2.44	0.09	
	15.	2 808,0	1 477,8	4 463,3	640,0	511,7	250,5	9,4	10 160,7	27.64	14.54	43.93	6.30	5.03	2.47	0.09	
	22.	2 838,4	1 572,4	4 559,3	641,4	512,9	251,0	9,4	10 384,8	27.33	15.14	43.90	6.18	4.94	2.42	0.09	
	31.	2 890,3	1 603,5	4 683,8	654,7	520,1	255,0	9,4	10 616,8	27.22	15.10	44.12	6.17	4.90	2.40	0.09	
Juni	7.	2 832,2	1 513,6	4 600,7	659,8	524,2	257,5	9,4	10 397,4	27.24	14.56	44.25	6.34	5.04	2.48	0.09	
	14.	2 816,7	1 486,7	4 519,5	655,5	520,6	256,3	9,4	10 264,7	27.44	14.48	44.03	6.39	5.07	2.50	0.09	
	21.	2 846,0	1 558,0	4 600,4	657,7	520,1	256,4	9,4	10 448,0	27.24	14.91	44.03	6.30	4.98	2.45	0.09	
	28.	2 959,7	1 680,9	4 860,3	677,6	527,7	260,3	9,4	10 975,9	26.97	15.31	44.28	6.17	4.81	2.37	0.09	
Juli	5.	2 869,8	1 559,1	4 772,5	686,0	535,3	263,5	9,4	10 695,6	26.83	14.58	44.62	6.41	5.01	2.46	0.09	
	15.	2 837,9	1 524,5	4 671,2	682,5	531,4	263,3	9,4	10 520,2	26.98	14.49	44.40	6.49	5.05	2.50	0.09	
	23.	2 835,2	1 588,7	4 718,7	684,5	528,5	262,4	9,4	10 627,4	26.68	14.95	44.40	6.44	4.97	2.47	0.09	
	31.	2 836,3	1 617,8	4 785,0	688,0	529,2	262,5	9,4	10 728,2	26.44	15.08	44.60	6.41	4.93	2.45	0.09	
August	7.	2 779,9	1 534,8	4 692,7	688,3	529,5	262,6	9,4	10 497,2	26.48	14.62	44.70	6.56	5.05	2.50	0.09	
	15.	2 767,2	1 498,6	4 579,0	681,4	525,7	260,7	9,4	10 322,0	26.81	14.52	44.36	6.60	5.09	2.53	0.09	
	23.	2 802,8	1 618,8	4 720,3	683,6	525,6	260,3	9,4	10 620,8	26.39	15.24	44.44	6.44	4.95	2.45	0.09	
	30.	2 823,9	1 639,9	4 829,4	692,1	529,5	261,5	9,4	10 785,7	26.18	15.20	44.78	6.42	4.91	2.42	0.09	
September	6.	2 795,4	1 552,3	4 726,1	690,0	529,8	261,5	9,4	10 564,5	26.46	14.69	44.74	6.53	5.02	2.47	0.09	
	13.	2 792,9	1 512,3	4 619,0	680,5	524,8	259,2	9,4	10 398,1	26.86	14.54	44.42	6.55	5.05	2.49	0.09	
	23.	2 841,7	1 582,0	4 644,9	672,6	521,2	256,7	9,4	10 528,5	26.99	15.02	44.12	6.39	4.95	2.44	0.09	
	30.	2 916,5	1 690,9	4 874,3	683,3	527,8	259,2	9,4	10 961,4	26.61	15.43	44.47	6.23	4.81	2.36	0.09	
Oktober	7.	2 852,9	1 573,6	4 743,5	679,9	529,0	259,0	9,4	10 647,3	26.79	14.78	44.55	6.39	4.97	2.43	0.09	
	15.	2 827,9	1 530,3	4 618,4	669,0	524,4	256,7	9,4	10 436,1	27.10	14.66	44.25	6.41	5.03	2.46	0.09	
	23.	2 875,2	1 614,9	4 676,0	665,2	521,4	255,6	9,4	10 617,7	27.08	15.21	44.04	6.26	4.91	2.41	0.09	
	31.	2 933,1	1 675,3	4 839,8	674,3	528,4	257,9	9,4	10 918,2	26.86	15.34	44.33	6.18	4.84	2.36	0.09	
November	7.	2 909,3	1 587,4	4 754,9	673,7	530,0	258,6	9,4	10 723,3	27.13	14.81	44.34	6.28	4.94	2.41	0.09	
	15.	2 950,2	1 573,6	4 667,4	668,4	526,4	257,4	9,4	10 652,8	27.70	14.77	43.81	6.27	4.94	2.42	0.09	
	22.	3 037,9	1 712,1	4 796,9	668,4	528,4	257,9	9,4	11 011,0	27.59	15.55	43.56	6.07	4.80	2.34	0.09	
	29.	3 123,9	1 790,0	4 983,3	679,5	535,5	261,2	9,4	11 382,8	27.44	15.73	43.78	5.97	4.71	2.29	0.08	
Dezember	6.	3 143,8	1 739,3	4 980,5	693,8	545,7	265,6	9,4	11 378,1	27.63	15.29	43.77	6.10	4.80	2.33	0.08	
	13.	3 245,5	1 799,6	5 011,3	700,7	550,8	267,9	9,4	11 585,2	28.01	15.53	43.26	6.05	4.76	2.31	0.08	
	23.	3 503,1	2 010,1	5 326,6	722,8	560,6	272,4	9,4	12 405,0	28.24	16.20	42.94	5.83	4.52	2.19	0.08	
	31.	3 489,6	1 895,6	5 114,0	711,4	555,8	271,5	9,4	12 047,3	28.97	15.73	42.45	5.91	4.61	2.25	0.08	
Jahres- durchschnitt	1966	2 648,8	1 267,8	4 299,3	615,8	493,1	231,9	9,8	9 566,5	27.69	13.25	44.94	6.44	5.16	2.42	0.10	
	1967	2 717,4	1 421,0	4 483,5	633,6	505,4	242,9	9,6	10 013,4	27.14	14.19	44.77	6.33	5.05	2.43	0.09	
	1968	2 888,7	1 574,4	4 664,1	663,6	522,1	255,2	9,4	10 577,5	27.31	14.89	44.09	6.27	4.94	2.41	0.09	

Giroverkehr

Beilage Nr.3

Umsätze	Jahr	Barzahlungen	Verrechnungen	Platzübertragungen ¹	Übertragungen von und nach andern Bankplätzen	Total	Barzahlungen	Verrechnungen	Platzübertragungen ¹	Übertragungen von und nach andern Bankplätzen	Total
		<i>Zahl der Posten</i>					<i>In 1000 Franken</i>				
Gutschriften	1964	18 721	89 611	1 630 671	84 818	1 823 821	1 326 285	40 022 441	239 793 901	33 393 649	314 536 276
	1965	18 539	87 645	1 755 418	83 676	1 945 278	1 412 532	39 254 638	309 479 628	41 215 644	391 362 442
	1966	18 684	89 770	1 942 803	83 347	2 134 604	1 488 949	39 436 745	417 296 432	48 460 423	506 682 549
	1967	19 392	88 243	2 170 003	82 953	2 360 591	1 687 434	47 294 357	554 963 540	55 185 749	659 131 080
	1968	18 697	93 292	2 436 780	86 649	2 635 418	1 735 451	57 437 034	804 732 722	66 387 373	930 292 580
Belastungen	1964	31 581	85 236	1 630 671	100 001	1 847 489	14 009 715	26 497 011	239 793 901	34 033 975	314 334 602
	1965	31 477	83 876	1 755 418	98 634	1 969 405	14 435 531	25 216 140	309 479 628	42 115 337	391 246 636
	1966	32 081	85 886	1 942 803	96 429	2 157 199	15 494 030	25 074 101	417 296 432	48 850 657	506 715 220
	1967	31 686	91 810	2 170 003	96 840	2 390 339	16 335 171	33 783 873	554 963 540	54 235 408	659 317 992
	1968	33 727	93 118	2 436 780	101 328	2 664 953	18 330 487	36 978 440	804 732 722	68 264 389	928 306 038
Total	1964	50 302	174 847	3 261 342	184 819	3 671 310	15 336 000	66 519 452	479 587 802	67 427 624	628 870 878
	1965	50 016	171 521	3 510 836	182 310	3 914 683	15 848 063	64 470 778	618 959 256	83 330 981	782 609 078
	1966	50 765	175 656	3 885 606	179 776	4 291 803	16 982 979	64 510 846	834 592 864	97 311 080	1 013 397 769
	1967	51 078	180 053	4 340 006	179 793	4 750 930	18 022 605	81 078 230	1 109 927 080	109 421 157	1 318 449 072
	1968	52 424	186 410	4 873 560	187 977	5 300 371	20 065 938	94 415 474	1 609 465 444	134 651 762	1 858 598 618
<i>Prozentuale Verteilung</i>											
Gutschriften	1964	1.03	4.91	89.41	4.65	100	0.42	12.72	76.24	10.62	100
	1965	0.95	4.51	90.24	4.30	100	0.36	10.03	79.08	10.53	100
	1966	0.87	4.21	91.01	3.91	100	0.29	7.78	82.36	9.57	100
	1967	0.82	3.74	91.93	3.51	100	0.25	7.18	84.20	8.37	100
	1968	0.71	3.54	92.46	3.29	100	0.19	6.17	86.50	7.14	100
Belastungen	1964	1.71	4.61	88.27	5.41	100	4.45	8.43	76.29	10.83	100
	1965	1.60	4.26	89.13	5.01	100	3.69	6.44	79.10	10.77	100
	1966	1.49	3.98	90.06	4.47	100	3.06	4.95	82.35	9.64	100
	1967	1.33	3.84	90.78	4.05	100	2.48	5.12	84.17	8.23	100
	1968	1.27	3.49	91.44	3.80	100	1.98	3.98	86.69	7.35	100
Total	1964	1.37	4.76	88.83	5.04	100	2.44	10.58	76.26	10.72	100
	1965	1.28	4.38	89.68	4.66	100	2.02	8.24	79.09	10.65	100
	1966	1.18	4.09	90.54	4.19	100	1.67	6.37	82.36	9.60	100
	1967	1.08	3.79	91.35	3.78	100	1.37	6.15	84.18	8.30	100
	1968	0.99	3.51	91.95	3.55	100	1.08	5.08	86.60	7.24	100

¹ Mit Einschluss des Bankenclearing.

Geschäftsverkehr der einzelnen Bankstellen¹

Beilage Nr. 4

Jahr	Aarau	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Lugano	Luzern	Neuenburg	St. Gallen	Zürich	Total
<i>In 1000 Franken</i>											
Kassenumsatz											
1964	1 393 643	3 774 964	17 518 091 ²	3 897 199	4 187 699	1 662 319	1 525 309	1 032 367	2 292 324	11 100 396	48 384 311 ²
1965	1 447 146	3 955 326	16 386 525 ²	3 929 163	3 957 380	1 746 834	1 603 509	1 114 522	2 423 873	11 365 508	47 929 786 ²
1966	1 687 043	4 330 273	18 145 147 ²	4 256 644	4 115 651	1 757 022	1 744 751	1 320 115	2 646 270	11 959 946	51 962 862 ²
1967	1 887 470	4 659 851	20 085 069 ²	4 198 822	4 620 864	1 890 965	1 845 550	1 434 089	2 825 660	12 765 403	56 213 743 ²
1968	2 085 924	5 375 353	20 901 945 ²	4 457 674	5 132 418	2 269 244	1 916 792	1 495 905	3 247 864	14 825 503	61 708 622 ²
Devisenverkehr											
1964	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47 793 962	47 793 962
1965	—	—	—	—	—	—	—	—	—	53 340 548	53 340 548
1966	—	—	—	—	—	—	—	—	—	47 396 096	47 396 096
1967	—	—	—	—	—	—	—	—	—	67 305 048	67 305 048
1968	—	—	—	—	—	—	—	—	—	99 530 601	99 530 601
Diskontierungen von Schweizerwecheln, Schatzanweisungen des Bundes und Obligationen											
1964	22 517	33 470	117 029	16 508	15 884	3 865	83 800	24 413	46 280	343 673	707 439
1965	19 065	30 561	91 566	11 281	18 285	4 396	85 818	24 345	56 169	409 049	750 535
1966	22 193	38 074	92 608	16 678	31 179	5 460	91 553	26 050	52 667	432 252	808 714
1967	37 752	25 874	57 553	6 944	26 868	21 123	84 064	24 861	47 833	348 250	681 122
1968	35 447	28 838	52 213	5 442	28 090	27 621	76 889	26 332	55 889	947 572	1 284 333
Neue Lombardvorschüsse											
1964	26 001	9 047	234 582	51 467	60 498	5 663	118 359	18 144	99 137	21 080	643 978
1965	15 574	12 294	184 869	34 363	51 636	1 564	98 400	32 567	131 163	20 113	582 543
1966	29 692	23 366	275 229	70 096	71 304	7 614	155 205	38 797	169 274	78 208	918 785
1967	24 690	7 824	247 478	53 720	108 953	9 424	141 335	9 972	103 156	53 097	759 649
1968	29 873	17 052	241 115	46 795	78 319	5 476	114 115	15 671	157 332	220 670	926 418
Verkehr mit den Korrespondenten im Inland											
1964	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17 333 525	17 333 525
1965	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18 429 813	18 429 813
1966	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19 678 154	19 678 154
1967	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20 524 424	20 524 424
1968	—	—	—	—	—	—	—	—	—	22 274 480	22 274 480
Verkehr mit den Korrespondenten im Ausland											
1964	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8 593 576	8 593 576
1965	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 440 573	5 440 573
1966	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 272 003	5 272 003
1967	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9 149 887	9 149 887
1968	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5 046 031	5 046 031

¹ Der Verkehr der Agenturen ist in den Verkehrszahlen der vorgesetzten Bankstelle enthalten.

² Einschliesslich Gold im Ausland.

Jahr	Aarau	Basel	Bern	Genf	Lausanne	Lugano	Luzern	Neuenburg	St. Gallen	Zürich	Total
<i>In 1000 Franken</i>											
Inkassoverkehr (Einreichungen)											
1964	1 468	11 287	715 327	33 271	17 174	120	8 728	6 548	3 518	99 747	897 188
1965	1 137	31 392	798 009	24 669	18 444	54	8 715	10 094	3 101	89 848	985 463
1966	1 740	17 293	911 757	18 528	24 766	31	8 497	9 687	2 073	85 738	1 080 110
1967	1 224	10 645	1 080 046	19 838	23 360	6 169	4 330	8 636	2 951	123 579	1 280 778
1968	1 742	9 527	1 108 164	31 618	22 563	4 923	3 812	10 602	3 674	183 477	1 380 102
Giroverkehr											
1964	3 182 911	25 603 742	15 702 320	22 232 209	8 527 612	1 945 245	3 567 694	2 092 876	5 721 136	540 295 133	628 870 878
1965	3 351 165	31 087 674	17 346 015	23 282 154	8 813 149	2 057 548	3 610 835	2 428 715	6 064 227	684 567 596	782 609 078
1966	3 407 863	38 829 405	19 730 183	21 959 414	9 839 275	2 163 506	4 288 043	2 601 002	6 723 230	903 855 847	1 013 397 768
1967	3 362 918	40 833 925	23 507 049	26 220 669	9 980 486	2 391 188	4 150 136	2 539 302	6 951 697	1 198 511 702	1 318 449 072
1968	3 461 814	53 243 503	25 894 224	34 069 795	11 618 072	3 402 395	4 388 856	2 657 494	7 594 026	1 712 268 439	1 858 598 618
Verkehr mit den Bundesverwaltungen											
1964	—	—	67 257 281	—	—	—	—	—	—	—	67 257 281
1965	—	—	71 030 049	—	—	—	—	—	—	—	71 030 049
1966	—	—	78 449 841	—	—	—	—	—	—	—	78 449 841
1967	—	—	82 948 824	—	—	—	—	—	—	—	82 948 824
1968	—	—	89 875 687	—	—	—	—	—	—	—	89 875 687
Verkehr mit Deponenten											
1964	5 985	37 949	82 289	23 851	8 962	5 432	8 321	7 971	5 786	576 023	762 569
1965	6 266	21 688	103 310	27 086	7 075	4 544	6 746	9 003	5 068	669 191	859 977
1966	6 976	25 660	81 781	25 658	7 385	4 579	7 443	10 732	3 508	3 420 039	3 593 761
1967	8 671	23 868	111 481	35 730	11 648	4 130	6 698	10 126	4 309	3 197 645	3 414 306
1968	6 146	37 770	130 407	30 104	11 005	1 711	7 231	13 543	3 486	6 253 815	6 495 218
Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)											
1964	11 199 806	52 691 471	223 843 205	39 084 892	26 602 778	7 464 233	12 216 298	6 630 124	19 785 813	732 211 261	1 131 729 881
1965	11 792 825	63 206 879	236 299 312	40 779 219	26 210 181	7 743 606	13 016 416	7 592 592	21 368 598	903 100 234	1 331 109 862
1966	12 540 489	77 620 186	261 385 995	40 804 795	29 431 966	8 160 323	15 012 798	8 225 913	23 184 512	1 131 839 679	1 608 206 656
1967	13 049 491	80 601 059	278 088 455	45 987 719	30 099 210	8 717 574	15 237 205	8 352 997	24 375 837	1 458 526 002	1 963 035 549
1968	14 623 361	103 382 249	298 951 649	56 823 006	35 129 482	11 491 502	16 107 685	8 187 336	28 299 491	2 030 109 042	2 603 104 803
Umsatz der Abrechnungsstellen											
1964	—	3 131 453	374 441	3 889 284	804 049	—	—	73 052 ³	101 405	1 827 361	10 201 045
1965	—	3 236 475	398 446	3 940 764	778 817	—	—	69 937 ³	102 204	1 839 914	10 366 557
1966	—	4 965 513	485 803	3 837 990	818 351	—	—	85 201 ³	105 065	1 935 620	12 233 543
1967	—	4 622 678	499 339	5 372 152	838 792	—	—	85 662 ³	110 270	2 046 150	13 575 043
1968	—	7 086 736	510 001	7 191 969	1 137 813	—	—	89 644 ³	113 284	2 543 924	18 673 371

³ Einschliesslich Umsatz der Abrechnungsstelle in La Chaux-de-Fonds.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 5, Tabelle I

Bestände am Jahresende

Jahr	Metallbestand			Devisen ²	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse
	Gold ¹	Silber	Total		Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ³	Diskontierte Obligationen	Total		
<i>In Millionen Franken</i>										
1907	75,5	5,8	81,3	27,7	77,9	—	—	77,9	—	2,7
1908	117,5	7,2	124,7	44,7	63,7	—	—	63,7	—	10,4
1909	124,0	14,4	138,4	48,2	111,0	—	—	111,0	—	14,7
1910	155,6	10,2	165,8	59,1	99,8	—	—	99,8	—	18,0
1911	160,7	9,2	169,9	24,6	130,4	—	7,0	137,4	—	16,8
1912	173,1	12,8	185,9	26,7	146,2	—	5,1	151,3	—	25,5
1913	170,0	20,8	190,8	42,3	100,0	—	9,4	109,4	—	28,4
1914	237,9	24,9	262,8	34,4	114,7	58,0	8,3	181,0	—	19,6
1915	250,1	51,3	301,4	49,6	63,9	75,0	3,5	142,4	—	21,0
1916	345,0	52,5	397,5	63,3	56,3	123,0	4,5	183,8	—	22,1
1917	357,7	51,8	409,5	47,8	88,4	233,0	6,0	327,4	—	45,2
1918	414,7	58,4	473,1	70,6	249,8	312,0	6,5	568,3	—	40,9
1919	517,0	73,6	590,6	94,8	184,1	301,0	2,0	487,1	—	32,7
1920	542,9	121,6	664,5	25,4	167,1	280,0	5,8	452,9	—	36,6
1921	549,5	108,3	657,8	58,8	44,8	287,0	2,9	334,7	—	76,2
1922	535,1	103,9	639,0	74,1	33,9	325,0	2,0	360,9	—	62,2
1923	537,2	90,7	627,9	94,4	102,5	155,0	4,5	262,0	—	85,3
1924	505,9	87,2	593,1	193,3	81,2	78,0	5,7	164,9	—	70,8
1925	467,1	89,3	556,4	222,5	70,2	68,5	3,2	141,9	—	72,4
1926	471,8	72,8	544,6	222,0	91,7	83,1	5,5	180,3	—	60,6
1927	517,0	62,9	579,9	197,9	128,8	71,7	6,2	206,7	—	78,5
1928	533,0	45,8	578,8	258,6	157,1	53,9	6,8	217,8	—	82,9
1929	595,0	23,5	618,5	362,3	95,2	39,1	15,1	149,4	—	75,2
1930	712,9	—	712,9	353,4	86,7	—	8,0	94,7	—	53,4
1931	2 346,9	—	2 346,9	107,0	27,7	0,4	6,5	34,6	—	64,7
1932	2 471,2	—	2 471,2	88,6	12,8	0,2	6,7	19,7	4,6	48,7
1933	1 998,1	—	1 998,1	17,7	19,0	15,2	16,7	50,9	58,3	94,7
1934	1 909,8	—	1 909,8	7,5	13,4	4,0	8,9	26,3	5,9	118,0
1935	1 388,8	—	1 388,8	8,3	25,3	114,6	12,6	152,5	85,5	142,2
1936	2 709,0	—	2 709,0	57,6	7,7	9,5	2,3	19,5	28,5	46,8
1937	2 679,2	—	2 679,2	513,1	5,3	1,7	1,9	8,9	10,3	34,8
1938	2 889,6	—	2 889,6	279,7	52,5	101,5	1,1	155,1	3,8	21,9
1939	2 261,6	—	2 261,6	361,7	46,3	46,4	5,7	98,4	6,8	89,6
1940	2 173,2	—	2 173,2	996,8	63,2	149,3	2,1	214,6	2,8	45,4

¹ Bewertung vom 20. Juni 1907 bis 10. November 1921: 1 kg Feingold = Fr. 3440; vom 11. November 1921 bis 6. Oktober 1936: 1 kg = Fr. 3435,555; vom 7. Oktober 1936 bis 30. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4639,13; seit 31. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4B69,80.

² 1907 und 1908 nur Auslandswchsel; von 1909 bis 1927 nur Auslandswchsel und Sichtguthaben im Ausland.

³ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

Eigene Wert-schriften	Guthaben bei Kor-respon-denten im Inland ⁴	Noten-umlauf	Deckung des Noten-umlaufs durch den Metall-bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Bilanz-summe	Jahr
				<i>Girorech-nungen von Banken, Handel und Industrie</i>	<i>Rech-nungen der Bundesver-waltungen</i>	<i>Rech-nungen der Depo-nenten</i>	<i>Konti Zahlungs-u. Clearing-abkommen</i>	<i>Total</i>		
<i>In Millionen Franken</i>			<i>%</i>	<i>In Millionen Franken</i>						
3,8	10,5	159,2	51.09	19,5	5,7	0,6	—	25,8	243,8	1907
6,2	8,2	204,1	61.11	21,1	13,1	0,8	—	35,0	292,9	1908
10,8	28,4	261,5	52.91	29,4	39,6	1,4	—	70,4	386,0	1909
10,0	35,0	297,2	55.77	22,4	45,7	0,7	—	68,8	421,0	1910
16,5	18,9	314,8	53.96	24,6	23,8	0,9	—	49,3	419,3	1911
7,1	19,2	339,2	54.80	28,9	25,4	1,2	—	55,5	451,0	1912
6,4	16,1	313,8	60.79	27,4	30,6	1,0	—	59,0	429,9	1913
9,3	14,7	455,9	57.65	54,6	8,6	7,6	—	70,8	589,2	1914
8,1	29,0	465,6	64.72	61,0	14,3	7,4	—	82,7	608,7	1915
6,8	18,2	536,5	74.07	89,8	12,7	27,3	—	129,8	735,1	1916
7,3	18,0	702,3	58.30	89,0	42,6	7,1	—	138,7	908,7	1917
8,6	28,1	975,7	48.49	79,1	20,1	88,4	—	187,6	1 239,0	1918
6,6	36,1	1 036,1	57.00	121,0	18,7	41,5	—	181,2	1 298,2	1919
5,9	35,0	1 023,7	64.90	146,4	11,4	5,4	—	163,2	1 273,1	1920
6,5	27,2	1 009,3	65.17	116,5	7,7	4,4	—	128,6	1 224,7	1921
9,8	18,9	976,4	65.44	147,4	11,0	5,7	—	164,1	1 224,3	1922
8,6	30,0	982,0	63.94	80,0	13,0	10,4	—	103,4	1 166,4	1923
6,8	38,6	913,9	64.89	102,8	8,3	6,0	—	117,1	1 107,5	1924
6,6	34,4	875,8	63.53	113,2	4,7	6,3	—	124,2	1 075,1	1925
6,4	33,6	873,9	62.31	127,0	4,3	5,5	—	136,8	1 087,6	1926
9,2	34,6	917,4	63.20	123,8	18,4	9,2	—	151,4	1 147,5	1927
19,0	40,6	952,6	60.75	141,5	54,0	6,6	—	202,1	1 236,4	1928
5,4	40,2	999,2	61.90	171,7	28,5	7,1	—	207,3	1 288,9	1929
104,0	32,7	1 062,1	67.12	213,2	28,0	7,9	—	249,1	1 391,9	1930
37,9	25,6	1 609,4	145.82	883,2	40,1	44,9	—	968,2	2 659,5	1931
50,8	15,7	1 612,6	153.24	922,3	51,0	67,9	—	1 041,2	2 743,5	1932
27,7	19,9	1 509,5	132.36	629,6	9,4	51,4	—	690,4	2 309,7	1933
52,5	19,2	1 440,3	132.60	539,4	39,6	45,9	—	624,9	2 179,2	1934
44,9	26,7	1 366,3	101.65	357,9	7,6	24,8	16,4	406,7	1 887,4	1935
15,9	14,2	1 482,2	182.76	1 093,9	183,4	29,9	62,9	1 370,1	3 505,9	1936
30,7	11,4	1 530,5	175.05	1 602,6	12,5	35,4	71,9	1 722,4	3 902,3	1937
90,9	9,6	1 751,0	165.02	1 592,6	8,2	31,2	39,9	1 671,9	4 081,0	1938
80,9	16,6	2 049,9	110.33	686,7	10,9	32,0	67,8	797,4	3 501,8	1939
87,8	20,0	2 273,4	95.59	1 018,6	6,8	41,6	119,9	1 186,9	3 727,7	1940

⁴ 1907 und 1908 einschliesslich Auslandskorrespondenten und Sichtguthaben im Ausland; von 1909 bis 1927 mit Einschluss der Auslandguthaben unter Weglassung der Sichtguthaben im Ausland.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 5, Tabelle I (Forts.)

Bestände am Jahresende

Jahr	Goldbestand ¹	Devisen	Kursgesicherte Guthaben bei ausländischen Notenbanken	Inlandportefeuille			Total	Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken	Eigene Wertpapiere	Guthaben bei Korrespondenten	
				Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²	Diskontierte Obligationen						im Inland	im Ausland
<i>In Millionen Franken</i>													
1941	2 878,5	679,0	—	32,5	4,4	2,3	39,2	12,8	25,0	—	69,6	15,8	—
1942	3 565,2	61,8	—	123,8	85,3	0,8	209,9	12,0	25,2	—	63,9	16,3	—
1943	4 172,7	83,0	—	92,0	0,4	0,7	93,1	0,3	18,4	—	64,5	14,2	—
1944	4 554,1	102,4	—	69,5	—	1,6	71,1	—	27,6	—	64,2	13,9	—
1945	4 777,0	162,5	—	78,1	39,9	5,9	123,9	6,7	67,6	—	62,1	27,5	—
1946	4 949,9	158,0	—	46,1	14,5	13,9	74,5	9,6	164,2	—	52,7	51,7	—
1947	5 256,2	102,5	—	116,3	20,1	18,8	155,2	13,6	246,6	—	48,4	68,6	—
1948	5 821,0	236,6	—	115,2	1,5	8,8	125,5	1,6	79,0	—	47,4	50,4	—
1949	6 240,2	260,0	—	81,4	2,0	0,7	84,1	0,1	31,0	—	39,7	26,7	—
1950	5 975,8	256,4	—	165,3	31,5	4,4	201,2	—	85,0	—	40,9	60,3	—
1951	6 003,8	227,6	—	233,8	4,6	12,7	251,1	1,4	58,9	—	39,9	53,0	—
1952	5 876,1	490,9	—	243,9	—	1,8	245,7	—	64,0	—	40,1	37,5	—
1953	6 086,1	522,2	—	190,8	14,7	1,1	206,6	—	65,2	—	35,5	34,9	—
1954	6 323,4	649,8	—	91,6	2,0	9,6	103,2	—	116,6	—	46,5	41,3	—
1955	6 686,3	624,1	—	129,2	2,0	23,0	154,2	—	131,8	—	45,9	47,8	—
1956	7 102,9	627,0	—	170,9	21,5	80,0	272,4	—	186,9	—	45,7	56,1	—
1957	7 383,5	781,4	—	193,9	—	31,9	225,8	—	52,0	—	45,3	41,4	—
1958	8 329,3	560,9	—	56,0	—	2,3	58,3	—	21,8	—	44,6	33,0	—
1959	8 369,3	534,6	—	50,6	—	7,3	57,9	—	39,7	—	44,2	45,2	6,4
1960	9 454,7	583,0	—	49,2	—	4,3	53,5	—	37,8	—	43,3	45,1	6,8
1961	11 078,0	842,4	—	62,2	—	7,3	69,5	—	66,3	—	42,9	58,3	6,8
1962	11 543,3	867,4	—	67,4	45,0	11,2	123,6	—	71,7	207,0	42,8	77,8	10,2
1963	12 203,8	1 083,3	—	87,5	35,0	19,7	142,2	—	97,5	207,0	51,7	61,5	9,4
1964	11 793,6	1 679,1	431,3	109,8	24,8	28,0	162,6	—	77,7	432,0	65,3	75,3	17,0
1965	13 164,2	852,6	428,5	98,1	9,5	31,5	139,1	—	38,9	432,0	92,9	66,1	14,5
1966	12 297,4	2 060,3	518,9	97,8	16,7	43,3	157,8	—	109,3	432,0	181,7	81,5	15,4
1967	13 369,7	1 986,7	173,9	99,4	—	43,1	142,5	—	86,6	432,0	181,9	72,4	14,6
1968	11 355,8	5 601,2	108,3	256,2	6,8	25,5	288,5	—	160,1	1 442,0	180,6	99,7	21,7

¹ Bewertung seit 31. Mai 1940: 1 kg Feingold = Fr. 4869.80.

² Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

Noten- umlauf	Deckung des Noten- umlaufs durch den Gold- bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Girorech- nungen von Banken mit vorüber- gehender zeitlicher Bindung	Verbind- lich- keiten auf Zeit	Pflicht- depots gemäss Bundes- beschluss vom 13. März 1964	Bilanz- summe	Jahr
		Girorech- nungen von Banken, Handel u. Industrie	Rechnun- gen der Bundes- verwal- tungen	Rechnun- gen der Depo- nenten	Konti Zahlungs- und Clearing- abkom- men	Guthaben auslan- discher Banken ³	Total					
<i>In Millionen Franken</i>	%	<i>In Millionen Franken</i>										
2 336,7	123.18	896,9	194,7	44,6	108,9	—	1 245,1	—	—	—	3 880,6	1941
2 637,3	135.18	1 147,8	13,6	42,0	95,7	—	1 299,1	—	—	—	4 226,4	1942
3 048,5	136.87	1 065,3	9,2	47,1	126,7	—	1 248,3	—	—	—	4 597,2	1943
3 548,0	128.35	835,5	27,7	50,9	109,7	—	1 023,8	—	—	—	4 868,6	1944
3 835,2	124.55	843,2	6,6	106,8	162,0	—	1 118,6	—	—	—	5 266,5	1945
4 090,7	121.00	662,3	194,6	84,2	223,5	—	1 164,6	—	—	—	5 499,8	1946
4 383,4	119.91	722,3	127,2	59,4	263,4	—	1 172,3	—	—	—	5 932,1	1947
4 594,3	126.70	960,0	11,2	49,9	221,7	—	1 242,8	—	337,1	—	6 400,6	1948
4 566,3	136.66	1 334,8	105,8	40,9	249,6	—	1 731,1	—	200,0	—	6 721,9	1949
4 663,8	128.13	1 042,1	485,6	75,2	170,2	—	1 773,1	—	—	—	6 658,6	1950
4 927,3	121.85	1 101,9	225,4	41,6	159,9	—	1 528,8	—	—	—	6 675,9	1951
5 121,9	114.73	1 209,2	78,9	39,0	126,8	—	1 453,9	—	—	—	6 796,8	1952
5 228,5	116.40	1 147,3	157,3	64,8	171,5	—	1 540,9	—	—	—	6 996,8	1953
5 411,6	116.85	1 255,2	216,1	49,4	171,5	—	1 692,2	—	—	—	7 327,2	1954
5 515,5	121.23	1 623,8	268,9	15,6	82,1	—	1 990,4	—	—	—	7 738,2	1955
5 809,7	122.26	1 570,6	609,2	17,4	89,2	—	2 286,4	—	—	—	8 340,1	1956
5 931,2	124.49	1 831,1	471,0	16,2	74,7	—	2 393,0	—	—	—	8 574,6	1957
6 109,3	136.34	2 541,2	105,7	18,2	61,3	—	2 726,4	—	—	—	9 098,9	1958
6 343,9	131.93	2 330,7	165,6	16,9	22,1	—	2 535,3	—	—	—	9 141,5	1959
6 854,1	137.94	2 288,4	416,6	18,1	33,3	—	2 756,4	—	390,3	—	10 266,2	1960
7 656,0	144.70	1 996,1	662,5	19,7	37,2	231,5	2 947,0	1 035,0	293,5	—	12 206,6	1961
8 506,1	135.71	2 294,2	355,9	21,6	30,0	98,0	2 799,7	1 035,0	373,0	—	12 994,7	1962
9 035,4	135.07	2 700,0	389,4	27,3	39,3	31,8	3 187,8	1 035,0	357,3	—	13 910,2	1963
9 721,8	121.31	2 907,9	291,5	21,2	24,4	25,6	3 270,6	1 035,0	433,2	3,4	14 787,6	1964
10 042,5	131.08	3 005,0	126,2	19,0	20,9	44,3	3 215,4	1 035,0	602,0	19,9	15 287,6	1965
10 651,1	115.46	2 982,2	375,2	15,4	23,3	34,4	3 430,5	1 035,0	389,0	2,3	15 922,3	1966
11 326,8	118.04	3 810,8	230,7	20,5	29,0	53,9	4 144,9	—	550,0	—	16 519,0	1967
12 047,3	94.26	5 776,2	505,0	23,9	33,4	75,1	6 413,6	—	233,1	—	19 339,7	1968

³ Vor 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr.5, Tabelle II

Jahresdurchschnitte

Jahr	Metallbestand			Devisen ²	Inlandportefeuille			Wechsel der eidg. Darlehens-kasse	Lombard-vor-schüsse	
	Gold ¹	Silber	Total		Schweizer-wechsel ³	Schatzan-weisungen ⁴	Diskon-tierte Obli-gationen			Total
<i>In Millionen Franken</i>										
1907	52,1	6,3	58,4	19,0	36,7	—	—	36,7	—	0,6
1908	98,3	8,1	106,4	39,0	24,0	—	—	24,0	—	2,5
1909	121,5	15,2	136,7	49,6	41,7	—	—	41,7	—	4,4
1910	143,3	16,1	159,4	44,7	70,9	—	—	70,9	—	5,9
1911	158,5	14,8	173,3	56,1	60,5	—	5,6	66,1	—	7,0
1912	168,1	13,0	181,1	34,7	78,1	—	4,5	82,6	—	12,2
1913	170,5	23,1	193,6	48,7	57,9	—	2,3	60,2	—	15,7
1914	195,1	17,2	212,3	45,9	103,5	—	7,2	110,7	—	20,1
1915	241,5	47,8	289,3	35,1	108,6	—	3,5	112,1	—	16,9
1916	271,5	54,0	325,5	72,1	126,1	—	1,2	127,3	—	17,7
1917	344,6	52,7	397,3	52,7	170,6	—	0,9	171,5	—	28,3
1918	377,1	55,3	432,4	53,7	321,7	—	2,1	323,8	—	36,4
1919	451,5	64,8	516,3	62,1	418,2	—	1,5	419,7	—	38,7
1920	534,2	93,0	627,2	84,6	303,1	—	4,0	307,1	—	32,3
1921	544,2	122,7	666,9	26,5	308,5	—	1,9	310,4	—	41,9
1922	532,4	111,1	643,5	72,8	251,3	—	1,6	252,9	—	49,1
1923	531,5	100,0	631,5	79,3	254,2	—	4,4	258,6	—	49,1
1924	518,6	94,5	613,1	122,9	153,0	—	4,3	157,3	—	66,6
1925	485,7	89,4	575,1	211,8	87,3	—	2,0	89,3	—	48,6
1926	429,1	85,9	515,0	218,0	105,0	—	2,0	107,0	—	45,6
1927	450,5	69,3	519,8	205,1	131,9	—	5,1	137,0	—	48,6
1928	450,3	56,2	506,5	219,8	144,5	—	7,9	152,4	—	62,8
1929	506,6	37,0	543,6	248,6	125,7	—	8,5	134,2	—	61,3
1930	607,2	5,6	612,8	361,6	40,0	—	8,4	48,4	—	42,2
1931	1 165,0	—	1 165,0	353,7	35,3	—	5,7	41,0	—	45,2
1932	2 546,0	—	2 546,0	81,4	13,9	4,6	4,5	23,0	3,0	45,8
1933	2 119,5	—	2 119,5	21,7	10,2	4,2	5,9	20,3	19,5	53,1
1934	1 788,1	—	1 788,1	14,1	12,3	20,2	6,1	38,6	21,5	75,0
1935	1 457,1	—	1 457,1	18,7	34,0	42,8	8,5	85,3	41,3	87,6
1936	1 690,5	—	1 690,5	23,7	9,4	79,9	4,5	93,8	50,7	63,8
1937	2 640,0	—	2 640,0	191,6	6,2	2,0	3,8	12,0	14,3	32,3
1938	2 849,0	—	2 849,0	384,3	17,1	16,3	1,5	34,9	5,7	22,7
1939	2 530,2	—	2 530,2	280,3	24,3	64,8	3,0	92,1	7,8	36,4
1940	2 144,9	—	2 144,9	517,0	67,5	143,1	3,4	214,0	6,5	66,8

¹ Bewertung vom 20. Juni 1907 bis 10. November 1921: 1 kg Feingold = Fr. 3440; vom 11. November 1921 bis 6. Oktober 1936: 1 kg = Fr. 3435,555; vom 7. Oktober 1936 bis 30. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4639,13; seit 31. Mai 1940: 1 kg = Fr. 4869,80.

² 1907 und 1908 nur Auslandwechsel; von 1909 bis 1927 nur Auslandwechsel und Sichtguthaben im Ausland.

³ Bis 1931 einschliesslich Schatzanweisungen.

⁴ Vor 1932 nicht berechnet.

Eigene Wert-schriften	Guthaben bei Korre-spondenten im Inland ⁵	Notenumlauf	Deckung des Notenum-laufs durch den Metall-bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten				Total	Jahr
				<i>Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie</i>	<i>Rechnungen der Bundes-verwaltungen</i>	<i>Rechnungen der Deponenten</i>	<i>Konti Zahlungs-u. Clearing-abkommen</i>		
<i>In Millionen Franken</i>			<i>%</i>	<i>In Millionen Franken</i>					
3,2	9,6	88,9	65.74	15,3	9,4	1,0	—	25,7	1907
9,0	8,5	145,9	72.95	13,6	10,6	1,2	—	25,4	1908
8,0	6,3	191,4	71.41	17,5	18,2	1,3	—	37,0	1909
12,2	28,8	241,4	66.03	15,1	43,0	1,8	—	59,9	1910
12,5	22,4	253,6	68.35	16,3	40,8	1,6	—	58,7	1911
11,1	10,9	269,3	67.25	16,4	25,4	1,4	—	43,2	1912
9,3	11,2	272,4	71.09	15,8	28,5	0,7	—	45,0	1913
11,7	10,4	335,1	63.33	34,5	19,0	4,0	—	57,5	1914
8,9	23,6	409,9	70.57	44,0	20,4	6,3	—	70,7	1915
7,8	13,6	430,3	75.63	94,9	15,8	8,1	—	118,8	1916
7,6	13,4	535,8	74.15	80,9	19,9	10,3	—	111,1	1917
9,7	17,6	733,1	58.98	71,1	14,8	33,0	—	118,9	1918
7,7	21,4	905,8	57.00	73,9	16,7	29,0	—	119,6	1919
6,6	27,6	933,8	67.16	96,0	14,5	10,4	—	120,9	1920
5,8	20,2	925,1	72.09	95,3	12,5	4,8	—	112,6	1921
8,6	21,9	817,6	78.71	181,5	15,6	6,2	—	203,3	1922
8,9	18,4	875,0	72.17	130,0	14,0	8,6	—	152,6	1923
7,1	25,5	850,5	72.08	66,9	28,3	10,0	—	105,2	1924
7,1	21,7	797,6	72.10	98,3	11,8	6,3	—	116,4	1925
6,5	19,1	769,0	66.96	81,7	13,5	7,1	—	102,3	1926
6,5	24,6	798,8	65.06	85,4	19,2	6,3	—	110,9	1927
6,3	22,3	818,3	61.89	82,4	21,3	6,9	—	110,6	1928
3,9	24,9	855,7	63.52	89,4	15,5	7,4	—	112,3	1929
59,9	20,4	894,0	68.54	167,8	31,6	6,8	—	206,2	1930
85,8	15,1	1 141,0	102.09	483,0	25,8	19,1	—	527,9	1931
40,6	9,7	1 508,4	168.79	1 075,1	59,1	61,8	—	1 196,0	1932
61,7	12,0	1 440,1	147.17	702,7	24,8	62,6	—	790,1	1933
46,9	10,3	1 349,2	132.52	515,0	12,5	46,1	—	573,6	1934
55,7	11,2	1 283,0	113.57	349,9	14,0	29,4	5,0	398,3	1935
42,4	8,7	1 293,9	130.64	541,3	29,0	27,7	27,2	625,2	1936
17,9	6,6	1 378,4	191.51	1 305,3	86,1	28,4	69,5	1 489,3	1937
74,4	6,0	1 555,4	183.17	1 703,7	18,1	44,1	45,0	1 810,9	1938
93,2	7,5	1 802,3	140.38	1 093,2	12,0	33,1	44,4	1 182,7	1939
86,2	8,5	2 081,9	103.02	744,3	4,4	38,6	80,5	867,8	1940

⁵ 1907 und 1908 einschliesslich Auslandskorrespondenten und Sichtguthaben im Ausland; von 1909 bis 1927 mit Einschluss der Auslandguthaben unter Weglassung der Sichtguthaben im Ausland.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr.5, Tabelle II (Forts.)

Jahresdurchschnitte

Jahr	Goldbestand ¹	Devisen	Inlandportefeuille			Total	Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Eigene Wertpapiere	Guthaben bei Korrespondenten	
			Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²	Diskontierte Obligationen					im Inland	im Ausland
<i>In Millionen Franken</i>											
1941	2 347,3	1 153,5	63,8	63,9	1,6	129,3	9,3	25,4	73,5	7,5	—
1942	3 390,6	175,1	76,2	25,4	1,2	102,8	6,8	19,4	66,3	7,1	—
1943	3 774,4	65,6	87,1	61,2	0,7	149,0	0,4	16,7	64,8	7,4	—
1944	4 384,3	90,1	76,2	20,0	1,0	97,2	1,4	17,0	64,3	7,6	—
1945	4 691,1	117,3	68,1	112,8	1,1	182,0	0,3	19,6	63,8	9,3	—
1946	4 818,0	171,7	48,1	6,4	2,8	57,3	1,0	36,3	58,8	13,3	—
1947	5 129,9	113,6	36,2	8,0	7,7	51,9	3,9	59,7	50,8	16,8	—
1948	5 662,7	135,7	118,7	1,6	11,3	131,6	4,5	59,5	47,7	16,8	—
1949	6 046,1	305,2	102,4	0,3	2,2	104,9	0,2	27,6	41,7	9,7	—
1950	6 179,4	297,9	86,8	0,7	1,2	88,7	0,0	23,3	41,2	11,3	—
1951	6 000,9	225,5	150,0	2,6	2,3	154,9	0,1	30,9	40,1	13,8	—
1952	5 847,5	337,1	201,2	0,8	3,4	205,4	0,3	30,0	40,1	13,0	—
1953	5 998,7	511,4	191,6	0,7	0,9	193,2	—	24,7	35,8	13,0	—
1954	6 176,7	517,5	111,9	0,5	1,5	113,9	—	26,1	43,7	14,5	—
1955	6 304,5	597,9	88,9	1,2	8,6	98,7	—	44,7	46,1	17,1	—
1956	6 794,6	585,8	100,5	1,6	15,8	117,9	—	47,7	45,4	19,8	—
1957	7 096,4	538,3	128,5	0,5	15,8	144,8	—	31,6	45,4	16,3	—
1958	7 957,8	539,2	108,6	0,1	2,6	111,3	—	11,4	44,9	11,2	—
1959	8 285,9	444,1	46,6	—	0,7	47,3	—	8,5	44,3	10,5	4,9
1960	8 151,0	522,4	48,2	0,0	1,7	49,9	—	15,6	43,6	13,4	7,1
1961	10 049,6	1 121,6	48,0	—	1,5	49,5	—	13,8	43,0	13,0	8,1
1962	10 613,6	827,3	53,6	1,1	5,3	60,0	—	16,1	42,8	16,1	10,4
1963	10 753,3	844,1	59,6	2,7	4,5	66,8	—	17,5	91,9	16,3	11,5
1964	11 080,6	1 232,4	77,0	5,2	9,8	92,0	—	29,4	58,3	20,0	22,5
1965	11 672,4	971,7	77,5	5,6	10,0	93,1	—	20,9	78,0	22,1	21,5
1966	11 621,5	983,4	86,5	4,7	18,6	109,8	—	32,6	144,1	26,4	18,3
1967	11 982,3	1 351,8	92,5	4,7	15,0	112,2	—	30,5	185,1	26,9	20,9
1968	11 586,5	1 602,6	104,4	3,3	6,5	114,2	—	27,3	181,0	26,8	21,5

¹ Bewertung seit 31. Mai 1940: 1 kg Feingold = Fr.4869.80.

² Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

Notenumlauf	Deckung des Notenumlaufs durch den Goldbestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Guthaben ausländischer Banken ³	Tota	Girorechnungen von Banken mit vorübergehender zeitlicher Bindung	Verbindlichkeiten auf Zeit	Jahr
		Girorechnungen von Banken, Handel u. Industrie	Rechnungen der Bundesverwaltungen	Rechnungen der Deponenten	Konti Zahlungs- u. Clearingabkommen						
In Millionen Franken	%	In Millionen Franken									
2 107,8	111.36	1 309,1	60,8	50,5	102,0	—	1 522,4	—	—	1941	
2 251,4	150.60	1 197,1	86,7	52,5	99,4	—	1 435,7	—	—	1942	
2 646,5	142.62	1 195,9	54,3	45,4	127,1	—	1 422,7	—	—	1943	
3 025,1	144.93	1 097,2	146,1	60,2	129,8	—	1 433,3	—	—	1944	
3 517,6	133.36	1 017,8	42,7	83,0	137,1	—	1 280,6	—	—	1945	
3 633,2	132.61	813,8	131,9	90,8	189,9	—	1 226,4	—	—	1946	
3 940,6	130.18	734,0	147,2	74,4	242,9	—	1 198,5	—	—	1947	
4 167,9	135.86	935,0	64,5	51,6	256,6	—	1 307,7	—	401,9	1948	
4 259,9	141.93	1 373,0	149,1	54,2	240,9	—	1 817,2	—	269,3	1949	
4 239,6	145.75	1 512,1	305,5	58,6	242,4	—	2 118,6	—	176,0 ⁴	1950	
4 419,5	135.78	1 269,2	384,0	51,3	153,0	—	1 857,5	—	—	1951	
4 596,2	127.22	1 176,7	319,5	41,7	154,2	—	1 692,1	—	—	1952	
4 783,6	125.40	1 373,9	203,8	99,8	127,7	—	1 805,2	—	—	1953	
4 904,0	125.95	1 354,5	229,1	54,4	164,2	—	1 802,2	—	—	1954	
5 056,8	124.67	1 397,2	303,2	30,3	142,9	—	1 873,6	—	—	1955	
5 189,7	130.92	1 672,0	458,7	17,7	74,3	—	2 222,7	—	—	1956	
5 467,2	129.80	1 788,4	283,8	17,6	106,4	—	2 196,2	—	—	1957	
5 501,2	144.66	2 600,3	270,6	17,9	66,5	—	2 955,3	—	—	1958	
5 705,3	145.23	2 610,3	264,9	17,8	36,4	—	2 929,4	—	—	1959	
6 042,4	134.90	2 112,3	289,0	17,6	23,8	—	2 442,7	—	399,2 ⁵	1960	
6 672,9	150.60	2 346,5	684,9	21,2	29,8	222,6 ⁶	3 198,4	1 035,0 ⁷	397,8	1961	
7 358,9	144.23	2 034,2	326,4	21,7	23,6	187,6	2 593,5	1 035,0	399,4	1962	
8 002,8	134.37	2 046,3	195,1	26,0	21,6	59,7	2 348,7	1 035,0	399,1	1963	
8 638,6	128.27	2 059,2	283,1	24,5	27,0	32,2	2 426,0	1 035,0	483,3	1964	
9 179,1	127.16	2 173,9	232,2	26,9	18,8	44,5	2 496,3	1 035,0	597,5	1965	
9 566,5	121.48	1 997,2	287,5	19,8	15,8	37,8	2 358,1	1 035,0	587,0	1966	
10 013,4	119.66	2 366,4	234,0	18,1	19,7	57,3	2 695,5	805,0	588,3	1967	
10 577,5	109.54	3 006,2	250,0	18,6	28,8	46,9	3 350,5	—	476,6	1968	

³ Vor 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.

⁴ Durchschnitt Januar bis Juli.

⁵ Durchschnitt Oktober bis Dezember.

⁶ Durchschnitt Ende Juni bis Dezember.

⁷ Durchschnitt Ende März bis Dezember.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 5, Tabelle III

Umsätze

Jahr	Kassen- umsatz ¹	Devisen- verkehr ²	Diskontierungen				Total	Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vorschüsse	Verkehr in eigenen Wert- schriften
			Inlandportefeuille		Schatzan- weisungen ³	Oblig- ationen				
In Millionen Franken		Tage		In Millionen Franken						
			Betrag	Durch- schnittl. Laufzeit						
1907	1 819,5	124,4	317,7	28	—	—	317,7	—	13,4	6,4
1908	2 567,9	310,2	465,2	18	—	—	465,2	—	85,5	37,5
1909	2 890,5	337,4	569,4	29	—	—	569,4	—	113,6	44,0
1910	3 265,4	381,7	965,8	26	—	—	965,8	—	126,7	40,4
1911	3 548,0	364,8	903,0	26	—	12,4	915,4	—	127,9	46,5
1912	3 920,1	424,8	1 082,0	26	—	28,3	1 110,3	—	174,4	16,0
1913	3 798,2	472,3	956,9	21	—	27,3	984,2	—	215,1	12,4
1914	4 434,9	350,5	907,5	38	124,0	48,2	1 079,7	—	152,7	15,6
1915	3 649,1	430,6	484,1	33	444,0	22,5	950,6	—	94,1	5,6
1916	4 250,7	662,6	237,2	29	954,0	10,5	1 201,7	—	90,5	8,3
1917	4 479,0	513,8	336,9	28	1 392,0	12,5	1 741,4	—	175,4	6,8
1918	6 219,3	484,5	1 158,8	37	1 962,0	21,6	3 142,4	—	300,4	4,4
1919	5 690,1	740,2	1 384,0	32	2 365,0	11,4	3 760,4	—	275,8	2,9
1920	6 181,3	558,7	1 373,1	38	1 949,0	33,9	3 356,0	—	315,3	6,7
1921	5 964,1	428,8	516,1	35	1 884,0	15,2	2 415,3	—	262,7	6,5
1922	5 997,1	579,4	160,3	47	1 083,0	10,9	1 254,2	—	226,1	7,4
1923	5 818,9	584,2	476,2	35	1 419,0	27,7	1 922,9	—	341,9	4,5
1924	5 684,6	716,8	741,4	38	181,0	30,4	952,8	—	576,8	4,0
1925	6 314,6	1 098,6	292,1	35	174,4	11,8	478,3	—	317,4	27,3
1926	6 520,5	1 125,9	451,7	26	153,0	15,2	619,9	—	350,6	7,3
1927	7 056,5	1 199,3	828,7	28	93,0	30,5	952,2	—	470,4	12,8
1928	6 801,1	11 228,6	1 093,0	28	14,0	49,9	1 156,9	—	681,7	72,5
1929	6 689,1	10 499,3	957,9	29	24,0	56,4	1 038,3	—	712,7	37,5
1930	6 948,2	9 369,0	294,2	35	62,0	43,8	400,0	—	449,6	309,0
1931	9 386,6	15 370,5	229,7	41	193,0	33,4	456,1	—	406,7	449,9
1932	6 566,4	3 747,8	79,4	57	62,9	29,1	171,4	7,5	282,8	58,8
1933	6 171,0	5 310,7	73,7	52	139,7	43,7	257,1	143,8	394,2	88,0
1934	5 248,5	3 025,3	79,9	53	573,5	33,1	686,5	88,5	437,9	52,5
1935	5 706,7	4 566,6	245,7	52	431,6	57,5	734,8	272,8	664,9	119,9
1936	6 899,0	2 313,5	53,3	54	650,0	22,0	725,3	234,0	343,7	215,4
1937	6 030,0	7 893,4	39,0	55	10,6	21,0	70,6	63,0	165,9	31,5
1938	8 435,8	4 736,6	122,6	74	295,2	9,3	427,1	28,6	107,5	102,4
1939	9 870,8	5 348,1	106,3	75	449,8	19,7	575,8	41,4	277,2	118,5
1940	9 291,5	6 105,8	324,2	79	1 281,4	20,4	1 626,0	46,4	404,0	22,0

¹ Seit 1938 einschliesslich Gold im Ausland.

² 1907 bis 1927 ist nur der Betrag der diskontierten und angekauften Auslandswchsel angegeben; der Verkehr der Auslandskorrespondenten ist bis 1927 im Umsatz der Korrespondentenrechnungen im Inland inbegriffen.

³ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

Verkehr mit den Korrespondenten im Inland ⁴	Inkassoverkehr Einreichungen	Giroverkehr	Verkehr zwischen Nationalbankkunden und Postcheckkonti	Verkehr mit den Bundesverwaltungen	Verkehr mit Deponenten	Verkehr der Konti Zahlungsverhalten und Clearingabkommen	Auf die Bank ausgestellte Checks u. Generalmandate ⁵	Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)	Umsatz der Abrechnungsstellen	Jahr
1 143,2	64,5	5 019,5	—	367,0	5,5	—	—	15 876,2	2 133,7	1907
1 839,4	131,0	10 610,1	37,9	1 066,5	12,0	—	22,9	31 056,2	2 997,4	1908
1 819,1	286,5	13 683,3	178,1	1 411,8	23,5	—	48,6	37 578,2	3 483,7	1909
2 205,8	360,9	16 616,6	297,6	1 663,9	42,8	—	48,6	44 845,6	4 036,0	1910
2 553,6	399,4	17 480,0	364,8	1 997,1	45,4	—	34,5	47 493,6	4 305,0	1911
2 852,8	454,8	19 641,0	454,8	2 115,1	57,7	—	34,7	55 760,6	4 614,6	1912
2 982,7	483,3	18 799,0	487,1	2 238,5	51,9	—	31,9	54 962,4	5 471,6	1913
2 353,7	323,5	17 438,1	502,6	2 353,8	194,9	—	23,9	56 172,0	4 146,8	1914
2 785,7	276,5	18 920,7	575,2	3 933,7	197,7	—	31,1	59 920,6	3 923,7	1915
3 980,9	254,0	26 918,2	707,1	5 655,7	329,0	—	42,6	86 220,6	4 914,9	1916
3 784,5	266,3	28 891,5	962,2	7 217,3	405,5	—	68,8	103 332,4	5 793,2	1917
4 088,9	381,2	38 016,6	1 328,7	10 155,4	1 122,8	—	59,5	142,371,6	7 578,0	1918
5 481,0	420,6	43 616,2	1 361,5	12 381,5	856,6	—	41,6	159 069,8	9 664,3	1919
6 312,9	477,2	51 599,2	1 554,5	12 693,5	382,9	—	34,9	169 423,4	14 831,3	1920
4 870,3	371,8	48 803,6	1 433,5	12 563,1	192,5	—	22,0	161 033,0	12 701,4	1921
4 712,9	293,9	46 262,0	1 368,9	10 601,1	311,6	—	26,0	121 686,4	10 281,2	1922
6 233,5	358,4	51 646,4	1 467,7	13 058,3	377,7	—	30,3	136 914,8	11 372,0	1923
7 274,2	459,2	57 981,2	1 652,5	10 874,4	494,3	—	22,2	130 707,2	13 128,4	1924
7 778,8	433,0	58 206,0	1 726,9	10 956,9	407,3	—	63,5	131 395,0	13 185,0	1925
6 405,5	430,4	63 755,5	1 707,0	10 280,9	436,2	—	55,5	133 765,6	13 617,9	1926
7 702,0	488,9	76 062,7	1 800,8	11 017,4	465,5	—	60,9	150 757,6	15 652,8	1927
2 933,8	593,3	79 462,8	1 951,0	11 276,1	1 204,3	—	66,4	159 714,6	14 747,6	1928
2 956,3	589,0	77 063,9	2 121,7	11 626,5	1 985,5	—	61,3	158 593,7	13 761,5	1929
2 888,1	549,0	78 448,4	2 204,5	13 656,5	1 755,1	—	142,2	158 659,2	12 586,0	1930
2 706,1	628,6	74 074,5	2 139,2	12 082,0	1 047,1	—	179,7	170 066,7	10 243,8	1931
2 456,3	584,1	41 755,3	2 028,2	10 291,6	526,8	—	169,3	108 175,0	5 193,3	1932
2 321,2	511,2	44 954,6	2 048,4	9 904,4	566,7	—	160,0	113 801,0	4 824,6	1933
2 292,0	467,0	39 524,8	2 151,1	11 038,7	790,2	—	136,0	104 803,8	4 013,8	1934
2 222,7	320,5	39 566,4	2 113,7	9 803,0	542,0	2 157,9	110,5	109 537,7	3 267,8	1935
2 150,5	296,6	41 231,0	1 990,9	11 230,1	609,4	2 627,7	104,0	118 067,9	3 066,7	1936
2 311,6	287,5	44 139,2	2 357,1	9 161,2	574,6	3 680,8	134,8	128 825,4	3 712,9	1937
2 298,6	272,5	41 076,5	2 492,3	9 636,8	496,5	3 589,6	138,4	113 198,6	3 563,9	1938
2 446,0	307,5	41 412,6	2 677,2	11 175,3	589,3	3 905,3	181,9	125 049,3	3 331,8	1939
2 496,4	283,9	34 238,1	3 764,3	16 059,7	674,5	5 179,8	161,4	141 568,3	2 130,3	1940

⁴ 1907 bis 1927 einschliesslich Verkehr der Auslandskorrespondenten; ab 1928 nur Verkehr der Korrespondenten im Inland.

⁵ Bis 1924 nur Generalmandate.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 5, Tabelle III (Forts.)

Umsätze

Jahr	Kassen- umsatz ¹	Devisen- verkehr	Diskontierungen					Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vorschüsse	Verkehr in eigenen Wert- schriften	
			Inlandportefeuille								
			Schweizerwechsel		Schatzan- weisungen ²	Oblি- gationen	Total				
			Betrag	Durch- schnittl. Laufzeit							
In Millionen Franken			Tage	In Millionen Franken							
1941	7 836,4	7 844,4	290,1	86	728,9	10,5	1 029,5	58,5	158,1	24,0	
1942	9 194,0	5 280,4	462,3	86	474,6	6,9	943,8	49,9	152,6	15,3	
1943	9 683,4	1 936,9	459,2	85	663,2	3,9	1 126,3	16,4	134,0	4,4	
1944	10 522,5	3 119,5	566,8	77	404,1	8,3	979,2	19,8	141,5	4,9	
1945	12 005,6	6 734,2	408,3	74	977,8	10,7	1 396,8	65,7	276,1	7,0	
1946	14 043,1	4 716,9	363,5	74	236,8	26,6	626,9	61,5	498,0	17,4	
1947	21 023,4	3 584,3	275,6	66	74,4	63,8	413,8	84,1	864,9	11,5	
1948	17 787,7	4 936,2	808,4	71	27,6	60,2	896,2	59,5	664,6	5,0	
1949	15 720,1	6 421,6	465,6	85	6,2	8,8	480,6	41,4	244,8	16,1	
1950	17 841,5	6 316,2	470,3	78	32,7	9,6	512,6	20,0	308,0	5,9	
1951	15 933,8	6 960,0	842,5	79	27,5	23,1	893,1	2,9	437,7	4,4	
1952	16 645,0	9 518,0	1 264,9	85	8,1	12,5	1 285,5	1,6	448,6	4,7	
1953	17 130,8	13 518,0	1 100,3	88	23,7	4,7	1 128,7	—	358,8	63,9	
1954	18 230,1	17 961,2	817,7	86	2,0	14,7	834,4	—	474,9	22,3	
1955	18 609,2	21 665,5	836,9	83	23,7	63,7	924,3	—	774,8	4,6	
1956	23 143,6	22 895,8	922,1	81	36,5	124,7	1 083,3	—	847,6	27,7	
1957	35 038,4	19 667,6	1 053,6	43 ³	0,3	63,2	1 117,1	—	559,9	0,6	
1958	33 429,7	24 195,4	827,5	45 ⁴	0,3	6,7	834,5	—	217,0	23,4	
1959	29 399,6	19 956,0	523,3	50 ⁴	—	9,8	533,1	—	202,9	19,3	
1960	29 297,6	33 172,5	533,8	51 ⁴	0,5	9,5	543,8	—	331,0	7,7	
1961	35 856,9	30 831,8	532,4	49 ⁴	—	13,9	546,3	—	366,8	10,3	
1962	38 492,0	51 924,5	476,8	61 ⁴	49,5	36,2	562,5	—	412,6	45,2	
1963	43 696,3	52 243,4	307,3	47 ⁴	68,6	39,1	415,0	—	534,6	585,0	
1964	48 384,3	47 794,0	475,3	25 ⁴	158,3	73,8	707,4	—	644,0	20,9	
1965	47 929,8	53 340,5	405,9	32 ⁴	264,5	80,2	750,6	—	582,5	29,8	
1966	51 962,9	47 396,1	457,8	35 ⁴	220,2	130,7	808,7	—	918,8	91,3	
1967	56 213,7	67 305,0	469,7	32 ⁴	100,0	111,4	681,1	—	759,6	16,7	
1968	61 708,6	99 530,6	1 047,4	10 ⁴	187,7	49,2	1 284,3	—	926,4	1,9	

¹ Seit 1938 einschliesslich Gold im Ausland.

² Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

³ Durchschnittliche Laufzeit der im 2. Halbjahr 1957 diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.

⁴ Durchschnittliche Laufzeit der diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.

Verkehr mit den Korrespondenten		Inkassoverkehr Einreichungen	Giroverkehr	Verkehr zwischen Nationalbankkunden und Postcheckkonti	Verkehr mit den Bundesverwaltungen	Verkehr mit Deponenten	Verkehr der Konti Zahlungs- und Clearingabkommen	Auf die Bank ausgestellte Checks u. Generalmandate	Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)	Umsatz der Abrechnungsstellen	Jahr
<i>im Inland</i>	<i>im Ausland</i>										
<i>In Millionen Franken</i>											
2 748,6	—	322,3	32 947,5	3 986,0	17 767,6	653,2	9 933,9	205,5	138 483,8	1 791,6	1941
3 006,0	—	406,7	35 633,6	4 039,9	18 487,5	562,3	9 913,8	164,8	143 977,4	2 010,8	1942
3 233,4	—	386,4	34 775,5	4 075,5	23 190,7	425,1	9 855,9	167,6	150 645,4	1 877,5	1943
3 369,4	—	341,5	33 575,0	4 196,7	23 427,9	776,4	6 788,2	152,5	150 264,2	1 661,1	1944
3 884,4	—	372,3	37 791,6	4 334,4	26 930,4	1 182,0	3 590,8	188,1	169 458,1	1 827,8	1945
5 086,4	—	489,7	48 765,6	5 160,5	26 501,4	613,7	18 759,7	227,5	209 443,8	2 467,6	1946
6 034,0	—	586,0	56 150,8	6 128,5	28 357,7	512,5	32 066,0	292,0	250 367,6	3 232,0	1947
6 347,5	—	647,0	60 726,3	6 475,6	27 141,3	401,4	38 499,3	325,8	264 778,4	3 762,7	1948
5 878,7	—	555,6	55 864,0	5 990,3	28 040,8	379,9	38 824,8	310,0	257 165,5	3 320,3	1949
6 104,3	—	579,9	61 896,7	6 449,1	25 148,7	547,7	24 140,2	259,2	246 919,6	3 162,1	1950
6 585,2	—	670,0	75 414,9	7 023,5	28 867,5	357,6	36 881,3	245,0	296 821,6	3 685,1	1951
6 817,3	—	680,4	81 565,3	7 408,2	29 370,4	289,9	22 289,3	255,9	291 769,5	3 496,5	1952
6 980,9	—	518,0	86 311,5	7 431,8	29 820,7	962,0	19 639,7	238,6	300 436,6	3 394,6	1953
7 466,1	—	535,7	101 534,2	7 812,4	30 470,3	825,9	18 819,1	252,9	324 828,1	3 589,4	1954
7 992,6	—	488,8	120 290,7	8 446,0	32 726,7	778,6	15 930,9	289,2	359 430,7	3 873,8	1955
8 810,3	—	494,1	138 809,8	9 241,4	33 896,8	457,8	15 351,0	351,9	386 756,6	4 135,0	1956
9 381,3	—	523,3	157 939,4	9 907,1	37 889,1	402,4	26 041,6	434,8	483 891,1	4 794,2	1957
9 423,3	—	475,4	175 439,9	10 287,8	37 910,9	688,9	18 024,4	399,1	477 050,6	4 200,2	1958
9 962,6	1 447,0	462,0	244 499,6	10 945,2	37 738,9	1 018,8	6 718,9	366,3	524 253,8	5 191,1	1959
11 176,5	2 527,8	477,7	325 786,5	12 191,1	42 908,7	1 100,4	2 934,5	485,8	646 506,7	6 553,6	1960
12 575,5	25 986,0	622,2	384 805,1	13 453,2	47 980,5	1 607,2	2 936,4	463,3	769 982,6	8 051,5	1961
14 348,7	22 492,4	656,8	508 180,6	15 271,4	58 630,9	1 442,2	2 793,7	476,5	957 725,1	10 110,3	1962
15 746,1	3 920,0	819,2	600 883,0	16 889,5	62 531,7	2 632,4	2 038,6	455,7	1 065 988,4	9 652,0	1963
17 333,5	8 593,6	897,2	628 870,9	19 239,5	67 257,3	762,6	2 183,3	502,9	1 131 729,9	10 201,0	1964
18 429,8	5 440,6	985,5	782 609,1	20 364,0	71 030,0	860,0	2 780,1	485,3	1 331 109,9	10 366,6	1965
19 678,2	5 272,0	1 080,1	1 013 397,8	22 022,7	78 449,8	3 593,8	3 330,7	538,9	1 608 206,7	12 233,5	1966
20 524,4	9 149,9	1 280,8	1 318 449,1	23 829,9	82 948,8	3 414,3	3 903,3	561,6	1 963 035,5	13 575,0	1967
22 274,5	5 046,0	1 380,1	1 858 598,6	26 122,1	89 875,7	6 495,2	4 521,9	693,1	2 603 104,8	18 673,4	1968

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 5, Tabelle IV

Geschäftsergebnisse

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäftes	Ertrag der eigenen Wertschriften ²	Zinsen von Inlandkorrespondenten ³	Kommissionen ⁴	Diverse Nutzposten	Zinsen an Deponenten ⁵	Bruttoertrag
		Total	davon Diskontoertrag auf										
		Schweizerwechseln	Schatzanweisungen ¹	Obligationen	Wechseln der eidg. Darlehenskasse								
<i>In 1000 Franken</i>													
1907/08	1 563	1 979	1 977	—	—	—	117	496	738	69	20	473	4 509
1909	1 098	1 304	1 303	—	—	—	158	360	337	116	29	444	2 958
1910	1 270	2 502	2 490	—	—	—	247	481	1 084	69	5	1 415	4 243
1911	1 628	2 315	2 267	—	35	—	302	527	866	87	19	1 313	4 431
1912	1 117	3 430	3 233	—	183	—	568	479	396	125	22	705	5 432
1913	1 849	2 994	2 868	—	110	—	830	407	454	149	18	841	5 860
1914	1 208	5 292	4 472	427	371	—	1 046	527	487	192	19	426	8 345
1915	÷ 421	5 458	2 264	3 014	168	—	840	418	1 096	259	9	323	7 336
1916	2 470	5 874	939	4 872	51	—	920	382	1 520	321	12	288	11 211
1917	900	8 155	1 076	7 027	42	—	1 471	366	1 474	458	8	475	12 357
1918	1 120	10 660	4 813	5 734	103	—	2 106	520	1 553	695	140	25	16 769
1919	999	15 887	6 628	9 162	87	—	2 402	552	1 734	656	192	163	22 259
1920	3 996	11 696	7 149	4 343	191	—	1 956	446	4 164	619	189	187	22 879
1921	1 715	11 612	2 915	8 593	91	—	2 162	1 387	833	677	117	333	18 170
1922	4 640	4 492	848	3 575	55	—	2 070	747	1 288	752	130	497	13 622
1923	2 839	5 918	1 344	4 408	156	—	2 201	770	1 126	627	87	473	13 095
1924	909	3 606	3 246	175	175	—	3 323	609	1 617	525	137	867	9 859
1925	4 273	1 841	1 199	551	85	—	2 403	704	1 527	653	188	252	11 337
1926	4 927	2 419	1 177	1 169	68	—	2 064	543	1 098	539	249	267	11 572
1927	4 775	3 352	2 145	1 029	174	—	2 184	485	1 784	621	315	390	13 126
1928	5 222	4 240	2 970	995	271	—	2 821	475	496	578	393	468	13 757
1929	6 402	4 149	2 862	994	287	—	2 738	339	550	539	289	373	14 633
1930	7 646	1 658	972	422	258	—	1 675	1 359	468	727	287	778	13 042
1931	6 941	997	611	250	116	—	1 384	831	316	789	310	328	11 240
1932	4 660	517	300	91	89	16	1 375	2 240	197	662	340	310	9 681
1933	3 626	713	214	100	108	268	1 400	2 391	144	930	251	204	9 251
1934	3 529	1 338	256	606	117	338	1 926	1 203	119	698	234	217	8 830
1935	1 630	2 930	799	1 028	186	898	2 806	1 374	169	677	100	186	9 500
1936	1 562	3 304	237	1 830	111	1 106	2 165	1 270	145	736	170	219	9 133
1937	5 904	365	108	22	56	165	818	1 272	55	737	193	171	9 173
1938	10 429	523	259	159	23	67	571	2 445	46	673	95	181	14 601
1939	4 857	1 153	323	692	41	82	895	2 511	59	475	198	147	10 001
1940	3 454	2 676	872	1 580	54	81	1 668	3 087	75	546	146	132	11 520

¹ Bis 1930 nur Schatzanweisungen des Bundes.

² Ohne Berücksichtigung der Abschreibungen.

³ Einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.

⁴ Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankfachmieten.

⁵ Einschliesslich Zinsen an Bundesverwaltungen.

Ver- waltungs- kosten	Steuern und Abgaben inkl. Rück- stellungen hiefür	Bank- noten- anferti- gungs- kosten inkl. Rück- stellungen hiefür	Rück- stellungen und Verluste auf Gold ⁸	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser- ordent- liche Zuweisung an die Wohl- fahrtsein- richtungen der Bank	Rein- gewinn	Zuwei- sung an den Reserve- fonds	Divi- dende	Ab- lieferung an die eidg. Staats- kasse	Jahr
				<i>auf Bank- gebäuden und Mobiliar, ab- züglich Mehr- erlös aus verkauften Liegenschaften</i>	<i>auf Wert- schriften und laufenden Geschäften, abzüglich Wieder- eingänge</i>						
<i>In 1000 Franken</i>											
2 068	—	226	162	29	7	—	2 017	202	1 800	15	1907/08
1 399	—	151	8	22	43	20	1 315	131	1 000	184	1909
1 307	—	151	69	95	77	20	2 524	252	1 000	1 272	1910
1 355	—	225	68	91	87	30	2 575	258	1 000	1 317	1911
1 381	—	224	315	188	246	40	3 038	304	1 000	1 734	1912
1 426	—	271	165	163	248	100	3 487	349	1 000	2 138	1913
1 572	—	503	25	292	621	60	5 272	500	1 000	3 772	1914
1 498	—	566	2	140	598	80	4 452	445	1 000	3 007	1915
1 571	—	628	—	1 001	231	350	7 430	500	1 000	5 930	1916
1 844	—	501	—	1 195	419	440	7 958	500	1 000	6 458	1917
2 550	—	1 352	—	4 294	2 576	510	5 487	500	1 000	3 987	1918
3 577	—	454	1 878	5 046	2 861	1 000	7 443	500	1 000	5 943	1919
3 749	—	2 253	367	3 426	1 164	500	11 420	500	1 000	9 920	1920
3 715	2 500	1 000	146	1 233	÷ 48	500	9 124	500	1 500	7 124	1921
3 885	—	500	—	1 069	40	500	7 628	500	1 500	5 628	1922
3 825 ⁶	1 500	176	—	67	490	—	7 037	500	1 500	5 037	1923
3 630	—	521	—	÷ 642	÷ 7	—	6 357	500	1 500	4 357	1924
3 708	—	415	—	33	÷ 5	500	6 686	500	1 500	4 686	1925
3 525	300	665	244	112	÷ 22	—	6 748	500	1 500	4 748	1926
3 597	800	779	77	830	290	—	6 753	500	1 500	4 753	1927
4 204 ⁷	262	278	178	1 682	255	—	6 898	559	1 500	4 839	1928
4 153	—	437	624	1 618	÷ 10	500	7 311	500	1 500	5 311	1929
3 873	—	705	35	1 323	÷ 3	—	7 109	500	1 500	5 109	1930
3 913	—	688	—	66	869	—	5 704	500	1 500	3 704	1931
3 909	—	170	—	33	261	—	5 308	500	1 500	3 308	1932
3 532	—	204	234	28	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1933
3 390	170	123	—	27	÷ 133 ⁹	—	5 253	500	1 500	3 253	1934
3 455	200	173	—	13	406	—	5 253	500	1 500	3 253	1935
3 459	112	258	—	46	5	—	5 253	500	1 500	3 253	1936
3 443	—	450	—	27	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1937
3 689	117	1 802	—	37	3 703	—	5 253	500	1 500	3 253	1938
3 764	—	946	—	38	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1939
4 308	735	1 058	—	166	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1940

⁶ Einschliesslich Fr. 300 000 für einen Transportversicherungsfonds (Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle).

⁷ Einschliesslich Fr. 635 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

⁸ Einschliesslich Barschaftsimporkosten von 1907/08 bis 1915.

⁹ Nicht beanspruchte Reservestellung für Verluste im laufenden Geschäft.

Geschäftsentwicklung seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr.5, Tabelle IV (Forts.)

Geschäftsergebnisse

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen ¹	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäftes	Ertrag der eigenen Wertschritten	Zinsen von Inlandkorrespondenten ⁴	Kommissionen ⁵	Diverse Nutzposten	Zinsen an Deponenten ⁶	Bruttoertrag
		Total	davon Diskontoertrag auf										
			Schweizerwechseln	Schatzanweisungen ²	Obligationen	Wechseln der eidg. Darlehenskasse							
<i>In 1000 Franken</i>													
1941	6 503	1 513	783	520	23	114	642	2 555	56	634	122	134	11 891
1942	9 294	1 210	853	138	19	108	484	2 183	48	669	146	133	13 901
1943	7 098	1 365	963	335	10	18	419	2 269	49	568	82	137	11 713
1944	8 424	1 241	959	198	14	17	426	2 198	50	674	136	131	13 018
1945	8 550	2 232	725	1 455	14	7	480	2 072	52	624	223	130	14 103
1946	16 725	859	628	89	37	14	868	1 377	93	1 154	138	142	21 072
1947	10 756	811	517	127	108	55	1 427	1 515	147	1 899	—	175	16 380
1948	7 168	2 134	1 827	44	163	95	1 498	1 736	176	2 345	95	150	15 002
1949	7 689	1 902	1 814	14	34	37	700	1 386	80	1 409	116	164	13 118
1950	10 470	1 623	1 567	11	16	25	552	1 350	81	1 223	151	171	15 279
1951	7 888	2 811	2 641	127	31	1	770	1 459	130	1 266	179	176	14 327
1952	8 232	3 934	3 537	328	53	5	736	1 303	117	934	139	191	15 204
1953	9 699	3 751	3 295	435	14	—	605	1 258	114	1 214	171	206	16 606
1954	10 689	2 705	2 192	489	19	—	622	1 356	126	971	102	223	16 348
1955	16 735	2 298	1 832	347	115	—	1 090	1 366	168	967	607	231	23 000
1956	19 215	2 648	1 975	464	206	—	1 149	1 550	182	864	571	234	25 945
1957	16 894	3 329	2 860	176	289	—	981	1 702	187	712	591	246	24 150
1958	15 293	3 005	2 920	9	71	—	417	1 408	147	679	518	251	21 216
1959	16 167	1 385	1 368	—	13	—	254	1 793	99	502	564	251	20 513
1960	19 970	1 354	1 318	—	33	—	463	2 192	111	465	840	262	25 133
1961	25 750	1 337	1 297	—	27	—	390	1 776	112	537	912	284	30 530
1962	25 863	1 483	1 374	5	101	—	465	2 497 ³	135	648	1 141	292	31 940
1963	25 889	1 541	1 396	58	83	—	505	8 416 ³	147	601	1 088	302	37 885
1964	24 898	2 033	1 753	85	191	—	936	12 367 ³	200	635	1 533	347	42 255
1965	29 785	2 270	1 959	74	233	—	731	20 208 ³	189	671	1 468	402	54 920
1966	35 216	3 127	2 533	70	518	—	1 160	26 964 ³	237	893	1 350	430	68 517
1967	31 650	4 235	3 596	77	557	—	1 141	28 789 ³	258	938	1 068	476	67 603
1968	58 458	3 727	3 476	56	191	—	897	7 573	230	806	880	505	72 066

¹ Einschliesslich Ertrag im Verkehr mit Auslandkorrespondenten.

² Seit 1948 nur Schatzanweisungen des Bundes.

³ Einschliesslich ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken.

⁴ Bis 1949 einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.

⁵ Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankfachmieten.

⁶ Bis 1936 einschliesslich Zinsen an Bundesverwaltungen.

Ver- waltungs- kosten	Steuern und Abgaben inkl. Rück- stellungen hiefür	Kosten und Rück- stellung für Offen- markt- opera- tionen	Bank- noten- anferti- gungs- kosten inkl. Rück- stellungen hiefür	Rück- stellungen und Steri- lisierungs- kosten	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausser- ordent- liche Zuwei- sung an die Wohl- fahrtsein- richtungen der Bank	Rein- gewinn	Zuwei- sung an den Reserve- fonds	Divi- dende	Ab- lieferung an die eidg. Staats- kasse	Jahr
					<i>auf Bank- gebäuden und Möbiliar, ab- züglich Mehr- erlös aus verkauften Liegenschaften</i>	<i>auf Wert- schriften und laufenden Geschäften, abzüglich Wieder- einkänge</i>						
3 774	1 147	—	1 134	—	583	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1941
4 238	188	—	2 500	—	562	—	1 000	5 413	500	1 500	3 413	1942
4 370	323	—	1 535	—	72	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1943
5 273	300	—	1 500	—	532	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1944
4 836	239	—	2 300	—	715	—	600	5 413	500	1 500	3 413	1945
5 293	—	—	5 000	4 140	26	—	1 200	5 413	500	1 500	3 413	1946
6 563	480	—	3 243	—	681	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1947
7 056	—	—	2 000	—	83	—	450	5 413	500	1 500	3 413	1948
7 210	—	—	—	451	44	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1949
7 331	—	—	500	1 501	534	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1950
7 409	—	—	—	799	347	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1951
7 492	250	—	1 500	—	190	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1952
7 976 ⁷	250	—	1 500	—	608	—	500	5 772	500	1 500	3 772	1953
7 786	—	—	2 500	—	290	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1954
8 501 ⁷	—	—	6 000	—	727	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1955
11 138 ⁸	300	—	5 000	—	2 035	—	1 200	6 272	1 000	1 500	3 772	1956
10 088 ⁹	300	—	5 000	—	990	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1957
9 871 ¹⁰	—	—	3 000	—	2 073	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1958
8 959	—	—	3 000	—	2 282	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1959
8 883	400	—	3 000	4 087	1 741	—	750	6 272	1 000	1 500	3 772	1960
9 432	—	—	6 000	5 362	1 893	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1961
10 366	400	—	6 000	4 358	2 973	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1962
11 603	200	—	10 000	5 812	2 427	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1963
13 172 ¹⁰	400	—	10 000	7 914	2 926	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1964
12 788	—	6 000	10 000	12 964	4 325	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1965
14 565	—	16 460	7 020	16 513	5 116	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1966
15 700 ¹⁰	—	4 984	6 489	29 008	2 579	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1967
17 818 ¹¹	234	5 000	10 101	22 674	7 396	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1968

In 1000 Franken

⁷ Einschliesslich Fr. 500 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

⁸ Einschliesslich Fr. 1 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle und Fr. 1 700 000 Rückstellung für das 50jährige Jubiläum der Bank.

⁹ Einschliesslich Fr. 1 500 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

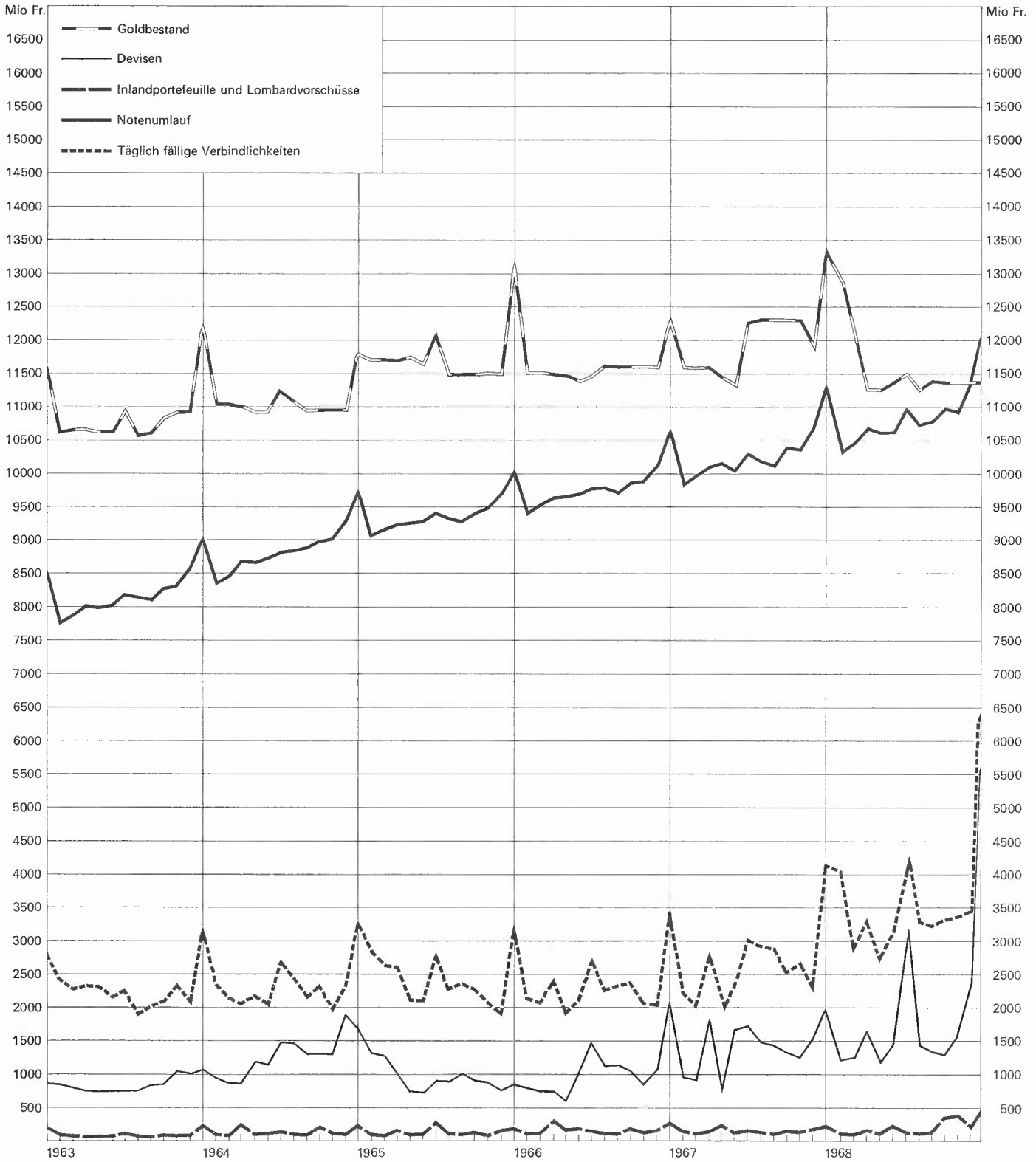
¹⁰ Einschliesslich Fr. 1 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

¹¹ Einschliesslich Fr. 2 000 000 Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

Schweizerische Nationalbank 1963–1968

Beilage Nr. 6

Bestände am Monatsende



Diskontosatz und Lombardzinsfuß seit Eröffnung der Bank

Beilage Nr. 7

Datum der Veränderung	Diskontosatz		Lombardzinsfuß		Datum der Veränderung	Diskontosatz		Lombardzinsfuß	
	%	Geltungsdauer Tage	%	Geltungsdauer Tage		%	Geltungsdauer Tage	%	Geltungsdauer Tage
1907 20. Juni	4½	56	5	56	1918 4. Juli	—	—	5½	91
15. August	5	84	5½	84	3. Oktober	5½	322	6	917
7. November	5½	70	6	70	1919 21. August	5	595	—	—
1908 16. Januar	5	7	5½	7	1921 7. April	4½	126	5½	126
23. Januar	4½	28	5	28	11. August	4	203	5	203
20. Februar	4	28	4½	28	1922 2. März	3½	168	4½	168
19. März	3½	322	4	441	17. August	3	331	4	331
1909 4. Februar	3	252	—	—	1923 14. Juli	4	831	5	831
3. Juni	—	—	3½	133	1925 22. Oktober	3½	1 624	4½	1 624
14. Oktober	3½	28	4	28	1930 3. April	3	98	4	98
11. November	4	56	4½	56	10. Juli	2½	196	3½	196
1910 6. Januar	3½	49	4	210	1931 22. Januar	2	1 562	3	748
24. Februar	3	161	—	—	1933 8. Februar	—	—	2½	814
4. August	3½	49	4½	84	1935 3. Mai	2½	495	3½	495
22. September	4	35	—	—	1936 9. September	2	78	3	78
27. Oktober	4½	70	5	70	26. November	1½	7 475	2½	7 475
1911 5. Januar	4	42	4½	42	1957 15. Mai ¹	2½	652	3½	652
16. Februar	3½	224	4	224	1959 26. Februar ²	2	1 955	3	1 955
28. September	4	350	4½	350	1964 3. Juli ³	2½	732	3½	732
1912 12. September	4½	77	5	77	1966 6. Juli ⁴	3½	369	4	369
28. November	5	259	5½	259	1967 10. Juli ⁴	3	541 ⁵	3¾	541 ⁵
1913 14. August	4½	161	5	161					
1914 22. Januar	4	28	4½	189					
19. Februar	3½	161	—	—					
30. Juli	4½	1	5½	1					
31. Juli	5½	3	6	3					
3. August	6	38	7	38					
10. September	5	113	6	14					
24. September	—	—	5½	99					
1915 1. Januar	4½	1 371	5	1 280					

¹ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¼% (vom 1. April bis 24. Juli 1957), 2% (vom 25. Juli 1957 bis 25. Februar 1959); übrige Pflichtlager 2% (vom 1. April bis 24. Juli 1957).

² Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¼% (vom 1. Juni 1959 bis 5. Juli 1964); übrige Pflichtlager 2½% (vom 26. Februar bis 31. Mai 1959).

³ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 2¼% (vom 6. Juli 1964 bis 31. Dezember 1965); übrige Pflichtlager 2% (vom 3. bis 5. Juli 1964).

⁴ Spezialdiskontosätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 2¼% (vom 1. Januar bis 30. September 1966), 3¼% (vom 1. Oktober 1966 bis 31. März 1968), 3% (seit 1. April 1968); übrige Pflichtlager 3% (vom 1. Januar bis 30. September 1966), 3½% (seit 1. Oktober 1966).

⁵ Bis 31. Dezember 1968.

Abrechnungsverkehr

Beilage Nr. 8

Jahr	Abrechnungsstellen für Wechsel- und Checkverkehr									Wertschriften-Clearing für Kassageschäfte	
	Basel	Bern	La Chaux-de-Fonds	Genf	Lausanne	Neuenburg	St. Gallen	Zürich	Total	Basel	Zürich
Mitglieder am 31. Dezember											
1964	14	12	4	13	11	6	8	7	75	20	26
1965	14	12	4	13	11	6	8	7	75	20	26
1966	13	12	4	14	12	6	8	7	76	20	27
1967	12	12	4	14	12	6	8	7	75	20	27
1968	12	12	4	14	12	6	8	7	75	20	27
Zahl der eingereichten Stücke											
1964	63 191	47 131	1 904	310 896	122 514	4 797	11 599	207 475	769 507	—	—
1965	64 404	47 205	1 799	312 194	121 744	4 069	12 040	211 814	775 269	—	—
1966	58 822	46 162	1 633	352 454	122 791	4 769	12 190	219 704	818 525	—	—
1967	58 097	48 244	1 801	387 031	126 367	4 865	12 819	234 346	873 570	—	—
1968	64 573	52 472	1 844	440 398	146 630	4 936	13 404	272 221	996 478	—	—
Betrag der Einreichungen (in 1000 Franken)											
1964	3 131 453	374 441	32 481	3 889 284	804 049	40 571	101 405	1 827 361	10 201 045	682 880	3 065 277
1965	3 236 475	398 446	32 487	3 940 764	778 817	37 450	102 204	1 839 914	10 366 557	682 369	2 836 113
1966	4 965 513	485 803	30 097	3 837 990	818 351	55 104	105 065	1 935 620	12 233 543	642 286	2 724 075
1967	4 622 678	499 339	35 016	5 372 152	838 792	50 646	110 270	2 046 150	13 575 043	798 609	3 386 545
1968	7 086 736	510 001	33 444	7 191 969	1 137 813	56 200	113 284	2 543 924	18 673 371	1 306 928	5 473 258
Vom Betrag der Einreichungen wurden kompensiert (in Prozent)											
1964	58.63	49.67	22.69	58.03	68.79	31.57	44.30	62.78	59.26	65.68	78.61
1965	56.99	49.40	24.82	54.57	67.20	27.32	47.35	62.26	57.18	64.67	77.96
1966	64.95	44.10	20.57	57.58	64.83	26.74	46.40	63.56	61.14	64.57	76.63
1967	64.12	44.37	28.57	58.52	64.27	25.38	46.41	64.57	60.88	67.58	77.15
1968	68.00	48.88	24.12	59.26	67.37	26.75	46.05	64.14	63.21	68.69	76.57

Verzeichnis der Mitglieder der Bankbehörden und der Bankorgane

auf 1. Januar 1969

Beilage Nr. 9

Präsidium der Generalversammlung (Amtsperiode 1967–1971)

Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Bioggio, Präsident
Dr. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident

Bankrat (Amtsperiode 1967–1971)

Die von der Generalversammlung der Aktionäre gewählten Mitglieder sind mit einem Stern (*) bezeichnet

Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Bioggio, Präsident
Regierungsrat R. Meier, Finanzdirektor des Kantons Zürich, Eglisau

Dr. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident
* Nationalrat U. Meyer-Boller, Ehrenpräsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Zollikon

* J. Ackermann, Direktor der Freiburgerischen Elektrizitätswerke, Freiburg
* Dr. H. Meyer-Scholer, Mitglied des Verwaltungsrates und Direktor der Tonwerk Lausen A.G., Liestal

* G. André, Präsident des Verwaltungsrates der Firma André et Cie., Aktien-Gesellschaft, Corsy-La Conversion
* J. Michaud, Ing. agr., Direktor der «Provins» Fédération des Producteurs de Vins du Valais, Präsident des Verbandes der Walliser Wirtschaft (Walliser Handelskammer), Sitten

F. Antognini, Direktor der Chocolat Cima-Norma S.A., Torre
* F. Muheim, Fürsprech und Notar, Präsident des Bankrates der Urner Kantonalbank, Altdorf

J.-L. Borel, Präsident des Verwaltungsrates der Firma Ernest Borel et Cie S.A., Neuenburg
* Dr. K. Obrecht, Fürsprecher und Notar, Präsident des Verwaltungsrates der Allgemeinen Schweizerischen Uhrenindustrie A.G. (Asuag), Küttigkofen

Regierungsrat Dr. W. Bühlmann, Vorsteher des Departements der Finanzen des Kantons Luzern, Kastanienbaum/Horw
Regierungsrat A. Richner, Direktor des Innern und des Gesundheitswesens des Kantons Aargau, Oftringen

L. Burrus, in Firma F. J. Burrus et Cie, Boncourt
* Ständerat Dr. W. Rohner, Altstätten

Dr. Dr. h. c. R. Devrient, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Unfall- und Lebensversicherungsgesellschaften «Die Schweiz», Präsident der Waadtländer Handels- und Industriekammer, Pully
E. Scherz, Zentralpräsident des Schweizer Hotelier-Vereins, Gstaad

* A. Gisling, Generaldirektor der Waadtländer Kantonalbank, Pully
F. W. Schulthess, Präsident des Verwaltungsrates der Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich

* Dr. J. Golay, Professor an der Universität Lausanne, Lausanne
* Dr. H. R. Schwarzenbach, in Firma Robt. Schwarzenbach & Co., Präsident des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins, Horgen

* Dr. M. Haffter, Präsident des Bankrates der Thurgauischen Kantonalbank, Frauenfeld
Dr. Dr. h. c. S. Schweizer, Präsident des Verwaltungsrates des Schweizerischen Bankvereins, Arlesheim

Dr. E. Hatt, Vizepräsident des Verwaltungsrates der Aktiengesellschaft Heinr. Hatt-Haller, Hoch- & Tiefbau-Unternehmung, Zürich
* W. F. Siegenthaler, Präsident des Bankrates der Kantonalbank von Bern, Muri bei Bern

Dr. L. Hentsch, in Firma Hentsch et Cie, Genf
G. Sulzer, dipl. Ing., Präsident des Verwaltungsrates der Gebrüder Sulzer, Aktiengesellschaft, Winterthur

M. Jaeger, Ehrenpräsident des Bündner Handels- und Industrievereins, Bündner Handelskammer, Chur
Nationalrat Dr. H. Tschumi, Regierungsrat, Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Bern, Interlaken

R. Juri, Ing. agr., Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes, Brugg
* Dr. R. Vischer, in Firma Simonius, Vischer & Co., Basel

Dr. Dr. h. c. R. Käppeli, Präsident des Verwaltungsrates der CIBA Aktiengesellschaft, Riehen
Dr. h. c. Th. Waldesbühl, Generaldirektor der Nestlé Alimentana A.G., Corseaux

E. Kronauer, Ing., Delegierter des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Sécheron Werke Aktiengesellschaft, Genf
Nationalrat E. Wüthrich, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bern

Dr. h. c. H. Küng, Delegierter der Verwaltung und Direktor der Genossenschaftlichen Zentralbank, Basel
Nationalrat Dr. E. Wyss, Regierungsrat, Vorsteher des Departements des Innern des Kantons Basel-Stadt, Basel

Nationalrat H. Leuenberger, Zürich

(Ein Mandat vakant)

Bankausschuss (Amtsperiode 1967–1971)

Nationalrat Dr. B. Galli, Rechtsanwalt, Bioggio, Präsident von Amtes wegen

Dr. P. Jäggi, Professor an der Universität Freiburg, Freiburg, Vizepräsident von Amtes wegen

Dr. Dr. h. c. R. Devrient, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Unfall- und Lebensversicherungs-Gesellschaften «Die Schweiz», Präsident der Waadt-länder Handels- und Industriekammer, Pully

R. Juri, Ing. agr., Direktor des Schweizerischen Bauernverbandes, Brugg

Dr. Dr. h. c. R. Käppeli, Präsident des Verwaltungsrates der CIBA Aktiengesellschaft, Riehen

Dr. h. c. H. Küng, Delegierter der Verwaltung und Direktor der Genossenschaftlichen Zentralbank Basel

Regierungsrat R. Meier, Finanzdirektor des Kantons Zürich, Eglisau

Dr. K. Obrecht, Fürsprecher und Notar, Präsident des Verwaltungsrates der Allgemeinen Schweizerischen Uhrenindustrie A.G. (Asuag), Küttigkofen

Ständerat Dr. W. Rohner, Altstätten

Nationalrat E. Wüthrich, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bern

Revisionskommission (Amtsperiode 1968/1969)*Mitglieder*

Dr. E. Gsell, Honorarprofessor an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bühler

H. Villiger, Verwalter der Ersparniskasse Nidwalden, Stansstad

(Ein Mandat vakant)

Ersatzmänner

G. Spälty-Leemann, Fabrikant, Netstal

A. Cornaz, Direktor der Caisse d'Épargne et de Crédit, Lausanne

J. Iten, Direktor der Zuger Kantonalbank, Zug

Lokalkomitees (Amtsperiode 1967–1971)*Aarau*

K. Oehler, Delegierter des Verwaltungsrates der Eisen- & Stahlwerke Oehler & Co. Aktiengesellschaft, Aarau, Vorsitzender

A. Job, a. Direktionspräsident der USEGO (Union Schweizerische Einkaufs-Gesellschaft Olten), Olten, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. O. Seiler, Kaufmännischer Direktor der Kabelwerke Brugg A.G., Brugg

Basel

H. Hatt, Präsident des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Danzas A.G., Basel, Vorsitzender

Dr. H. Gürtler-Meyer, Delegierter des Verwaltungsrates der Brauerei Ziegelhof A.G., Seltisberg, Stellvertreter des Vorsitzenden

Th. Müller-Kriegel, Ing., Präsident des Verwaltungsrates der Kriegel & Schaffner A.G., Basel

Bern

A. Buser, Ing. agr., a. Direktor des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften von Bern und benachbarter Kantone (VLG), Wabern, Vorsitzender

Dr. W. Weyermann, Fürsprech, Mitglied der Berner Handelskammer, Belp, Stellvertreter des Vorsitzenden

P. Sieber, Delegierter des Verwaltungsrates der Fonderie de Fribourg S.A., Freiburg

Genf

J. Gay, Präsident des Verwaltungsrates der Firma Gay Frères S.A., Thônex, Vorsitzender

J. Duckert, Generalagent der Genfer Lebensversicherungs-Gesellschaft und der Genfer, Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft, Genf, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. E. Bordier, in Firma Bordier & Co., Genf

Lausanne

A. Langer, Präsident des Verwaltungsrates der Fabrique des Lactas Langer Gland S.A., Gland, Vorsitzender

R. Morandi, Delegierter des Verwaltungsrates der Firma Morandi frères, société anonyme, Payerne, Stellvertreter des Vorsitzenden

Nationalrat F. Carruzzo, Direktor des Office central de l'Union valaisanne pour la vente des fruits et légumes, Sitten

Lugano

F. Antognini, Direktor der Chocolat Cima-Norma S.A., Torre, Vorsitzender

T. Frigerio, Ing., Delegierter des Verwaltungsrates der Finapar S.A. Société Anonyme de Participations à des Entreprises Financières, Muzzano

(Ein Mandat vakant)

Luzern

J. Moser, Ing. agr., Direktor des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften der Zentralschweiz (V.L.G.Z.), Luzern, Vorsitzender

Dr. J. Hug, Präsident des Verwaltungsrates der Zwieback- & Biscuitfabrik Hug A.G. Malters, Luzern, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. W. Dubach, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Brauerei Eichhof, Präsident der Zentralschweiz. Handelskammer, Luzern

Neuenburg

J.-L. Borel, Präsident des Verwaltungsrates der Firma Ernest Borel et Cie S.A., Neuenburg, Vorsitzender

L. Huguenin, Mitglied des Verwaltungsrates der Société des Fabriques de Spiraux Réunies, La Chaux-de-Fonds, Stellvertreter des Vorsitzenden

W. Wüthrich, Direktor der Cisac S.A., fabrique de produits alimentaires, Neuenburg

St. Gallen

R. Nef-Suter, in Firma Nef & Co., Präsident des Kaufmännischen Directoriums St. Gallen, St. Gallen, Vorsitzender

Dr. R. Perret, Präsident des Verwaltungsrates und Direktor der Roco Conserven Rorschach, Horn, Stellvertreter des Vorsitzenden

Th. Ruff, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der J. Huber & Co. A.G. St. Gallen, Niederteufen

Zürich

O. Küderli, Präsident des Verwaltungsrates der Küderli A.G., Zollikerberg, Vorsitzender

R. H. Stehli-Pestalozzi, Präsident des Verwaltungsrates der Stehli Seiden A.G., Zürich, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. Ing. agr. E. Jaggi, Direktionspräsident des Verbandes ostschweiz. landwirtschaftl. Genossenschaften (VOLG), Winterthur

Direktorium

Dr. E. Stopper, Zürich (Präsident); A. Hay, Rechtsanwalt, Bern (Vizepräsident); Dr. F. Leutwiler, Zürich

Departemente

I. Departement in Zürich

Departementsvorsteher:

Dr. E. Stopper, Präsident des Direktoriums

Stellvertreter des Departementsvorstehers:

Fürsprech H. Huber, Direktor, Dr. W. Kull, Direktor,

Dr. J. Lademann, Direktor

Rechtskonsulent: Dr. P. Ehrsam

Chefreviseur: E. Brunner

Prokuristen: J. Bertschi, Dr. J. Bonorand, Dr. M. Gal, W. Haubensak, W. Obi, A. Schoch

Handlungsbevollmächtigte: Dr. A. Föllmi, Dr. H. Meyer, Dr. K. Spinnler, Dr. R. Widmer

III. Departement in Zürich

Departementsvorsteher: Dr. F. Leutwiler, Generaldirektor

Stellvertreter des Departementsvorstehers:

E. Colombo, Direktor

Abteilungsvorsteher: O. Heyer, A. Kunz, H. Nägeli, H. Schmid, H. Stahel

Prokuristen: W. Bolliger, W. Brunner, E. Guyer, E. Harlacher, E. Meier, H. W. Preisig, R. Reutlinger, A. Ritter, R. Würmli

Handlungsbevollmächtigte: G. Allenbach, Th. Benz, W. Blumer, J. Dolder, A. Grolimund, O. Hofmann, J. Knecht, R. Meier, R. Perret, J. Pfister, F. Schmid, H. Siegfried, A. Wartmann, H. Wenziker, W. Wunderli, E. Zangger

II. Departement in Bern

Departementsvorsteher:

A. Hay, Rechtsanwalt, Vizepräsident des Direktoriums

Stellvertreter des Departementsvorstehers:

Dr. M. de Rivaz, Direktor

Abteilungsdirektor: Dr. P. Flückiger

Hauptkassier der Bank: R. Aebersold

Abteilungsvorsteher: H. Baumgartner, W. Bretscher, H. Brunner, R. Raschle, Ch. Schweingruber

Prokuristen: R. Bourqui, H.-P. Dosch, H. Hulliger, M. Isenschmid, W. Wey, V. Zumwald

Handlungsbevollmächtigte: Frl. S. Grandjean, W. Gutmann, D. Kaeser, R. Kuhn, A. Lerch, B. Siegrist, H. Spähni

Generalsekretariat in Zürich und Bern

Generalsekretär: Dr. H. R. Läng, Abteilungsdirektor, Zürich

Stellvertreter des Generalsekretärs: H. Lerch, Bern

Abteilungsvorsteher: Dr. G. Jaquemet, Zürich

Handlungsbevollmächtigte: H. Krebs, Zürich

Zweiganstalten

Aarau

Direktor: Dr. R. Erb
Stellvertreter des Direktors: Th. Hensler
Prokuristen: F. Merz, A. Widmer
Handlungsbevollmächtigter: A. Walz

Basel

Direktor: J. Hablützel
Stellvertreter des Direktors: A. Bertschinger
Prokuristen: K. Schär, A. Spreyermann, R. Winteler
Handlungsbevollmächtigte: M. Joho, F. Küng

Genf

Direktor: J. Terrier
Stellvertreter des Direktors: M. Berthoud
Prokuristen: R. Jaccaz, J. Rossi
Handlungsbevollmächtigte: D. Allamand, E. Bänninger

Lausanne

Direktor: W. Schreyer
Stellvertreter des Direktors: A. Weiss
Prokuristen: A. Delacrétaz, O. Grec, F. Verdon
Handlungsbevollmächtigte: Ch. Goy, G. Mounoud,
J.-P. Rod

Lugano

Direktor: Dr. P. Cioccarì
Stellvertreter des Direktors: C. Gaggini
Prokurist: B. Rüttsch
Handlungsbevollmächtigte: A. Balmelli, R. Ghiringhelli,
T. Grassi

Luzern

Direktor: Dr. H. Aepli
Stellvertreter des Direktors: K. Schärli
Prokuristen: J. Burri, J. Immoos, Ch. Zelger
Handlungsbevollmächtigte: K. Camenzind, J. Huber,
W. Imboden, K. Sidler

Neuenburg

Direktor: R. Hügli
Stellvertreter des Direktors: R. Girardier
Prokuristen: Ch. Girod, J.-P. Veluzat
Handlungsbevollmächtigter: A. Tribolet

St. Gallen

Direktor: R. Sutter
Stellvertreter des Direktors: E. Schöbi
Prokuristen: H. P. Menet, R. Siegrist
Handlungsbevollmächtigter: A. Geiger, W. Stieger

Eigene Agenturen

Biel

(dem Sitz Bern unterstellt)

Agenturführer: J. Messmer
Prokurist: P. Bürgi
Handlungsbevollmächtigter: R. Januth

La Chaux-de-Fonds

(der Zweiganstalt Neuenburg unterstellt)

Agenturführer: F. von Arx
Prokurist: J. Henny
Handlungsbevollmächtigter: J. Jolidon

Winterthur

(dem Sitz Zürich unterstellt)

Agenturführer: E. Maurer
Prokurist: E. Kaufmann
Handlungsbevollmächtigter: M. Weiss